

Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen
und Sozialisten
Deutschlands e.V.

1/16

März 2016 · 69. Jahrgang
Einzelverkauf 7,- €

CHRISTIN
CHRIST UND
SOZIALISTIN
SOZIALIST

CUS

Flucht – Herausforderung für eine solidarische Gesellschaft

Wer getröstet wird, kann selber trösten

Kuba vor dem Weltgebetstag 2016

E. Bloch als Gegner des Ersten Weltkriegs

Die religiösen Sozialisten im Dritten Reich, II

E. Fuchs – Ein Leben für Gerechtigkeit und Frieden II

Pastor Wilhelm Mensching – Ein Leben für den Frieden

Der Völkermord an den OvaHerero und Nama

„Links“ sein in Kirche, Gesellschaft

Reformation radikalisieren III

Frauenrechte sind Menschenrechte

Arbeit von Kindern in Bolivien

Rezensionen

Bundesnachrichten

KREUZ UND ROSE



IMPRESSUM

**CuS. Christin und Sozialistin/
Christ und Sozialist. Kreuz und Rose.**
Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands, erscheint seit 1948.

Herausgeber:

Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V., gegründet 1919/1926

Vorstand:

Michael Distelrath, Reinhard Gaede,
Jürgen Gorenflo, Dieter Hönerhoff,
Anneke und Florian Ihlenfeldt, Jens-
Eberhard Jahn, Thorsten de Jong,
Alois Schwarz

Redaktion:

Dr. Reinhard Gaede (v.i.S.d.P.)
Wiesestr. 65, D-32052 Herford
Tel. 0 52 21/34 25 56
cus@brsd.de, reinhard-gaede@gmx.de
Dieter Hönerhoff
Allensteiner Str. 4, 33605 Bielefeld
DieterHoe@t-online.de

Redaktions-Beirat:

Friedrich-Wilhelm Bargheer, Blomberg
Doris Gerlach, Herford
Jürgen Gorenflo, Norderstedt
Dietlinde Haug, Bad Oeynhausen
Fritz Hufendiek, Berlin
Jens-Eberhard Jahn, Leipzig
Thomas Kegel, Hannover
Elmar Klink, Bremen
Helmut Pfaff, Frankfurt

CuS/BRSD im Internet:

www.BRSD.de

Webmaster:

Darius Dunker, Aachen
Thorsten de Jong, Aachen

Erscheinungsweise:

Vierteljährlich

Abonnements:

Michael Distelrath
Görlinger Zentrum 3, D-50829 Köln
m.distelrath@netcologne.de

Preise:

Einzelheft: € 7,-, Jahresabonnement,
Inland: € 20,-, Welt: € 30,-, Förder-
abonnement € 25,- oder mehr.
Kündigungen werden zum Jahresende
wirksam. Bitte überweisen Sie den
Betrag jeweils zum Jahresbeginn an
den BRSD e.V., KD-Bank,
IBAN DE15 3506 0190 2119 4570 10,
BIC GENODED1DKD

Gestaltung & Layout:

Kreativ-Schmiede, Hamburg
www.kreativ-schmie.de

Druck:

satz- und druckprojekte TEXTART ver-
lag, Solingen, textart@t-online.de

ISSN 0945-828-X

INHALT

Editorial	1
Heinrich Bedford-Strohm	
Wer getröstet wird, kann selber trösten	3
Renate Schroeder	
Kuba vor dem Weltgebetstag 2016	6
Karlheinz Lipp	
Ernst Bloch als Gegner des Ersten Weltkrieges	12
Ulrich Peter	
Die religiösen Sozialisten im Dritten Reich, Teil II	19
Reinhard Gaede	
Emil Fuchs – Ein Leben für Gerechtigkeit und Frieden ..	30
Klaus Maiwald	
Pastor Wilhelm Mensching: Ein Leben für den Frieden ..	33
Solidarische Kirche im Rheinland	
Völkermord in Namibia	36
Dieter Hönerhoff/Jens-Eberhard Jahn	
„Links“ sein	38
Walter Altmann et al.	
Die Reformation radikalisieren	43
Helga E. Hörz	
Frauenrechte sind Menschenrechte	48
Ulrich Adler	
Frieden ohne Fluchtursachen	54
Fokke Bohlsen	
Fluchtursachen, die uns alle angehen	55
Elmar Klink	
Zu aktuellen innenpolitischen Tendenzen	60
Karl Christoph Köllner	
Einige persönliche Erfahrungen an der Basis	64
Rafael Dreyer	
Mit christlichen Flüchtlingen gemeinsam Kirche sein ..	68
Jürgen Schübelin	
Arbeit von Kindern in Bolivien	70
<hr/>	
Rezensionen	
Hermann Häring	
Geheimnisse des Christentums	73
Elmar Klink	
Christlich motivierter und geprägter Anarchismus	75
Ethischer und Religiöser Sozialismus – Hermann Cohen	..80
<hr/>	
Bundesnachrichten	
Abschied von Willy Spielert	83
Einladung zur Jahrestagung	83
Abschied von Dr. Wieland Zademacht	84
<hr/>	
Bilder und Fotos	85
Autorinnen und Autoren	85

Editorial

Flucht – Herausforderung für eine solidarische Gesellschaft ist das Thema dieses Hefes. Die Flüchtlings- und Asylpolitik wurde in den letzten Monaten heiß diskutiert. Dabei ist der Konsens in der Gesellschaft für eine freundliche Aufnahme von Flüchtlingen verloren gegangen. 2015 stieg die Gewalt gegen Flüchtlinge. Asyl-Heime wurden angegriffen. Es kam zu Morddrohungen und Angriffen, sogar gegen Unterstützer, Hilfsorganisationen, Politiker aller etablierter Parteien, Kirchenvertreter, Behördenmitarbeiter und Journalisten, besonders in den östlichen Ländern, meldeten die Zeitungen. Die Aufklärungsquote blieb gering. Auch innerhalb der EU schwindet die Solidarität mit Flüchtlingen.

Auf der Balkan-Route sollen Grenzen mit Stacheldraht hilflose Flüchtlinge abwehren. Rechtsradikale Parteien und Gruppen erstarken und geben Hassreden von sich. Elmar Klink berichtet in seinem Artikel darüber. Unter Stimmen für mehr Menschlichkeit ist besonders der Brief von 45 kath. Ordensoberen aus Bayern bekannt geworden: Sie schrieben, sie hätten „mit brennender Sorge“ wahrgenommen, „wie auch in unserem Land rechtsnationale Kräfte und Meinungen wieder sprach- und öffentlichkeitsfähig werden, die ein Klima der Angst und Bedrohung schüren und gegen Geflüchtete und Menschen anderer Religionen hetzen und in-

zwischen schon tötlich gegen sie vorgehen. Als (höhere) Ordensoberinnen und Ordensobere, deren Gemeinschaften sich international zusammensetzen, wissen wir nicht nur, wie unmöglich die Lebenssituation in vielen Ländern unserer Welt geworden ist. Wir stellen auch beschämt fest, wie sehr unser Reichtum auf dem Rücken der Menschen in Afrika, Asien und dem Vorderen Orient erwirtschaftet wurde. ...Als Menschen ist es unsere Pflicht, anderen zu helfen. Als Christinnen und Christen treten wir ein für eine Kultur des Teilens. Als Ordensleute solidarisieren wir uns mit den Geflüchteten in vielfältigen Engagements, Hilfsaktionen und konkreten Initiativen. Damit stehen wir an der Seite aller Menschen guten Willens, die sich in unserem Land so überwältigend für die Geflüchteten einsetzen. Diese Hilfsbereitschaft, dieser oftmals ehrenamtliche Einsatz, der auch ungewöhnliche Anstrengungen nicht scheut, ist unseres Erachtens ein Schatz, mit dem es zu wuchern und Gesellschaft zu gestalten gilt.“ <http://www.tagesspiegel.de/politik/offener-brief-an-horst-seehofer-ordensobere-gefluechtete-nicht-in-ein-zwielichtiges-licht-stellen/12578976.html>.

Dass der BRSD die *Roma-Hilfe* des Vereins Heimstätte Dünne (Renovierung baufälliger Häuser) unterstützt, ist ein Zeichen gegen den Trend, die Armen in Osteuropa von jeglicher Hilfe auszusperrern.

Die Ursachen von Flucht zu bekämpfen, von deutschem Boden soll auch kein Drohenkrieg ausgehen, fordert *Ulrich Adler*. Was wir als Verbraucher(innen) tun können, um Ur-



10.10.2015, l.v.u.: Doris Gerlach, Jürgen Gorenflo, Reinhard Gaede, Dietlinde Haug,, Dieter Hönerhoff, Helmut Pfaff, Elmar Klink

sachen von Flucht zu verhindern, zeigt *Fokke Bohlsen*. Aus der Schweiz kommen Grundsätze aus biblischer Perspektive für eine neue Migrationspolitik, welche unsere Schwesterzeitschrift *Neue Wege* verbreitet.

Bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin hat *Helga E. Hörz* ihren Vortrag gehalten: Frauenrechte sind Menschenrechte. Die Konventionen der UNO werden hier vorgestellt. Somit können wir auch über ihr Wirken in Frauen-Kommissionen und UNO-Gremien berichten, was in Westdeutschland wenig bekannt war.

Wie einheimische und geflüchtete Christ(inn)en gemeinsam eine Gemeinde werden, hat *Rafael Dreyer* schon bei den Waldensern in Sizilien erlebt. Jetzt hat er zu einem Tauf-Kurs für junge Leute aus dem Iran eingeladen.

Über die Arbeit von Kindern in Bolivien hat *Jürgen Schübelin* mit *Lourdes Sánchez* und *Juan Pablino Insfran* gesprochen. Ein neues Gesetz erlaubt eine Arbeit, die den Besuch von Schulen ermöglicht.

Im ersten Teil des Heftes steht die Predigt zur Jahreslosung am Neujahrstag von *Heinrich Bedford Stroh*.

Wieder ist *Renate Schroeder* mit einer Delegation der Ev. Frauenhilfe in ein Land gefahren, aus dem die Ordnung für den Weltgebetstag der Frauen kommt. Sie schildert ihre Eindrücke aus Kuba.

Ernst Bloch (1885-1977), der Philosoph der konkreten Utopien, des Prinzips Hoffnung, war schon in seiner Jugend ein Kritiker des deutschen Militarismus. Das erfahren wir in dem Artikel von *Karlheinz Lipp*. Über Anpassung, Bekennende Kirche und politischen Widerstand – die religiösen Sozialisten im Dritten Reich hatte *Ulrich Peter* auf der Jahrestagung in Erfurt referiert. Wir lesen jetzt den zweiten Teil, ebenso den zweiten Teil meines Vortrags über das Leben von *Emil Fuchs*. Das „Internationale Freundschaftsheim“ in Bückeburg, die erste Friedensschule in Deutschland, ist vielen Friedensfreund(inn)en noch bekannt. Dort wirkte Pastor *Wilhelm Mensching*. Das Leben des Geschäftsführers beim Versöhnungsbund stellt uns *Karlheinz Lipp* vor. Die *Solidarische Kirche* im Rheinland hat im letzten Jahr eine Mahnung an die EKD gesandt. Vor 100 Jahren gab es den Völkermord in Namibia. Auch die deutsche Ev. Kirche muss sich zu ihrer Schuld damals bekennen und um Verzeihung bitten. Geeignete Projekte zur Versöhnung sollten folgen. *Stefan Körner*, Redakteur bei der Mitteldeutschen Zeitung „Glaube und Heimat“, hat den BRSD gefragt, was der politische Begriff „links“ für uns bedeute. *Dieter Hönerhoff* und *Jens-Eberhard Jahn* haben geantwortet. Hier lesen wir: Die Reformation radikalisieren – provoziert von Bibel und Krise im letzten Teil der 94 Thesen.

Leonhard Ragaz sah im Anarchismus die freiwillige Haltung einer Bewegung, die eine neue Art von Gemeinschaft verwirklichen will; vgl. CuS 2-3/2014 das Grußwort an die Erich-Mühsam-Gesellschaft. *Elmar Klink* hat das Buch von *Sebastian Kalicha* (Hg.): *Christlicher Anarchismus und das Lesbuch der Kirche* Anhalts über Hermann Cohen rezensiert. *Hermann Häring* hat das Buch *Renate Schoof*: *Geheimnisse des Christentums*. Vom verborgenen Wissen alter Bilder rezensiert.

Mit Wünschen für schöne Frühlingstage

Reinhard Gaede

Euer/Ihr Reinhard Gaede

Wer getröstet wird, kann selber trösten

Von Heinrich Bedford-Strohm

Gott spricht: Ich will euch trösten, wie einen seine Mutter tröstet.“ (Jes 6,13)

Liebe Gemeinde, es gibt Worte, die so kraftvoll sind, dass zu beständigen Begleitern werden. Für ein Jahr oder vielleicht auch weit darüber hinaus. Die Jahreslosung für 2016 ist ein solches Wort. Sie kann uns das heutige beginnende Jahr über begleiten und uns Kraft geben.

Wir wissen sofort, wovon in dem Satz aus dem Buch des Propheten Jesaja die Rede ist. Und selbst wenn unsere Lebensgeschichte so verlaufen ist, dass wir den mütterlichen Trost vermisst haben, dann kennen wir vielleicht umso mehr die Sehnsucht nach diesem Trost. Gerade haben wir an Weihnachten wieder das Bild gesehen mit Maria und Josef und dem Jesuskind. Vermutlich spricht dieses Bild auch deswegen so viele Menschen an, weil es Geborgenheit vermittelt. Selbst der Heiland der Welt ist als verletzlich kleines Kind auf die bergenden Arme der Mutter angewiesen. Wie wunderbar ist es, bergende und schützende Arme um sich zu spüren, seien es väterliche oder mütterliche!

„Ich will euch trösten, wie einen seine Mutter tröstet.“ Vielen von uns kommen sofort Bilder in den Sinn, wenn wir diesen Satz hören. Bilder aus der Kindheit. Von Ängsten, die uns gelähmt haben, die uns vielleicht haben weinen lassen, die uns verzweifelt nach der Mutter haben rufen lassen. Und dann diese Erfahrung, diese wunderbare Erfahrung, dass das Rufen gehört wird. Dass die Mutter da ist. Oder auch der Vater, der ja genauso mütterlich sein kann

wie die Mutter. Und das Gefühl, einfach geborgen zu sein. Zu spüren, wie die Angst vergeht.

Wir mögen durch unsichere und manchmal schwere Zeiten gehen. Aber wir sind nicht allein, sondern gehalten und getragen in diesen Zeiten. Nichts weniger verspricht die Jahreslosung aus dem Buch des Propheten Jesaja als dass wir genau so in das neue Jahr gehen dürfen.

Wie dringend wir das brauchen! Denn unsere Welt ist nicht bei Trost am Anfang des Jahres 2016. Man kann schon verzweifeln, wenn man mit einem Gefühl der Ohnmacht vor sinnlosen Gewaltorgien steht, deren Brutalität jede Vorstellungskraft übersteigt. Und wenn man dann sieht, wie Menschen vor dieser Gewalt fliehen, ihr Leben riskieren, es vielleicht bis hierher nach Europa schaffen und dann hier auf eine Situation treffen, in der sich wegen der großen Zahlen Erschöpfung und Verzweiflung auszubreiten beginnt, in der manche die Ängste der Menschen missbrauchen und zu hetzen beginnen oder mit Worten oder sogar mit echtem Feuer Brände legen.

Was wird werden im Jahr 2016? Wird sich unsere Gesellschaft auseinander entwickeln? Wird der soziale Friede in Gefahr geraten? Oder werden wir uns als Gesellschaft auf unsere Kräfte besinnen? Auf unsere großen finanziellen Kräfte in einer Zeit wirtschaftlicher Blüte, die gerade jetzt ein Riesensegen ist? Auf unsere sozialen Kräfte, die schon in den letzten Monaten in einer Weise sichtbar geworden sind, wie es vor einem Jahr niemand zu hoffen gewagt hätte?

Und was wird werden, wenn jetzt deutsche Tornado-Flugzeuge in den syrischen Bürgerkrieg eingreifen? Wird Deutschland damit einen Beitrag dazu leisten, dass die

Mörderbanden, die eine ganze Region terrorisieren, endlich gestoppt werden? Oder wird der intensivierte Einsatz militärischer Gewalt von außen nur neue Gewalt gebären und die zivilen Konfliktlösungsmittel, die einzig wirklich Frieden schaffen, behindern oder gar blockieren?

Tatsächlich ist die Verantwortung groß. Ich bete darum, dass die Kräfte des Friedens und der Versöhnung die Oberhand behalten werden. Ich bete darum, dass die Kriegslogik nicht zur Normalität wird, und dass wir uns nicht daran gewöhnen. Ich bete darum, dass die Menschen, die jetzt fliehen müssen, irgendwann in ihre Heimat zurückkehren können.

Manchmal wünsche ich mir, dass Gott einfach direkt eingreift, allen Gewalttätern die Waffen aus der Hand schlägt und auf direktem Wege Frieden schafft.

Aber können wir Gott die Verantwortung für die Gewalt zuschieben, die wir als Menschen einander antun? Wollen wir wirklich einen Gott, der uns wie Marionetten führt? Der das Weltgeschehen so lenkt, als ob er ein Theaterstück aufführt?

Nein, Gott ist kein Marionettenspieler. Er hat uns, die wir zu seinem Bilde geschaffen sind, die Freiheit gegeben, das Gute oder das Böse zu tun. Und er wirbt um uns, nicht durch Drohung und Gewalt, sondern durch Fürsorge und liebende Nähe. Ja, und auch durch Trost und Beistand.

„Ich will euch trösten, wie einen seine Mutter tröstet.“ Der Gott, der so spricht, sitzt nicht hoch oben auf seinem Thron. Sondern es ist der Gott, der die Verletzlichkeit der Menschen kennt, der ihre Ohnmacht kennt, der diese Ohnmacht am Kreuz selbst erfahren hat. Er zwingt nicht zur Liebe, sondern strahlt sie aus und gießt sie durch seinen Geist in die Herzen der Menschen ein.

Dieser Gott ist nicht irgendeine abstrakte Größe. Er ist nicht irgendeine kosmische

Kraft. Er ist auch nicht irgendein Weltprinzip. Sondern er ist ein sehr persönlicher Gott. Einer, der Mensch geworden ist, geboren in einer Obdachlosenunterkunft, einer, der als Erwachsener durchs Land gezogen ist und den Menschen vom Reich Gottes und seiner Liebe erzählt hat, der diese Liebe selbst in einzigartiger Weise ausgestrahlt hat, Menschen Heilung hat erfahren lassen, der schließlich der Gewalt der Menschen zum Opfer gefallen ist und gekreuzigt wurde. Und dann auferstanden ist und gezeigt hat, dass der Tod am Ende nicht das letzte Wort hat. Das ist der Gott, an den wir Christen glauben! Das ist der Gott, der sagt: „Ich will euch trösten, wie einen seine Mutter tröstet.“

Diesem Gott, liebe Gemeinde, können wir unser Leben anvertrauen. Mit diesem Gott können wir ohne Verzagtheit ins Jahr 2016 gehen. Von diesem Gott können wir uns trösten lassen, so wie einen seine Mutter tröstet!

Stellen wir uns einmal einen Moment vor, wir würden das in unserem Land wirklich tun! Mit diesem Gott ins Jahr 2016 gehen!

Wir würden unsere Furcht überwinden. Wir würden das ernst nehmen, was wir aus dem Munde der Engel an Weihnachten gesagt bekommen haben: „Fürchtet Euch nicht!“ Wir würden den Terroristen diesen Triumph nicht gönnen, dass sie uns Angst einjagen. Und wir würden weiter unsere Feste feiern und in die Fußballstadien gehen und uns am Leben freuen, wohl wissend, dass das Leben endlich ist und Risiken birgt, aber genauso gewiss, dass unser Gott uns behütet und begleitet im Leben und im Sterben und uns nichts trennen kann von seiner Liebe.

Wir würden mit nüchternem Blick auf die Probleme schauen, die mit der Integration vieler Menschen verbunden sind, die als Flüchtlinge hierher kommen, aber wir wür-

den uns davon nicht einschüchtern lassen, sondern anpacken und die Empathie weiter ausstrahlen, die unser Land im letzten Jahr zu einem der berührendsten Orte der Welt gemacht hat.

Wir würden mit einem wachen Blick auf die Menschen schauen, die schon lange oder schon immer hier leben, und auch soziale Not erfahren. Wir würden uns zu ihren Anwälten machen und damit sichtbar machen, dass Gerechtigkeit ein Volk erhöht. (Spr.14,34)

Wir würden überall im Land – und immer wieder – schöne Gottesdienste miteinander feiern, uns durch wunderbare Musik wie heute das Herz öffnen lassen, im Gebet alles, was uns beschwert und freut, vor Gott von der Seele reden. Wir würden uns von den biblischen Texten Orientierung geben lassen, in der Gemeinschaft mit Gott und miteinander Kraft schöpfen und am Ende mit dieser Kraft im Herzen und einem Segen im Rücken nach Hause wieder in den Alltag gehen. Wir würden einander vergeben lernen, weil wir wüssten, wie sehr wir selbst auf Vergebung angewiesen sind. Und wir würden endlich dankbar leben können, weil wir wüssten, welches Geschenk jeder Tag aus Gottes Hand ist und wie kostbar er ist.

Wir würden unser Leben in alledem auf Glaube, Hoffnung und Liebe gründen. Und wir würden das niemandem verheimlichen. Wir würden allen sagen und es mit unserer eigenen Existenz ausstrahlen, wie wunderbar es ist, aus dieser Kraft leben zu dürfen.

So, liebe Gemeinde, so wäre das, wenn wir mit diesem Gott ins Jahr 2016 gehen würden! Wenn wir nicht immer nur vom „christlichen Abendland“ reden würden, sondern dieses große Wort „christlich“ wirklich zur Basis unseres Lebens werden ließen!

Warum tun wir es nicht einfach! Lasst Eure Zweifel hinter Euch! Probiert es mit diesem Gott! Lasst ihn zu Eurem täglichen Begleiter werden!

Er sagt uns zu: Ich will euch trösten wie einen seine Mutter tröstet. Es ist die Melodie, mit der wir heute ins Jahr 2016 gehen und die uns durch dieses ganze Jahr begleiten soll.

Wer getröstet wird, kann selber trösten. Wer genährt wird, kann selber nähren. Wer Segen erfährt, kann selber zum Segen werden.

So geschehe es an uns allen in diesem neuen Jahr!

Und der Friede Gottes, der höher ist als alle unsere Vernunft, bewahre Eure Herzen und Sinne in Christus Jesus. AMEN

**Predigt am 1. Januar 2016 in der Frauenkirche in Dresden*

*Heinrich Bedford-Strohm
Geb. 30.3.1960 in Memmingen Seit 25 Jahren verheiratet mit der Psychotherapeutin Deborah Bedford-Strohm aus Boston/USA*

*Drei Kinder: Jonas (geb. 1992, Heidelberg), Lennart (geb. 1994, Heidelberg), Nathan (geb. 1995, New York)
Seit 2011 Honorarprofessor für Systematische Theologie und Theologische Gegenwartsfragen an der Universität Bamberg
Seit dem 30. Okt.2011 ist er Landesbischof der Ev.-Luth. Kirche in Bayern, seit 11. Nov. 2014 Präses der Ev. Kirche in Deutschland*



Heinrich Bedford-Strohm

Kuba vor dem Weltgebetstag 2016*

„Receive Children, Receive me“
Nehmt Kinder auf und Ihr nehmt mich auf.“

Von Renate Schroeder

So lautet das Motto des Weltgebetstages (WGT), der 2016 aus Kuba zu uns kommt. „Alle Reisen haben eine heimliche Bestimmung, die der Reisende nicht ahnt.“ Diese Worte Martin Bubers treffen auf uns Frauen zu, die wir die Weltgebetstags-Reisen unternehmen, – wir erfahren diese heimliche Bestimmung, indem wir das Land und das Leben der Menschen abseits der touristischen Wege kennen lernen.

Zuhause geben wir diese Erfahrungen weiter, wir weiten unseren Blick und können so alle das WGT – Land besser verstehen.

Meine erste Reise nach Kuba dauerte zwei Wochen im April dieses Jahres; sie

Was stellt man sich unter Kuba vor? Karibik, immer gutes Wetter mit Sonne, blauem Meer, weißem Strand, fröhlichen Menschen, Salsa Musik, Kuba Libre und farbenprächtigen alten Autos. Das stimmt aber nur zu einem Teil. Als Tourist, der in einem der Hotelburgen mit „all inclusive“ Urlaub macht, Ausflüge nach Havanna



Havannas alte Autos

und eine Cadillacfahrt unternimmt, kann man Kuba nicht kennen lernen.

Abseits der touristischen Orte sieht man den Verfall der wunderbaren alten Gebäude und die Armut der Menschen. Wir ha-



Meer, Strand

wurde, wie in den letzten Jahren, auch wieder von unseren Pfarrerrinnen Birgit Reiche und Antje Lütke-meier geleitet. Wir waren ein große Gruppe von vierunddreißig Frauen.

Schöne, aufwühlende und zwiespältige Erfahrungen haben wir mitgebracht.



Gebäude in Havanna

ben in wenigen Ländern so viele arme alte Menschen gesehen.

Beim Vorbereitungsstreffen wurden wir informiert, was für Dinge in Kuba dringend benötigt werden. In einigen Frauengruppen habe ich diese Wünsche weiter gegeben, eine überwältigende Hilfe habe ich erfahren! So hatte ich 160 Brillen im Gepäck, Seifen, Zahnpasta, Cremes, Verbandsmaterial, Fieberthermometer, Kugelschreiber und Material für Kindergärten. Viel Platz für Kleidung war da nicht mehr, aber bei 35- 40 Grad Wärme waren nur leichte Leinen-Kleider nötig.

Jede Kirche hat einen Raum für medizinische Betreuung, dort haben wir die Sachen abgegeben. Birgit Reiche hatte einen ganzen Koffer voller Medikamente mit, er wurde als Freigepäck transportiert.

Die Gesundheitsversorgung stellt sich so dar: Arztbesuche und Krankenhausaufenthalte mit nur kurzen Wartezeiten sind kostenlos. Aber die Medikamente müssen selbst bezahlt werden, sind auf legalem Weg nicht zu bekommen und unerschwinglich. Zurzeit gibt es für Zahnbehandlungen in ganz Kuba kein Amalgam.

Das Projekt „Öl für Ärzte“ bedeutet, dass die hervorragend ausgebildeten Ärzte Kubas im Ausland, vor allem in Venezuela arbeiten, dafür erhält Kuba Öl. Wenn Akademiker sich weigern, ins Ausland zu gehen, wird ihren Kindern der Besuch der höheren Schule verweigert.

Seit der Kubakrise 1962 belegten die USA Kuba mit einem umfassenden Wirtschaftsembargo, 80 % des täglichen Bedarfs muss eingeführt werden. Nach dem Fall der Mauer in Deutschland begann auch auf Kuba die Wende; die Löhne fielen um 25%. 70 % der Bevölkerung sind arm, das Überleben ist oft nur durch Gelder der Verwandten, die im Ausland arbeiten, gesichert. Nach dreißig Jahren Arbeit beim Staat hat

man Anrecht auf Rente. Diese beträgt umgerechnet acht Dollar. Die Mitarbeiter in den Hotels, Service- und Reinigungspersonal sind oft studierte Menschen, da sie hier durch Trinkgelder der Touristen wesentlich mehr verdienen als im erlernten Beruf. Es gibt für die Bevölkerung das „Libreta de Abastecimiento“ („Bezugsbüchlein“, Lebensmittelkarten, Verteilungssystem seit 1962); jede Person eines Haushaltes wird eingetragen und kann bestimmte Waren, variierend nach Alter und Geschlecht, zu subventionierten Preisen (zwanzigmal niedriger als auf den freien Märkten, die es auch gibt) nur im staatlichen Geschäft seines Viertels einkaufen. Aber wir haben fast nur leere Regale gesehen!

Hier die Lebensmittelrationen (für die minimale Versorgung): 5 Pfd. Reis im Monat pro Person, 1 Pfd. Bohnen, 5 Pfd. Zucker, 1 Packung Salz, wenn geliefert werden kann, 5 Eier, 1 Brötchen und ein kleines Brot täglich, ½ l Kochöl im Monat, ein halbes Stück Seife alle 3 Monate pro Person, 1 Tube Zahnpasta, auch alle 3 Monate pro Familie, ½ l Milch pro Tag für Kinder bis zu 7 Jahren, wöchentlich 1 Portion Rindfleisch, auch für alte Leute, alle 2 Wochen eine kleine Portion Hühnchen oder Fisch pro Person, 4 Portionen Kaffee im Monat.

Pfarrerin Antje Lütke-meier, die das Land ein Jahr zuvor bereiste, sagte: Die Bevölkerung hungert, die Touristen bekommen alles!“ Diese Erfahrung haben wir in allen Hotels gemacht, die Buffets bogen sich unter der Fülle der Speisen. Früher bevölkerten Touristen des ehemaligen Ostblocks das Land, jetzt sieht man viele Holländer und Kanadier. Die Hotelketten entlang der Strände werden durch Kanada erbaut. In den 50er Jahren durften verdiente Arbeiter der früheren DDR in Kuba mit dem ersten Kreuzfahrt-Schiff Urlaub machen.

Jahrelang beschworen Che Guevara und

Fidel Castro den Mythos der Revolution und wurden zu Ikonen verklärt.

Fidel Castro war von 1959 – 2008 Regierungschef und Vorsitzender der kommunistischen Partei Kubas. Er war die treibende Kraft der Revolution; in seiner Amtszeit überlebte er zehn amerikanische Präsidenten. Mit insgesamt neunundvierzig Regierungsjahren ist er der am längsten regierende nichtmonarchische Herrscher des 20. und des beginnenden 21. Jahrhunderts. Sein historisch berühmter Satz: „La Historia me absolvera“ — „Die Geschichte wird mich freisprechen“ – bezieht sich auf den Angriff auf die Moncada-Kaserne. Er wurde zu fünfundzwanzig Jahren Zuchthaus verurteilt, aber im Rahmen einer Generalamnestie er nach zwei Jahren entlassen. Am 13. August 2015 hielt Castro auf dem Place de Revolution in Havanna eine Rede an das Volk: „Niemals sollt ihr den Kampf für Frieden und Wohlstand aufgeben, unabhängig von eurer Hautfarbe und Herkunft!“ Castros manchmal sechsstündige Reden waren bei dem kubanischen Volk sehr beliebt, da wurde nämlich der Strom länger eingeschaltet.

Im Jahr 2008 übergab er das Regierungsamt seinem Bruder Raoul Castro, dieser bereitet jetzt schon die Amtsübergabe im



Amerikanische und kubanische Flagge gemeinsam

Jahr 2018 für seinen jetzigen Vizepräsidenten Miguel Dias Canel vor.

Nach sechsundfünfzig Jahren wurde am 14. August 2015 die amerikanische Botschaft wieder eröffnet, bis dahin gab es nur Interessenvertretungen. Jetzt weht an der 8 km langen Uferpromenade, dem Malecon, die amerikanische neben der kubanischen Flagge. Ebenso wurde für ausländische Studenten das Goethe-Institut wieder eröffnet.

Am 17.11.2014 fand ein Gespräch zwischen Barack Obama und Raoul Castro statt; die Kubaner erhoffen sich jetzt durch die Lockerung des Embargos bessere Lebensbedingungen. Jeden Tag stehen lange Schlangen von Kubanern, die ein Visum für die USA beantragen wollen, vor der amerikanischen Botschaft. Viele ihrer Verwandten leben dort.

Im Jahr 2000 besuchte die deutsche Entwicklungsministerin Heidemarie Wiczerk-Zeul Kuba, um mit Präsident Fidel Castro über Menschenrechte zu sprechen.

Am 17. Juli 2015 sprach Außenminister Steinmeier mit Raoul Castro über die Zusammenarbeit beider Länder und über die Präsenz deutscher Firmen auf Kuba. Fidel wird immer noch sehr vom kubanischen Volk geliebt; sie sagen: „Fidel ist Kuba, Raoul ist nur sein Bruder“!

Im ganzen Land ist Che Ernesto Guevara präsent, er wird verehrt wie ein Popstar. Der Name „Che“ ist kein Vorname, er bedeutet „Freund, Kumpel“, so sieht man ihn. Den Schulkindern wird vermittelt, sie sollten ihm nacheifern. Che, 1928 in Argentinien geboren, ist 1967 im Freiheitskampf im bolivianischen Dschungel umgekommen, er war Arzt und Revolutionär, Kampfgefährte Fidel Castros. In einem Mausoleum in Santa Clara haben seine sterblichen Überreste und die seiner Gefährten ihre letzte Ruhe gefunden. Das Mausoleum wird



Che überall gegenwärtig

streng bewacht, die Stimmung ist wie in einem Heiligtum! Man darf auch nicht fotografieren!

Die Menschen dürfen nicht über Politik sprechen, nach unseren Begegnungen in den diversen Institutionen wurde immer gefragt: „Warum wollt ihr das wissen?“ Es gab am Tag nach unseren Gesprächen auch meist Besuche von Regierungsvertretern, die sich nach uns erkundigten.

Die ersten Tage unserer Reise verbrachten wir in Havanna, dort trafen wir im Haus des kubanischen Kirchenrates die Frauen des WGT Komitees, die uns über die Entstehung der Ordnung berichteten. Zuverlässige Informationen über Religionszugehörigkeit gibt es nicht, es existieren dreißig christliche Konfessionen, mehrheitlich sind es Katholiken ca. 56 %, ca. 4% sind Protestanten. Nach der Revolution wurde Kuba zum atheistischen Staat erklärt; ein Bekenntnis zum Glauben war mit geringen Arbeits- und Bildungschancen bis hin zur politischen Verfolgung verbunden. Kirchenbesitz wurde enteignet; er wird jetzt nach und nach zurückgegeben.

Die „Santeria“ ist eine synkretistische afro-kubanische Religion. Verschleppte Sklaven aus Afrika wurden zwangschristianisiert. Um ihre Riten aufrechtzuerhalten, ordneten sie jeweils einen ihrer Götter, den „Orishas“, einem katholischen Heiligen

zu. Es gibt auch Götter nur für Männer. Hinter verschlossenen Türen wird der „Santeria-Kult“ von 70 % der Kubaner praktiziert, durch Trommeln fällt der Priester dabei in Trance. Den Santeros und Santeras,



Priesterin der Santeria

Priestern und Priesterinnen, die man an der weißen Kleidung im Stadtbild erkennt, muss man mit Respekt begegnen.

In einem Tempel der Santeria wurden wir von einem Priester empfangen, der uns von göttlichen Weisungen berichtete, die er erhalte. Die Kraft schöpft er aus der Natur, die in allem enthalten ist. In diesem Tempel „Yamalla“ huldigt man der Wassergöttin, einer lebensgroßen marienähnlichen schwarzen Figur mit ihrem Baby. In vielen Glasgefäßen, die im Raum verteilt waren, befand sich geweihtes Wasser als Opfergabe für die Göttin. Wir waren ziemlich verwirrt von alledem, was wir hörten! Für uns sehr unverständlich. In einem Museum konnten wir außerdem die Vielfalt der Götter besichtigen. Man sieht auf den Straßen überall Verkäufer mit Sonnenblumen, das sind die Blumen der Orishas.

Die Frauen des Komitees, die verschiedenen Religionen angehören, versagen der Santeria die Bezeichnung Religion, die katholische Kirche lehnt die Santeria grund-



Die Wassergöttin

sätzlich ab, toleriert sie aber als Volksfrömmigkeit und sieht keinen Widerspruch.

Die Vorsitzende des WGT- Komitees Ormara Nolla Cao berichtete vom Besuch des Papstes Franziskus in Havanna und Huguin am 20. September 2015. Sie sagte, dass junge Kubaner wieder Interesse am wahren Christentum zeigen, nur 5% der Christen besuchen zu Zeit die Gottesdienste. Sorgen bereiten den Frauen die Strömungen neuer religiöser Pfingstkirchen aus Nordamerika. Im Jahr 2014 gestattete Raoul Castro den Bau des ersten Gotteshauses in Havanna.

Das Treffen mit den WGT-Frauen war fröhlich, informativ und anrührend, die Weltgebetstagsarbeit verbindet über Grenzen hinweg, das stellen wir immer wieder in allen Ländern fest!

Viele verschiedene Gruppen und Organisationen haben wir besucht, im „Zentrum

Martin Luther King“ wurden wir über das Verhältnis von Kirche und Staat informiert.

In einer presbyterianischen Kirche wurden wir von den Frauen der Gemeinde erwartet, der Nachmittag war wie bei uns in einer Frauenhilfsstunde. Mit Berichten unserer und ihrer Arbeit, Verteilen der Geschenke, Singen, Musizieren und Beten war es ein besonderes Treffen.

Der sonntägliche Gottesdienst in der „Buenas Nuevas Pfingstkirche“ war geprägt durch Freude über unseren Besuch, viel



WGT – Komitee

Emotionalität und Musik. Es existiert auf Kuba nur eine Kirche mit einer Orgel, sonst gibt es Live Musik mit typisch kubanischer Musik. Unsere Pfarrerrinnen hatten als Gastgeschenke (neben all den anderen Dingen) immer kleine geschnitzte Krippen aus Palästina im Gepäck, eine Kostbarkeit für die Beschenkten!

Eine Tagespflege-Einrichtung für alte Menschen durften wir in Havanna besuchen; es war unserer Meinung nach ein Vorzeigeobjekt. Es gibt wenige Altenheime auf Kuba, unsere Reiseleiterin Leydi sagte, diese wären nicht so wie bei uns in Deutschland. Ihre Meinung war: Deutschland organisiert, Kuba improvisiert!

Eine herzliche Einladung erhielten wir in die „Presbyterianische Gemeinde von Sanc-

ti Spiritus“. Es war zufällig der Geburtstag der „Nationalen Presbyterianischen Union“. Aus diesem Anlass hatten die Frauen der Gemeinde im Vorfeld armen Gemeindemitgliedern beim Renovieren, Putzen und Waschen geholfen. Ein junges Mädchen, Nele aus Potsdam, verbrachte gerade die letzten Wochen ihres Freiwilligen Sozialen Jahres in dieser Gemeinde. Es gibt auf ganz Kuba nur zwei Freiwillige, es ist schwierig, einen Platz zu bekommen. In dieser Gemeinde wird der WGT groß gefeiert. Die Pastorin Ludmilla Hernandez ist die jüngste Pastorin von ganz Kuba.

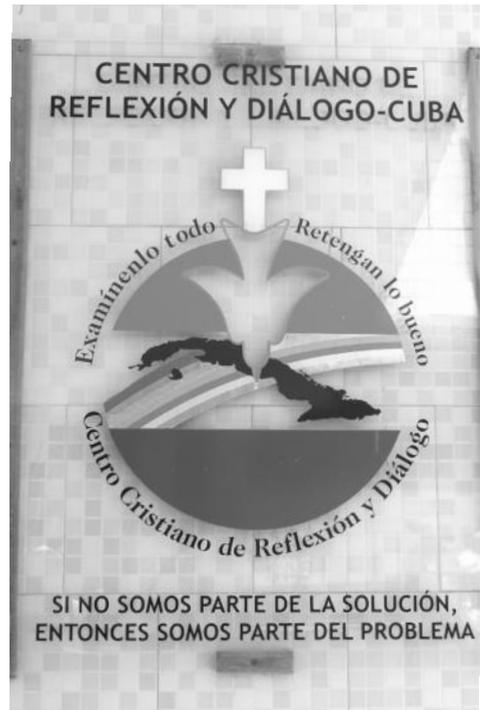
Was sollen wir deutsche Frauen über den WGT mit nach Hause nehmen? Freude und Enthusiasmus soll vermittelt werden. Der familiäre Zusammenhalt soll betont werden. Die für Kuba so wichtige Musik soll gespielt werden. Der kubanische Weg des Widerstandes soll deutlich gemacht werden; trotz aller Widerstände und Einschränkungen haben die kubanischen Frauen nie aufgehört zu glauben und zu helfen.

Beim Abschied sagte Pastorin Ludmilla: „Nur Gott kann Liebe geben, aber er kann auch zeigen, sie weiterzugeben.“

In Camagüey trafen wir in einem ehemaligen katholischen Konvent die Mitglieder des örtlichen WGT-Teams die mit großer Begeisterung von ihrer Art der Arbeit berichteten. Ihr Ziel ist die Einbindung jüngerer Frauen am Weltgebetstag. Das kam uns allen so bekannt vor.

In Corallilo, einem kleinen Ort, der noch nie von Touristen besucht wurde, fand der letzte wohlgefüllte Koffer seine Bestimmung. In Soest hatten wir eine junge Frau dieser Gemeinde kennen gelernt, dadurch entstand der Kontakt.

Im „Seminario Evangelico“ in Matanzas trafen wir uns mit Clara Luz Ajo, Inhaberin des Lehrstuhls für Systematische Theologie. Dieses Institut nimmt Studenten aller De-



nominationen zur theologischen Ausbildung auf. Ein Plakat an der Wand verdeutlicht, dass hier auch Seminare zum Thema Alzheimer gegeben werden. Clara Luz hat für die WGT-Ordnung die Musik zu Lied Nr. 1 und Text plus Musik für Lied Nr. 4 geschrieben.

Der Bericht über das Treffen mit drei Professorinnen der Universität Havanna und das Gespräch mit zwei jungen Radiomoderatorinnen würde zu viel Platz einnehmen, wir haben wieder interessante und eindrucksvoller Frauen kennen gelernt, eine Bereicherung für uns alle!

Besonders erwähnen möchte ich noch das Christliche Zentrum für Reflexion und Dialog „CCRD“ in Cardenas. Es ist eine ökumenische Organisation mit landwirtschaftlichem ökologischem Betrieb. Der Landbau umfasst die praktische Arbeit in

der Landwirtschaft mit Ackerbau und Viehzucht, der Herstellung von Biogas Anlagen und Naturdünger, der Neuzüchtung aussterbender Baumarten und von Aufforstungsprogrammen, der Pflanzung von Heilpflanzen und Herstellung von Arzneien. Dazu kommt die Ausbildung junger Menschen in sämtlichen Bereichen. Ziel ist es, die Nahrungssicherheit in diesem Gebiet und eine zunehmende Unabhängigkeit im Nahrungssektor in der Region zu gewährleisten und dabei die Umwelt zu schonen. Jeden Tag wird für 120 Menschen „Essen auf Rädern“ mit dem Fahrrad und Anhängern ausgefahren. Als sichtbares Zeichen der Unterstützung der Arbeit von CCRD und als Dank haben wir tropentaugliches Saatgut in Demeter- Qualität mitgebracht, das Birgit Reiche besorgt hatte.

Nach zwei Wochen intensiven Erlebens traten wir den Heimflug an, wieder ein Land und Menschen, die uns erst fremd, aber jetzt etwas vertrauter waren!

** Der Reisebericht ist Teil einer Informationschrift des Bezirksverbandes der Ev. Frauenhilfe des Ev. Kirchenkreises Herford*
Renate Schroeder

Geb. am 23.2.1941 in Dresden, Ausbildung als Krankenschwester mit heilpädagogischer Zusatzausbildung. Arbeit in Krankenhäusern in Lüdenscheid und Bielefeld, danach in der Lebenshilfe Brackwede mit lernbehinderten Kindern. Verheiratet, drei erwachsene Kinder und zwei Enkelkinder.

Ehrenamtlich tätig in meiner Kirchengemeinde als Lektorin und in Frauenkreisen. Elf Jahre im Vorstand des Bezirksverbandes der Frauenhilfe Herford, verantwortlich für die Weltgebetstagsarbeit mit Reisen in die jeweiligen Länder des Weltgebetstags und anschließenden Vorträgen im Land. Außerdem Engagement als „Grüne Dame“ im Altenheim.



Reante Schroeder

Ernst Bloch als Gegner des Ersten Weltkrieges

Von Karlheinz Lipp

Der aus Ludwigshafen am Rhein stammende Philosoph Ernst Bloch (1885-1977) kritisierte bereits vor 1914 den preußisch-deutschen Militarismus und Imperialismus. Diese Position änderte der Erste Weltkrieg nicht – im Gegenteil: Bloch distanzierte sich vom Kriegsbeginn 1914 und behielt seinen antimilitaristischen

Kurs bei. Dieser Krieg bedingte auch Blochs Flucht in die Schweiz, wo er seine Kritik am Ersten Weltkrieg publizistisch fortsetzte.

Ernst Bloch und die 2. Marokkokrise von 1911

Die 2. Marokkokrise gehörte zu den Krisen im Vorfeld des Ersten Weltkrieges. Seit Juni 1910 forderte Alfred von Kiderlen-Wächter, der neue Staatssekretär des Äu-

ßeren eine aggressive Außenpolitik des Kaiserreiches. So ermunterte dieser Politiker ausdrücklich deutsche Industrielle und Bankiers entsprechende Interessen an Marokko zu bekunden. Ferner arbeitete Kiderlen-Wächter seit April 1911 eng mit dem Alldeutschen Verband zusammen, um die Öffentlichkeit Deutschlands für eine imperialistische Politik zu mobilisieren.

Im Juni 1911 besetzten französische Truppen illegal die marokkanische Hauptstadt Fes – für Kiderlen-Wächter bedeutete dies eine große Chance für ein kolonialpolitisches Eingreifen. Am 1. Juli erreichte das deutsche Kanonenboot „Panther“ die Stadt Agadir. Diese Militäraktion wurde innenpolitisch überwiegend begrüßt, außenpolitisch scharf verurteilt. So warnte Großbritannien das Kaiserreich vor einem Kurs der Konfrontation und Eskalation. Im November 1911 kam es zu einem Kompromiss. Deutschland erkannte das französische Protektorat an, deutsche Konzerne konnten weiterhin in Marokko tätig sein.

Bloch kritisierte noch im Jahre 1911 grundsätzlich und konkret das Industriekapitel am Beispiel der Firma Mannesmann sowie den deutschen Militarismus im Zusammenhang mit dieser 2. Marokkokrise:

„Fast wäre Krieg geworden. Bis auf weiteres atmet man auf. Der Krieg wäre von Berlin her gemacht worden, mit einem ahnungslosen Volk. [...]

Der Streitfall lag weit von hier. Er hieß Marokkokrise und ging außer die Gebrüder Mannesmann und was damit zusammenhängt niemanden etwas an. Die Gebrüder Mannesmann, Erze en gros, auch durch die von ihnen fabrizierten Röhren vage bekannt, haben 'Interessen' in Marokko, und diese bilden heutzutage einen großen Teil des Inhalts von Deutschland, Deutschland über alles.

Da Frankreich, das heißt der dort herr-

schende Typ Mannesmann, ebenfalls das marokkanische Erzvorkommen für sich isolieren möchte, so wurde das deutsche Kanonenboot 'Panther' nach Agadir entsandt. Was der oberste Kriegsherr erzdefensiv einen 'Panthersprung' nennen ließ und was eben, wenn die englischen Mannesmäner sich nicht eingeschaltet hätten, fast zu einem Krieg geführt hätte, made in Germany. [...]

Aber so wenig auch die besonders scharfe Profitgier des jungen, expansiven deutschen Kapitalismus unterschätzt sein mag, er allein, das heißt seine rein wirtschaftliche Überlegung allein, müßte in der Rentabilitätsfrage eines Krieges sich vorsichtig verhalten. Das Geschäft blühte bisher, trotz der angegebenen Hindernisse, auch ohne Landeroberungen in Deutschland nicht schlecht; noch ein Menschenalter Frieden, und das deutsche Kapital besitzt ohnehin das, was man Weltmacht nennt. Wenn anders ihm das revolutionäre Proletariat keine Strich durch die Rechnung zieht, die es schließlich bezahlen muß; doch das steht auf einem anderen Blatt.

Folglich gehören zwei dazu, um den Panthersprung und was ihm hätte folgen können wirklich im 'Interesse' liegen zu lassen; nicht das deutsche Kapital, diesfalls vertreten durch die Gebrüder Mannesmann, sondern ebenso das preußisch-deutsche Heer, die sogenannte Schutzrüstung, dieses aus noch halbfeudalen Zeiten stammende, aus der bürgerlichen Gesellschaft fast herausgehobene, fast als Selbstzweck sich gebärende Gefahrengewalt.

Zweifellos, beide stehen sich bei, es gäbe den deutschen Militarismus nicht in solchem Umfang, wenn das deutsche, besonders hoch entwickelte Großkapital nicht einen solchen Expansionstrieb zeigte; aber der deutsche Generalstab ist eine eigene Macht, wie in keinem Land, und fast eben

eine eigene Logik. Er freilich scheut, ex officio, kein Risiko des Krieges, und seine Exportindustrie ist der Krieg selber. Hier ist eine alte Wurzel des Übels, der preußische Leutnant, den uns die Welt nicht nachmacht; die andere, neuere, kapitalistische Wurzel ist heute gleichsam originärer, doch sie allein würde den Krieg kaum so bedenkenlos, so ohne Risikoscheu treiben.

Das ist die explosible Lage im Land des Mannesmannhaftesten Kapitals und eben auch, fast vorkapitalistisch, der schneidigsten Offiziere. Im Land, wo überdies (im Ernstfall keineswegs nur überdies) das Proletariat von Kriegervereinen durchsetzt ist, um vom Kleinbürgertum zu schweigen.“ (Bloch, Politische Messungen, 16-18)

Beginn des Ersten Weltkrieges

Ernst Bloch blieb auch bei Kriegsbeginn bei seiner strikten antimilitaristischen Haltung. In einem kleinen Artikel kritisierte er die angebliche Unschuld Deutschlands am Krieg, die Kriegspropaganda, den Gesinnungsmilitarismus, die kriegsgeile Presse sowie die kriegsbejahende Position der Mehrheit der SPD.

„Wie sehr fühlt man sich allein und geschlagen! Was draußen siegt, ist nicht unser Siegen, der Aufschwung geht spurlos an uns vorüber. Fast alle setzen aus, setzen sich ein, um zu verteidigen, was nicht mehr eine Stunde hätte weiter ertragen werden sollen. Der Schmock [prinzipienloser Journalismus] und die Lüge um die Roheit herum halten ungestört Ernte, blasen noch an, was ohnehin schon lichterloh genug brennt.

Die Luft hallt von Beschimpfungen wider, von einfältigsten Klischees, während jeder an seinem eigenen Gesicht nur die verfolgte deutsche Unschuld, wie aus der Fibel, abzulesen versteht. Weiber wünschen Blut zu sehen und Wunden, um sie engelrein zu verbinden. Heimsoldaten ohne Ende, rohe

Spießier und Dummköpfe, die sich das Gehirn an den Festreden verdorben haben, sind überrascht, ein 'solches' Volk zu sein. Wissen nicht genug die Zeit zu preisen, die



Ernst Bloch

aus Sozialisten eine Hammelherde machte und aus Geist einen Gassenhauer.

Alles, Brot, Gesichter, Zeitungen, Gedanken, ist durchbacken vom Krieg. Fast das ganze Volk, übel gewohnt, schlecht geführt, besteht nur noch aus Gier, aus Machtbesessenen, die es sind, und solchen, die es werden wollen.“ (Bloch, Politische Messungen, 20)

Flucht in die Schweiz im Jahre 1917

Der für den Herbst bzw. Winter 1914 fest eingeplante Sieg des deutschen Militärs blieb aus, der Erste Weltkrieg wurde fortgeführt und erweitert. Die politischen und militärischen Behörden verschärften nun –

anders als vor 1914 – den Druck auf die Friedensbewegten. Bereits ab dem 3. Oktober 1915 durfte der pazifistische Bund Neues Vaterland, dem auch die Gebrüder Adolf und Georg Bley aus dem nordpfälzischen Kirchheimbolanden angehörten, den eigenen Mitgliedern keine Mitteilungen mehr schicken – ein klarer Verstoß gegen das Vereinsrecht des Kaiserreichs.

Der nächste gezielte Schlag folgte am 7. Februar 1916, als dem Bund Neues Vaterland mitgeteilt wurde, dass er für die Dauer des Krieges seine Betätigung einstellen müsse. Die Sekretärin dieser Friedensorganisation, Lilli Jannasch, wurde willkürlich verhaftet und ohne Angabe von Gründen 14 Wochen inhaftiert – eine illegale Aktion. Auch ihre Nachfolgerin, Elsbeth Bruck, erfuhr ein ähnliches Schicksal.

Die Lahmlegung des Bundes Neues Vaterland bedeutete nur den Anfang der Repressalien, wenig später traf es auch die Deutsche Friedensgesellschaft: Verbote und Beschlagnahmungen von Publikationen, Verfolgungen, Observierungen und Verhaftungen. Die treibende Kraft hinter diesen Handlungen stellte die dritte Oberste Heeresleitung (Hindenburg, Ludendorff) dar, de facto eine Militärdiktatur, die nicht nur die militärischen, sondern ebenso die politischen Entscheidungen dominierte und den entsprechenden Druck ausübte.

Dieser Druck bildete einen Grund für die Flucht des Kriegsgegners Bloch. Hinzu kamen ferner die Verschlechterung der allgemeinen Lage (Rationierung aller Grundnahrungsmittel) für die Zivilbevölkerung sowie die Angst Blochs, im dritten Kriegsjahr zur Armee eingezogen zu werden. Bei seiner Musterung im Jahre 1916 wurde Bloch, vor allem wegen der Intervention des Kriegskritikers Karl Jaspers (Philosoph an der Universität Heidelberg) aufgrund sei-

ner starken Kurzsichtigkeit nur zunächst vom Wehrdienst befreit.

Im Frühjahr 1917 verließen Ernst Bloch (nach der Abfassung des Manuskripts seines Werkes „Geist der Utopie“) und seine Frau Else von Stritzky Deutschland und siedelten in die Schweiz über, zunächst nach Thun, dann nach Interlaken. Von der Schweiz aus wollte Bloch, wie auch der Pirmasenser und DADA-Mitbegründer Hugo Ball (Flucht mit seiner Partnerin und späteren Ehefrau Emmy Hennigs in die Schweiz schon im Jahre 1915 wegen der patriotischen Stimmung in Deutschland), die Kriegspolitik des Kaiserreiches publizistisch bekämpfen. Daher schloss sich Bloch, wie auch Ball, der Zeitschrift Die Freie Zeitung an und veröffentlichte insgesamt 106 Artikel, teilweise unter seinem Namen, teilweise unter Pseudonymen (aus berechtigter Angst vor der deutschen Spionage) in diesem wichtigen Organ des deutschen demokratischen und antimilitaristischen Exils.

Beispiele von Blochs publizistischer Kriegskritik

Mit dem Kaiser Wilhelm II. setzte sich Bloch kritisch und äußerst süffisant auseinander, etwa im Zusammenhang mit dem Frieden von Brest-Litowsk, in dem das Kaiserreich die Friedensbedingungen für die Sowjetunion diktierte:

„Es ist immer wieder eine Lust, ihm zuzuhören. Auch diesmal, wo man sich nichts weiter versah, als daß die Friedensparodie in Brest-Litowsk zum Ende gespielt wurde, hat Wilhelm II. gehalten, was seine an erhellenden Reden nicht arme Vergangenheit versprach.

Während man östlich schachert und täuscht, mit öligen Mienen, sollen im Westen weiter 'mit eiserner Faust und mit blitzendem Schwert die Pforten eingeschlagen werden bei denen, die den Frieden nicht ha-

ben wollen.' Dazu ist bekanntlich der Kaiser der rechte Mann. Vielseitig wie er schon ist, hat er der Welt 1914 den Krieg beschert und nun möchte er ihr mit denselben Mitteln, mit Faust und Schwert und dem Spezialgott Deutschlands dazu den Frieden als Weihnachtsgeschenk bringen. [...]

Man hat tatsächlich in dieser Rede in nuce das ganze unveränderte, unbelehrbare Glaubensbekenntnis des deutschen Militarismus; kein Friede ohne den deutschen Sieg, keine Nachgiebigkeit gegenüber der Demokratisierung und der Zivilisation, kein Christentum ohne die Unterstützung der eisernen Faust und des blinkenden Degens, kein Gott, der nicht als Herr der Heerscharen, mithin als eine Art von alleroberstem Kriegsherrn und Kollegen Wilhelms II. verehrt würde.“ (Bloch, Kampf, 139)

Mit den Kriegsgewinnlern und der Korruption in Deutschland beschäftigte sich Bloch in einem Artikel:

„Saubere Dinge sind letzthin im Hauptausschuß des Reichstags aufgedeckt worden. Man munkelte und wußte ja schon vorher allerlei. Aber einiges davon ist jetzt wenigstens in grelles öffentliches Licht gestellt worden.

Die großen, ausschließlich für [den] Heeresbedarf, ausschließlich für das ‚vaterländische Interesse‘ arbeitenden Daimlerwerke, haben seit Jahren nicht nur Überforderungen schamlosester Art geübt, vier Millionen Mark monatlich über den rechtmäßigen Gewinn hinaus; sondern auch die vorgelegten Buchungen gefälscht und außerdem, falls eine neue Mehrforderung nicht zugestanden würde, mit dem Streik gedroht. Jetzt ist Anzeige erstattet, aber vielleicht braucht Daimler, trotz des bewiesenen Betrugs, auch nicht mehr zu fürchten als die vor kurzem wegen ähnlicher Geschäfte

angeklagt und wieder freigesprochene Maschinenfabrik Wiesbaden.

Hier ist das Militär sanft und geduldig, hier fordert die ‚Deutsche Zeitung‘ mit ihren sehr mächtigen schwerindustriellen Hintermännern ausdrücklich, von einer Strafverfolgung und Militarisation der Rüstungsbetriebe abzusehen, um ‚die Produktionslust nicht zu schwächen‘, um den Streik der Unternehmer nicht zu provozieren.

Dagegen ein Metaldreher, der während des Ausstands in Berlin Zettel mit [der] Streikaufrufung verteilte, wurde unter Versagung mildernder Umstände an Ort und Stelle zu vier Monaten Zuchthaus verurteilt. Deutschland ist, wie man sieht, ein Rechtsstaat; das einzige, was dort die Augen nicht verbunden hat, ist die Justiz.

Man munkelt und weiß aber auch außerdem allerlei. Denn der zweite Fall, der des Kammerherrn der Kaiserin v. Behr-Pinnow, ist ganz offenbar nur ein Ausschnitt, nur ein Glied in einer ganz anderen Kette, die die Regierung offenbar noch weniger gerne aufrollen lassen will.

Dieser Edelmann hat armen Sacknäherinnen, die ihm und seiner Wohltätigkeitsaktion zugewiesen worden waren (denn der Kammerherr der Kaiserin macht ja keine Geschäfte), die Hälfte ihres Verdienstes unterschlagen und derart mit einem einbezahlten Kapital von 25 000 Mark in neun Monaten viereinhalb Millionen verdient. Schon die stillen Teilhaber an den Wucher- und Schieber-Geschäften der Meta Kupfer stammen aus sehr hohen Kreisen; aber nun geht es offenbar noch höher hinauf, so also sieht der Opfertod fürs Vaterland in diesen Kreisen aus. [...]

Die herrschenden Schichten Deutschlands sind heute besessen vom zügellosesten, brutalsten Kapitalismus und Materialismus; es wird gestohlen wie noch nie und

nirgends bisher, der unbestechliche Beamte, der Stolz Preußens, wankt bedenklich und wird schwach vor dem Schmiergeld; Einbruch, Brandstiftung, Raubmord füllen die Spalten jeder großstädtischen Zeitung. Daimler und Herr von Pinnow sind nur Augenblicksbilder aus der Homogenität des gesamten, gegenwärtig in Deutschland herrschenden Systems.“ (Bloch, Kampf, 221f.)

Bloch war keineswegs ein prinzipieller Gegner von Krieg und Gewalt. In der Auseinandersetzung zwischen der Entente (Großbritannien, Frankreich, USA, Italien) sowie den Mittelmächten (Deutschland, Österreich-Ungarn) unterschied der Philosoph die beiden Seiten deutlich – und befürwortete die Gewalt auf Seiten der Entente, da nur so der Militarismus der Mittelmächte besiegt werden könne. Die Form der Gewaltanwendung sei kein Krieg sondern ein kurzzeitiger, vorübergehender und notwendiger Kampf. In diesem Zusammenhang differenziert Bloch zwischen zwei Staatsmännern, dem US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson und dem deutschen Kaiser Wilhelm II.

„Die vielfach geworfene, verworfene Welt ist so beschaffen, daß nur von oben her, mit Kuß und reiner Gesinnung, das Böse in ihr nicht zu heilen ist. Sondern die Macht muß der Macht entgegenstehen, soll diese überwunden werden [...]. Aber nach gelungenem Werk, voll Ekel über die aufgedrängten Gegenmittel, soll sich selbst die Macht, die Macht des Guten, so reinlich als möglich des Machthaften selbst entledigen: und die Welt der Entente, der gerade im Krieg der Militarismus gesinnungsmäßig noch fremder geworden ist als vorher, braucht nicht die eigene Verstrickung in den Machtgedanken als Ziel, als Substanz zu fürchten [...].

Durchaus aber ist Schlacht und Wehr-

pflicht bei der Entente nur Kampf gegen deren Erreger, nur Methode, grausam erzwungen; nicht Gesinnung, nicht Symptom, nicht Staatssubstanz wie bei den Zentralmächten: sie steht im Kampf, aber sie führt nicht Krieg, die Welt, sie führt Kampf gegen den Krieg, sie steht auf den Barrikaden gegen das System des Krieges, sie ist sich gründlich, grundhaft wehrender Pazifismus und, mit voller Paradoxie des Wortes, kämpfende Christenheit, *ecclesia militans*.

Wilson, der kämpft, ist Pazifist geblieben, mehr als je. Wilhelm II., der sich in 'Friedens'-Intrigen gegen diesen Kampf, gegen diesen nachgespielten Akt der Französischen Revolution erschöpft, ist Militarist geblieben, ebenfalls mehr als je.“ (Bloch, Kampf, 315 und 317)

50 Jahre später: bei der Entgegennahme des Friedenspreises des deutschen Buchhandels im Jahre 1967 vertrat Bloch immer noch die Position, wonach zwischen dem Kampf (gegen Unrecht) und Krieg im Namen des Unrechts deutlich unterschieden werden müsse.

Der Januarstreik 1918

Am 28. Januar 1918 begann in Berlin der Massenstreik für Frieden und Demokratie, der von den Betriebsobleuten, also nicht von den Parteien SPD oder USPD, organisiert war. Insgesamt beteiligten sich ca. 400.000 Personen in ganz Deutschland an diesem Streik, der eine Woche dauerte. Dieser Streik erreichte auch Frankenthal und Ludwigshafen.

Ernst Bloch kommentierte aus dem Schweizer Exil zweimal den Januarstreik. Zunächst begrüßte der Philosoph die Arbeitsniederlegungen:

„Die vergangenen Tage standen ausnahmslos unter dem Zeichen der deutschen Streiks. Es ist kein Zweifel, der Krieg fängt jetzt an, in Deutschland selber zu to-

ben, und sein Ausgang entscheidet den allgemeinen Ausgang sogleich. Könnte das Volk dort siegen, vermöchte sich eine dem Volk verantwortliche, von ihm gewählte oder auch nur gutgeheißene, vom Volkswillen erfüllte Regierung in Deutschland zu etablieren, so fiel mit den Junkern der Kriegsgrund weg, und der Verständigungsfriede käme automatisch in Sicht.“ (Bloch, Kampf, 177)

Die vom Aktionsausschuss des Streiks angestrebten Verhandlungen mit der Regierung kamen nicht zustande, da die Regierung Gespräche mit Arbeiterräten ablehnte. Die drastischen Repressionen des Staates gegen die Streikenden erfolgten sehr bald. Kriegsgerichte verhängten in Schnellverfahren Gefängnisstrafen, viele revolutionäre Obleute wurden zum Kriegsdienst einberufen, alle Streikenden bekamen einen entsprechenden Vermerk.

Zum Ende des Streiks vermerkte Bloch. „Es ist nicht zu sagen, wie friedlich diese Woche war. Denn die deutschen Arbeiter haben sich wieder verkrochen und sind lammfromm geworden. Und der deutsche Soldatenrock, der ehemals in den Anfängen dieses Krieges ‘des Kaisers Rock’ hieß und dem Träger höchste Ehre verlieh, derselbe Rock, in den die Freiwilligen der ersten Zeit so begeistert schlüpfen, ist unterdessen vom Generalkommando zum Schlafkleid für streikende Vaterlandsverräter degradiert worden.“ (Bloch, Kampf, 182)

Dem Kriegsende entgegen

Spätestens ab dem Frühjahr 1918 zeichnete sich die militärische Niederlage des Kaiserreiches ab.

Diese prekäre Lage verschwieg die deutsche Propaganda. Bloch reflektierte in einer Schrift vom Juni 1918 die bevorstehende Kriegsniederlage Deutschlands.

„An Volk und Heer

Nicht Euch, Freunde, bekämpfen wir. Nicht Euch, deutsche Soldaten, nicht Dich, deutsches Volk, wünschen wir besiegt zu sehen. Aber den Herren und Junkern, Euren erbarmungslosen Treibern, den Anstiftern, Erhaltern und Verlängerern dieses Krieges, wünschen wir ein Ende, ein Genug; ein Abtreten von der Bühne, auf die sie Euch alle, die Ihr schuldlos und getrieben seid, zum Sterben für die rasendsten, volksfremdesten Gewaltgedanken gerufen haben.

Wacht auf! Reibt Euch endlich den Schlaf und die Lügen aus den Augen! Seht die Welt, wie sie ist; wie sie werden will, neu besser, glücklicher als vordem, als je. Seht auch die schändliche Rolle, die man Euch darin zugehacht hat; die Euch die Verfechter des Morschen, Alten und Unerträglichen, die Verfechter des Zwangs und Fürsten-Machtprinzips, in dieser Welt zugehacht haben.

Es zittert der ganze Erdball von den Pulsschlägen einer neuen Freiheit; die Völker wollen sich endlich in diesem Zeichen vereinen, und nur Ihr, Soldaten, Männer aus dem großen, herrlichen, deutschen Volk, wollt Euch verhärten und Eure Kraft gegen euch selbst, gegen die Verwirklichung der Freiheitsideen Eurer Dichter und Philosophen stellen? Haben dazu Schiller, Fichte, Kant unter Euch gelebt, Euch in der Jugend begeistert und erzogen, damit Ihr von der dürrsten, unfruchtbarsten Gewaltkaste Preußens zum Volk der Knechtschaft erdulnd, über alle andern Völker Knechtschaft verhängt? Wacht endlich auf! Verlaßt diesen Schlaf und den grauenvollen Irrtum Eures jetzigen Daseins! [...]

Ihr sollt vielmehr durchaus den Krieg gewinnen. Aber ihr sollt den Krieg Eurer Freiheit gewinnen. Und nicht etwa den Krieg der Krämer und Wucherer, der Junker und Kriegshetzer zu Hause; denen soll in Wahrheit ihre Macht und ihre Mentalität

in Stücke zusammengeslagen werden, damit die Welt, und Deutschland mit ihr, sich anderen Zielen, als denen der Gewalt und der Hinterlist zuwenden kann, damit die starke innere Front, der Barrikadenbau gegen rechts, wie er einmal die Parole des ganzen deutschen Liberalismus und der gesamten deutschen Sozialdemokratie bildete, endlich den vollen Triumph über Potsdam und seinen Kronrat, über die Pest der Gewalt, über die preußischen Junker als die natürlichen Feinde der Freiheit erlebt.“ (Bloch, Kampf, 457f.)

Im September 1918 publizierte Bloch eine weitere Schrift mit ähnlichen Inhalten.

Das Ende des Ersten Weltkrieges und des Kaiserreiches erlebte Bloch in der Schweiz und kehrte 1919 nach Deutschland zurück.

Quellen und Literatur

Bloch, Ernst: *Politische Messungen, Pestzeit, Vormärz. Gesamtausgabe, Band 11, Frankfurt a. M. 1977*

Ders.: *Kampf, nicht Krieg. Politische Schriften 1917-1919. Hg. von Martin Korol.*

Frankfurt a. M. 1985

Korol, Martin: *Deutsches Präexil in der Schweiz*

1916-1918. Hugo Balls und Ernst Blochs Opposition von außen gegen die deutsche Politik in der Schweiz während des Ersten Weltkrieges.

Diss. Bremen 1999

Lipp, Karlheinz: *Pazifismus in der Pfalz vor und während des Ersten Weltkrieges. Ein Lesebuch.* Nordhausen 2015

Zudeick, Peter: *Der Hintern des Teufels. Ernst Bloch – Leben und Werk.* Bühl-Moos 1987

Dr. Karlheinz Lipp
Studium der Geschichte und Evang. Theologie
Studienrat an einer Berliner Sekundarschule
Seit 1995 Mitglied im Arbeitskreis Historische Friedensforschung



Karlheinz Lipp

Die religiösen Sozialisten im Dritten Reich¹, Teil II

Anpassung, Bekennende Kirche und politischer Widerstand

Von Ulrich Peter

Die Landesverbände des BRSD wurden nach und nach verboten, so der LV-Baden im Juli.² Baden war allerdings bereits vor dem Verbot praktisch nicht mehr existent. Bereits am 29.3. 1933 ging der Landesvorsitzende Heinrich Dietrich davon aus, dass der „Landesverband Baden

des Volkskirchenbundes evangelischer Sozialisten als aufgelöst zu betrachten“ ist.³ Einige Landesverbände lösten sich selbst auf. Der LV-Pfalz beendete seine Arbeit bereits Ende März,⁴ und in Anhalt existierte der BRSD-Landesverband bereits Anfang März 1933 nicht mehr⁵. Thüringen löste sich Mitte Mai mit all seinen Ortsgruppen auf.⁶

Der Landesverband Preußen und der

Reichsbund bestanden jedoch noch weiter. Noch am 8. Juni 1933 teilte Bernhard Göring Georg Wünsch mit:

„Unser Landesverband besteht noch. Eine Aufforderung zur Auflösung oder Umgestaltung haben wir auch noch nicht erhalten“.⁷

Ein Versuch des BRSD-Reichsvorsitzenden Bernhard Göring und des preußischen Vorstandsmitgliedes Karl Thieme, durch Verhandlungen mit dem neuen, nur kurze Zeit amtierenden Reichsbischof Bodelschwingh, den BRSD zu schützen („Gelingt es uns, uns unter den Schutz der Kirche zu stellen, so wäre das für unsere Arbeit und unsere Freunde gut“.⁸) blieben ergebnislos. Das offensichtlich bereits vereinbarte Gespräch fand nicht mehr statt, da Bodelschwingh bereits am 24.6. 1933 als Reichsbischof zurücktrat. Von seinem DC-Nachfolger Müller war nicht zu erwarten, dass er den BRSD schützen würde.

Zwischen dem 30. Januar und dem 30. Juli, dem Tag an dem sich der BRSD in Preußen auflöste, hatte sich die politische Lage grundlegend verändert. Einige Schlaglichter aus Berlin sollen dies illustrieren.

- Am 28.2. war es nach dem „Reichstagsbrand“ zur Verhaftung von ca. 1.500 Personen gekommen und zur Einrichtung von ca. 50 „wilden Konzentrationslagern“.
- Die KPD- und SPD- Presse wurde verboten. Am 1. April begann der Boykott jüdischer Geschäfte, und am 4. April wandte sich Otto Dibelius über Kurzwelle in einer Ansprache an das amerikanische Volk und wandte sich gegen die „Schauernachrichten der Auslandspresse“ über das neue Deutschland.
- Die evangelischen Kirchen dienten sich im Zeitraffer der NSDAP an. Das SDAV schrieb hierzu Ende Februar 1933:
„In einer Verblendung, die ihnen offen-

bar selbst nicht zum Bewusstsein kommt, stellen sie sich der politisch-kulturellen Reaktion zur Verfügung. ... Erneuerung der Kirche – Zurückführen der Kirche zu einer entschiedenen, wahrhaftigen, evangelischen und christlichen Haltung ist eine der Voraussetzungen wirklicher Zukunft unseres Volkes“.⁹

- Am 21.3. veranstalteten NSDAP und Ev. Kirche gemeinsam den „Tag von Potsdam“.¹⁰
- Die KPD wurde illegalisiert, und am 21.6. begann der SA-Terror in Köpenick („Köpenicker Blutwoche“). 91 Arbeiter wurden ermordet und über 500 verschleppt. Am 22.6. wurde der SPD jegliche Betätigung untersagt und ihre Abgeordnetenmandate eingezogen.
- In der evangelischen Kirche der Altpreußischen Union (APU) wurde den religiösen Sozialisten durch einen Erlass des Evangelischen Oberkirchenrates vom 26. Juni 1933 die Arbeitsgrundlage entzogen.

„Wir machen darauf aufmerksam, dass kirchenpolitische Betätigung sowohl von der Kanzel herunter als in den Gemeinden oder der sonstigen Öffentlichkeit wegen der damit unter Umständen verbundenen Kritik staatlicher Maßnahmen die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung besonders auf Grund der letzten scharfen Notverordnungen mit sich bringt. Wir empfehlen daher allen Geistlichen, von solcher kirchenpolitischen Betätigung Abstand zu nehmen. Jeder Angriff auf den Staat oder die vom Staat eingesetzten Organe, jeder Angriff auf die von solchen Organen vorgenommenen oder in Aussicht genommenen Maßnahmen wird disziplinäre Ahndungen, nötigenfalls die Entfernung aus dem Amte zur Folge haben. Der Pfarrer hat lediglich

der Verkündigung des Wortes Gottes zu dienen“.¹¹

Durch diesen Erlass lieferte die Kirche der APU den kritischen Teil der Pfarrer an den Staat aus.

- Bei den Kirchenwahlen am 23.7. erhielten die Deutschen Christen über 70% der Stimmen und übernahmen damit auch „offiziell“ die Macht in fast allen Kirchenprovinzen der APU. Arthur Rackwitz löste den Reichs-BRSD und die „Bruderschaft sozialistischer Theologen“ am 30. Juli 1933 auf, „da die Gefährdung der Mitglieder durch die verbliebenen Wirkungsmöglichkeiten nicht mehr gerechtfertigt werden konnte“.¹²

Mit der Auflösung der Landesorganisationen des BRSD war jedoch in keiner Weise die Einstellung der Aktivität religiöser Sozialisten verbunden. Renate Breipohl konnte 1971 noch feststellen: „Über das Ergehen der Mitglieder des Bundes nach 1933 ist wenig bekannt“.¹³ Dieses Ergehen wurde, von wenigen peripheren Bereichen abgesehen, bis dahin auch überhaupt nicht untersucht. Gegenstände hierfür existieren genug, denn die Aktivität religiöser Sozialisten in den verschiedensten Widerstandsbereichen vollzog sich in einer beachtlichen Breite.¹⁴

2. Religiöse Sozialisten im sozialdemokratischen Widerstand

Am Widerstand sozialdemokratischer Gruppen in Gelsenkirchen und Dortmund beteiligten sich auch religiöse Sozialisten.¹⁵ In Dortmund¹⁶ waren es Dr. Emil Figge und Ernst Müller, die in einer Gruppe sozialdemokratischer Intellektueller, ehemaliger Parteifunktionäre und Pädagogen am Paul Sattler und Franz Klupsch arbeiteten, die „in bewusster Distanz zu illegalen Aktionen blieb. Aus der Erkenntnis, dass jeder Ver-

such, in Deutschland selbst die totalitäre Diktatur zu überwinden, wegen der machtpolitischen Schwäche und Hilflosigkeit der Hitlergegner auf absehbare Zeit zum Scheitern verurteilt sei und die nationalsozialistische Herrschaft nur von außen her zerstört werden könne, folgte dieser Kreis, dass unter den gegebenen Umständen lediglich die zwanglose Bildung von Diskussionszirkeln politisch sinnvoll sei.“

Über Emil Figge kamen im Sommer 1933 Kontakte zu einer Berliner Widerstandsgruppe um Wilhelm Leuschner zustande. Figge hatte daneben eine weitere Verbindung nach Berlin, und zwar zu dem ehemaligen preußischen Kultusminister und religiösen Sozialisten Adolf Grimme, den er seit 1931 kannte.¹⁷ Nach der Einberufung Figges zum Wehrdienst wahrte Ernst Müller die lockere Informationsverbindung zu zivilen und militärischen Widerstandsgruppen in der Reichshauptstadt. Sie währte bis zum 20. Juli, dem Tage des misslungenen Attentats auf Hitler.

Ernst Müller¹⁸, geb. 30.5.1896 in Bärenstein, gest. 23.9.1956 in Arnsberg, war 1932 Schulrat in Dortmund. Von Beruf Volksschullehrer, unterrichtete er in der Zeit von 1919 bis 1922 an Dorfschulen im Sauerland, danach bis 1928 in Syburg bei Dortmund. Von 1928 bis 1930 war er an der evangelischen Reinoldischule in Dortmund tätig. Im April 1930 wurde er zum Magistratsschulrat berufen. Ernst Müller gehörte zu den profiliertesten sozialdemokratischen Widerstandskämpfern in Westfalen. Teils direkt, teils über Mittelpersonen, stand er ab 1942 in Verbindung mit den Widerstandskreisen um Wilhelm Leuschner und Carlo Mierendorff.

Von den Nationalsozialisten wurde er 1933 beurlaubt und als „politisch unzuverlässig“ aus dem Dienst entlassen. Müller hielt nicht nur Kontakt zu seinen Kol-

legen aus der Friedensbewegung und den Lehrerkreisen, sondern er beteiligte sich mit seinen Freunden an der Arbeit gegen das Regime. Er organisierte teilweise regelrechte Konferenzen im Untergrund und war, als man sich während der Kriegszeit entschloss, eine „Sozialistische Union“ zu schaffen, federführend an der Formulierung des kulturpolitischen Programms beteiligt. Seit Anfang 1942 stand er mit dem Gewerkschaftsflügel des ‚20. Juli‘ in Kontakt. Carlo Mierendorff ließ ihm den Posten eines Unterstaatssekretärs im Kultusministerium anbieten. Nach Kriegsende 1945 wurde Ernst Müller als Regierungsdirektor an das Regierungspräsidium in Arnberg berufen. Er amtierte von 1945 bis 1956 als Schulrat, zuletzt als Leiter des Schuldezernats im Regierungsbezirk Arnberg.

Seit 1926 war Müller Mitglied der SPD. Er gehörte dem Vorstand des Westdeutschen Landesverbandes (WLV) der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) an, deren Mitglied er seit 1925 war. Außerdem war er als Referent der Liga für Menschenrechte tätig. Nach 1945 war er an der Reorganisation der DFG beteiligt und amtierte von 1947–1948 als DFG-Bundesvorsitzender, danach bis 1954 als 2. Vorsitzender des WLV. Seit etwa 1928 war er Mitglied des BRSD, für den er sich vor allem bei den Kirchenwahlen 1932 als Referent in vielen Städten Westfalens einsetzte. Müller war ebenso im Bund der Entschiedenen Schulreformer aktiv, bei dessen Tagungen er oft referierte.¹⁹

Ebenfalls im Dortmunder Widerstand aktiv war Johannes Hoischen, vor 1933 Organisator der katholischen Sozialisten im Ruhrgebiet. „Johannes Hoischen, geb. 1. September 1904, war Mitarbeiter beim General-Anzeiger und berichtete dort laufend über Naziversammlungen. Vom ‚Völkischen Beobachter‘, dem nationalsozialistischen Hetzblatt, wurde er 1930 als

‚marxistischer Journalist an einer undeutschsemitischen Zeitung wie dem General-Anzeiger‘ bezeichnet. 1930 war Hoischen Hauptzeuge in einem von dem damaligen Reichsinnenminister Josef Wirth angestregten Prozess gegen den nationalsozialistischen Gauleiter Wagner. Nach der Machtergreifung brachte er Artikel und Informationen nach Holland (Redaktion Het Volk, Amsterdam), um auf die Verhältnisse im Deutschen Reich aufmerksam zu machen. Die Informationen wurden auf dünnes Seidenpapier geschrieben, das dann aufgerollt und mit Zwirn umwickelt in das gesamte hohle Gestänge des Fahrrads eingelassen wurde, das als Transportmittel diente.“²⁰

In Gelsenkirchen war Ludwig Wengorz, Bergmann und bis zur Auflösung Vorsitzender der BRSD-Ortsgruppe Buer-Scholven und Kirchengemeindeverordneter, am Widerstand der SPD beteiligt und in die Widerstandsstruktur um die „Brotfabrik Germania“ miteinbezogen.²¹

3. Der Widerstand der Angestelltengewerkschaften

Um Bernhard Göring, bis zur Auflösung des BRSD Reichsvorsitzender, bildete sich in Berlin ein Widerstandskreis. Göring, der Gewerkschaftssekretär beim AFA-Bund gewesen war²², hatte nach der Zerschlagung des AFA-Bundes durch die Nazis einen Tabakladen eröffnet, von dem er kaum leben konnte.²³ Der Gewerkschaftshistoriker Gerhard Beier hat die illegale Arbeit der Angestelltengewerkschaft untersucht und Überlebende befragt. Bernhard Göring ist demzufolge seit Anfang März 1933 die Schlüsselfigur der illegalen Reichsleitung des AFA-Bundes gewesen.

„Unterdes hatten Angestellte in Berlin bereits eine zentrale Widerstandsgruppe un-

ter der Leitung Bernhard Görings gebildet. Göring war religiöser Sozialist und Sekretär Siegfried Aufhäusers. Was er in diesen Monaten tat, geschah nicht ohne Abstimmung mit dem früheren Vorsitzenden des AFA-Bundes. Da Göring kein Jude war und durch seine christlichen Brüder mit einer zweiten Gruppierung in Verbindung stand, konnte er sich leichter versteckt halten. Trotz seiner Verbindung zum 20. Juli überstand er auch das Ende des Schreckens im Reich. Er berichtete, solange es nur möglich war, ins Ausland und knüpfte nach 1945 unverzüglich die Verbindung zu den emigrierten Kollegen“.²⁴

Als die Gestapo während der Olympiade 1936 die Grenzkontrollen lockerte, reiste Göring illegal nach Kopenhagen, um sich dort mit Vertretern der Internationale der Angestelltengewerkschaften zu treffen.²⁵

4. Der Widerstandskreis um Rudolf Jahn

Die von Beier genannte zweite Gruppierung²⁶ kann ebenfalls identifiziert werden.

„Führende Vertreter der unterdrückten Angestelltenbewegung wie Dr. Otto Suhr und Bernhard Göring kamen mit Freunden aus dem Kreis ‚Religiöser Sozialisten‘ zusammen, etwa Pastor Fuchs. ... Man traf sich regelmäßig an wechselnden Orten, häufig aber in Tempelhof bei Friedel Jahn (bis 1933 Direktor der Arbeiterbank)“.²⁷

Hier liegt eine Namensverwechslung vor.²⁸ Friedel Jahn ist die Ehefrau von Rudolf Jahn, der in der Tat Direktor der Arbeiterbank war. Rudolf Jahn war von 1922–1933 Leiter des Neuköllner BRSD. Friedel Jahn war langjährige Leiterin der Kindergruppen des Neuköllner BRSD. Die Wohnung der Jahns in Tempelhof, Witeltsbacher Korso 121, war die Verbindungsstelle zu weiteren Widerstandsgrup-

pen. Susanne Suhr berichtet, dass dieser Kreis, zu dem auch Emil Fuchs und Adolf Grimme gehörten, sich bis 1942 jede Woche traf. Seine Existenz endete mit der Verhaftung Grimmes durch die Gestapo.²⁹

Friedel und Rudolf Jahn versteckten in ihrer Tempelhofer Wohnung und in den Wohnungen von Freunden in Berlin und Birkenwerder von 1937 bis zur Befreiung 1945 zwei illegal lebende Juden und versorgten sie mit Lebensmittelkarten.³⁰

5. Ernst von Harnack und der 20. Juli

Emil Fuchs, Mitglied des letzten Reichsvorstandes des BRSD und von den Nazis abgesetzter Professor, lebte nach 1933 in Berlin. In seiner Autobiographie nimmt er auch auf die Widerstandskreise Bezug.

„Ich führte die Verbindung mit meinen SPD-Freunden weiter. Es war vor allem Bernhard Göring und sein Kreis illegaler Arbeit, zu dem ich gehörte. Doch auch Ernst v. Harnack und sein Kreis standen mir nahe, so dass ich oft den Vermittler von Nachrichten zwischen ihm und Bernhard Göring machen konnte. Durch ihn erhielt ich Mitteilung über das, was man im Kreis des 20. Juli gegen Hitler plante“.³¹

Ernst von Harnack, langjähriger Funktionär des BRSD und 1933 Leiter der Zehlendorfer Ortsgruppe, war seit 1938 an der Formierung des „20. Juli-Kreises“ beteiligt und bildete ein Scharnier zwischen bürgerlichen Widerständlern und Widerstandsgruppen der Arbeiterbewegung. Nach dem Scheitern des 20. Juli 1944 versteckte er sich im Neuköllner Pfarrhaus des religiösen Sozialisten Arthur Rackwitz. Er wurde dort von der Gestapo aufgespürt und am 1.1. 1945 zum Tode verurteilt. Harnack ist am 3. März 1945 in Plötzensee hingerichtet worden.

6. Die Arbeit Harald Poelchau in Plötzensee und im „Kreisauer Kreis“

Gefängnispfarrer in Plötzensee und Tegel von 1933-1945 war Harald Poelchau. („Seit 1924 gehörte ich zu den religiösen Sozialisten“.³²) Poelchau nutzte sein Amt als Gefängnisgeistlicher für die Nachrichtenübermittlung in und aus dem Gefängnis.³³ Er hielt Kontakt zu Emil Fuchs³⁴ und wirkte aktiv in Widerstandsgruppen mit, „so im christlich-sozialistischen ‚Kreisauer Kreis‘ um den Grafen Moltke und bei der Berliner Gruppe ‚Onkel Emil‘. Es handelte sich hier um einen Zusammenschluss von Bürgern, die in den letzten Monaten der NS-Diktatur mit dem Aufruf an die Berliner ‚Schreibt überall Euer Nein an‘ gegen die Fortsetzung des Krieges und gegen die NS-Gewaltherrschaft protestierten. Poelchau war auch erfolgreich daran beteiligt, verfolgten Juden zu helfen. Mehreren jüdischen Mitbürgern verschaffte er Quartier, um unterzutauchen. Sie konnten dadurch überleben“.³⁵

Der Kreisauer Kreis wurde durch seine Mitglieder aus dem religiös-sozialistischen Bereich wesentlich stimuliert.

7. Die Familie Rackwitz und Adolf Grimme: Zwei Formen des Widerstands

Der bereits genannte Neuköllner Pfarrer Arthur Rackwitz und seine Frau Charlotte waren beim Herausschleusen von Juden aus Deutschland beteiligt.

„Konsequent kümmerte er sich um alle jüdischen Gemeindeglieder und gab Juden einen betont gründlichen christlichen Taufunterricht. Gleichsam als Quartiermeister für jüdische Freunde fuhr er in die Schweiz, Charlotte Rackwitz nach England. Beide be-

reiteten sie die Übersiedlung oder Weiterreise von Juden vor“.³⁶

An dieser Arbeit beteiligte sich auch der Mecklenburger Pfarrer und Rackwitz-Freund Aurel von Jüchen, der auch den Kontakt zum Büro Grüber in Berlin hielt.³⁷

Adolf Grimme, Mitglied des BRSD und ehemaliger preußischer Kultusminister, hatte nach 1933 zuerst einen Kreis von antifaschistischen Intellektuellen um sich geschart, der sich regelmäßig zu Vorträgen traf. Parallel hielt er Kontakt zu der Tempelhofer Gruppe um Rudolf Jahn. In der zweiten Hälfte der 30er Jahre fand er Kontakt zu dem Kreis, der in der Literatur unter dem Namen „Rote Kapelle“ firmiert. Dieser Kontakt wurde durch ihm bekannte Mitglieder der „Roten Kapelle“ vermittelt. Adam Kuckhoff war Studienfreund Grimmes und Arvid Harnack ein Bekannter von ihm. Im Folge der Entdeckung des Netzes der „Roten Kapelle“ durch die Gestapo wurde auch Grimme erfasst.

„Am 11. Oktober 1942 wurde er festgenommen. Bei der Hausdurchsuchung fand die Gestapo ein (von Dr. Harnack verfasstes) Flugblatt. Josefina Grimme berichtet: ‚Mein Mann selbst hat, wie er mir erzählte, zwei oder drei Flugblätter verfasst, die auch gedruckt und verteilt wurden. Dies ist dann aber in seinem Prozess 1942 nicht herausgekommen. Es hätte ihm wohl das Leben gekostet““.³⁸

8. Religiöse Sozialisten in „Neubeginnen“

Religiöse Sozialisten waren an der Arbeit einer der wichtigsten sozialistischen Widerstandsgruppen, der Gruppe „Neubeginnen“ oder, wie sie sich intern nannte, der ORG („Organisation“, nach ihrem ursprünglichen Namen „Leninistische Organisation“) beteiligt. „Neubeginnen“ war eine

der interessantesten Organisationen der Arbeiterbewegung, entstanden 1929/30 in Berlin als konspirativ arbeitende Kaderorganisation, die durch fraktionelle Tätigkeit in SPD/KPD die Einheitsfront der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus herstellen wollte.³⁹ „Neubeginnen“ hatte spätestens seit 1932 mit dem Sieg des Faschismus gerechnet und Vorbereitungen für die Illegalität getroffen. Dazu dienten der ORG, die 1933/34 ihre größte Mitgliederstärke mit ca. 500 erreicht hatte⁴⁰, Kontakte zu und Kontaktleute in anderen Organisationen der Arbeiterbewegung.

„In Berlin, dem Zentrum der ORG-Aktivitäten, bestanden bereits 1933 enge Kontakte zur annähernd 100 Mitglieder zählenden Gruppe der Religiösen Sozialisten.“⁴¹ Nur Erich Kürschner, evangelischer Gefängnispfarrer in Berlin-Tegel, wurde in die Kaderorganisation aufgenommen. Besonders wertvoll waren diese Verbindungen wegen der beginnenden Auseinandersetzungen von Teilen der evangelischen Kirche mit dem NS-System. Informationskontakte zum AfA-Bund bestanden bereits vor der NS-Machtübernahme. ... Die oppositionelle Haltung des AfA-Bundes zur Politik des ADGB konnte die ORG im Frühjahr 1933 ausnutzen und mehrere Funktionäre für die ORG gewinnen. Nach dem Prinzip der kadermäßigen Verankerung suchte die ORG im Sommer 1933 Verbindungen zur Berliner Zentraleitung der illegalen Angestellten-Gewerkschaften herzustellen“.⁴²

Dies gelang. Hilfreich dürfte hier die Tatsache gewesen sein, dass die Zentraleitung der illegalen Angestellten-Gewerkschaften von Bernhard Göring, dem ehemaligen Bundesvorsitzenden des BRSD, geleitet wurde. Göring war ebenfalls Mitglied bei „Neubeginnen“.⁴³

Kürschner und Göring gehörten seit 1920

zum Führungskader der religiösen Sozialisten in Preußen und waren persönlich eng befreundet. Die Zusammenarbeit zwischen der Berliner BRSD-Restgruppe und „Neubeginnen“ war derart intensiv, dass interne Papiere von „Neubeginnen“ aus den Jahren 1933/34 davon sprechen, der BRSD habe „einen ausdrücklichen Beschluss des Beitritts zu unserer Organisation gefasst“.⁴⁴ Die Unterschiedlichkeit der Arbeit beider Gruppen ließen es nicht zu einem Zusammenwachsen kommen, aber die Kontakte blieben über Jahre hinaus eng. Zum einen bezog „Neubeginnen“ von den BRSD-Restgruppen Informationen über die Lage innerhalb der evangelischen Kirche, zum anderen erhielt die illegale Gruppe durch BRSD-Mitglieder, vor allem von den Pfarrern unter ihnen, „unverdächtige Wohnungen für Treffs“⁴⁵, die für die Logistik der konspirativen Arbeit eminent wichtig waren. Zu den Pfarrern, deren Pfarrhäuser diesen Zwecken dienten, gehörte auch Arthur Rackwitz.⁴⁶

„Neubeginnen“ verfügte über erstaunlich gute Auslandskontakte, vor allem, wenn berücksichtigt wird, dass es eine kleine Gruppe war, die dazu bis 1933 nur konspirativ gearbeitet hatte. Diese Auslandskontakte verliefen auf mehreren Ebenen. Über die illegalen Angestellten-Gewerkschaften war „Neubeginnen“ an die Widerstandsarbeit der „Internationalen Transportarbeiterföderation (ITF)“ unter ihrem Präsidenten Edo Fimmen angebunden.⁴⁷ In den USA bestand eine „Gruppe amerikanischer Liberaler um Reinhold Niebuhr und deutscher Emigranten - die sich später (1939) zur Gruppe der ‚American Friends of German Freedom‘ zusammenschlossen“.⁴⁸

Diese Gruppe unterstützte „Neubeginnen“ auch finanziell. Reinhold Niebuhr war ein Freund Paul Tillichs und hatte ihm nach seiner Emigration Zugang zum

amerikanischen Wissenschaftsbetrieb verschafft.⁴⁹ Tillich gehörte ebenfalls der Gruppe der „American Friends“ an und leitete später das „Council for a Democratic Germany“.⁵⁰ Kürschner, der seit dem Frühjahr 1936 der vierköpfigen Reichsleitung von „Neubeginnen“ angehörte, war Tillich seit 1919 bekannt. Kürschner war mehrmals Autor der „Blätter für Religiösen Sozialismus“, die Carl Mennicke im Auftrag des Berliner Tillich-Kreises herausgab, gewesen.⁵¹ Diese persönlichen Kontakte sind von „Neubeginnen“ erfolgreich kapitalisiert worden.⁵² Über ihre Auslandsvertretung war „Neubeginnen“ an die Exil-SPD, die SOPADE, angeschlossen. Die von der SOPADE von 1934–1940 herausgegebenen „Deutschland-Berichte“ enthalten eine Fülle von Berichten aus der ev. Kirche und der BK.⁵³

Im November 1938 wurde Kürschner in Berlin verhaftet und vom Volksgerichtshof zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt.

Fortsetzung folgt

- 1 Diesem Aufsatz lag ein Vortrag zugrunde, der am 20.1.2002 im Rahmen des Bochumer Forums frei anhand weniger Folien gehalten wurde. Über Kritik, Anregungen und Kooperationen zu diesem Aufsatz und zum Thema würde ich mich freuen. Meine E-mail: UPeter2964@aol.com oder FAX 030/863 931 06.
- 2 CW, Nr. 15 v. 5.8. 1933, Sp. 717.
- 3 Brief Dietrich an die übrigen Vorstandsmitglieder des Landesverbandes v. 29.3. 1933, in: FMB. Kopie SP. Der Brief offenbart die völlige Zersetzung des LV. Funktionäre verschwinden ins Privatleben. „Wieder andere marschieren in den Reihen der Nationalsozialisten bei Umzügen öffentlich mit,

andere fragen ängstlich bei mir an, was sie tun sollen.“

- 4 Angabe bei Karlheinz Lipp, *Der religiöse Sozialismus in der Pfalz 1922-1933*, S.87. Die CW meldete die Auflösung in Nr. 9/1933 v. 6.5. 1933, Sp. 430.
- 5 Die jährliche Landeskonzferenz, die am 12.3. 1933 in Bernburg stattfinden sollte, fand offensichtlich nicht mehr statt. Hierzu: Angelika Weiland, *Die religiösen Sozialisten in der Evangelischen Landeskirche Anhalts*, S.64. (in: Privatarhiv Bredendiek, [PAB] jetzt im Bestand der Stadtbibliothek)
- 6 R. Creutzburg, *Zur Entwicklung der religiös-sozialistischen Bewegung in Thüringen 1918-1933*, S. 108.
- 7 Brief Göring an Wünsch v. 8. Juni 1933, Durchschrift in: IFZ-163/11, Blatt 149/150.
- 8 Brief Göring an Thieme v. 8.6. 1933, in: IFZ-163/11.
- 9 „Der Bund religiöser Sozialisten zur Reaktion in der Kirche“, in: SDAV, Nr. 7/1933, S.26.
- 10 Hierzu Hans-Norbert Burkert et al., „Machtergreifung Berlin 1933“, S. 133.
- 11 *Protestantenblatt*, Nr. 28 v. 9. Juli 1933, S. 443/44.
- 12 Michael Rudloff, „Christliche Antifaschisten der ‚ersten Stunde‘ im Widerstand“, in: *Wissenschaftliche Zeitung der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschaftswissenschaftliche Reihe*. Nr. 3/1989, S. 304.
- 13 Breipohl 1971, S. 58, Anm. 204.
- 14 Meine Beispiele stammen durchgehend aus Westfalen-Lippe und Berlin-Brandenburg bzw. von einigen Exponenten anderer Regionen. Ich habe allerdings einige Belege dafür, dass es auch in anderen Teilen Deutschlands, die ich

- nicht en detail untersucht habe, nennenswerte Widerstandsaktivitäten religiöser Sozialisten gab. Dies näher zu untersuchen bleibt ein Desiderat.
- 15 Ob meine Vermutung, dass in Westfalen auch anderswo religiöse Sozialisten im Widerstand waren, zutrifft, lässt sich erst überprüfen, wenn differenziertere Darstellungen des sozialdemokratischen Widerstands in Westfalen vorliegen.
- 16 Klotzbach, Kurt. „Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930–1945.“ Hannover 1969, S.140 ff.
- 17 Diese Widerstandskreise (bei Grimme u.a. Rote Kapelle und Religiöse Sozialisten und bei Leuschner illegale Gewerkschaft und 20. Juli) waren untereinander vernetzt. Zum Komplex „Religiös-sozialistischer Widerstand“ als bisher einzige Darstellung meine Dissertation, dort S. 365 - 377.
- 18 Die Daten zu Müller habe ich vor allem der Darstellung im von Günter Högl herausgegebenen Band „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933 – 1945. Katalog zur ständigen Ausstellung des Stadtarchivs Dortmund in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache.“ Dortmund 1992, S. 247 entnommen. Weitere Angaben bei Appelius, Stefan. „Zur Geschichte des kämpferischen Pazifismus.“ Oldenburg 1988, S. 59.
- 19 In der Nr. 25/1929 der „Westf. Schulzeitung“ schrieb er auf S. 380 - 83 über „Wirtschaft-Mensch-Schule.“ In der Westf. Schulzeitung, Nr. 17/1929, S.265 ist im Vereinskaler eine „Einladung“ zur kulturpolitischen Arbeitstagung des Bundes der Entschiedenen Schulreformer am 4. und 5. Mai 1929 abgedruckt. Einer der Referenten war Ernst Müller, Dortmund zum Thema
- „Tendenzen des internationalen Wirtschaftslebens im Verhältnis zu den Reformbestrebungen der Erziehung.“
- 20 Stadtarchiv Dortmund (Hg.) „Widerstand und Verfolgung in Dortmund.“ 2. Auflage 1981. S.66.
- 21 Goch, Stefan. „Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet“, S.403.
- 22 Allgemeiner freier Angestelltenbund. Göring war persönlicher Referent des AFA-Vorsitzenden Aufhäuser.
- 23 Zu Beginn besaß er nicht einmal einen Laden, „da ihm sein Konto bei der Arbeiterbank beschlagnahmt worden ist“, wie Rackwitz am 27.9. 1933 an Georg Wunsch schrieb. (In: FMB) Erst Ende 1933 konnte sich Göring einen Laden mieten.
- 24 Gerhard Beier, Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften 1933-1945, S.34.
- 25 Gerhard Beier, *ibid.* S.37. Ein Brief, den Göring am 18.8. 1936 aus Kopenhagen an Thieme schrieb („Ein 2 tägiger Aufenthalt ohne Pass in Kopenhagen ermöglicht es mir, Dir in Eile einige Zeilen zu schreiben“.), befindet sich im IFZ-163/11, Blatt 191.
- 26 Beier konnte diese Gruppe nicht näher bestimmen, da sein Informant, Hans Gottfurcht, darüber nähere Informationen nicht geben konnte. (Mitteilung von Gerhard Beier vom 9.5. 1989)
- 27 Hans-Rainer Sandvoß, Widerstand in Steglitz und Zehlendorf, S.71
- 28 Herr Sandvoß hat hier die Schilderung von Frau Susanne Suhr, der Witwe Otto Suhrs, übernommen. (Mitteilung an den Verfasser.)
- 29 Biographische Einleitung von Susanne Suhr in: Otto Suhr. Eine Auswahl aus Reden und Schriften, S.21. Zu vermuten ist, dass zu diesem Kreis auch

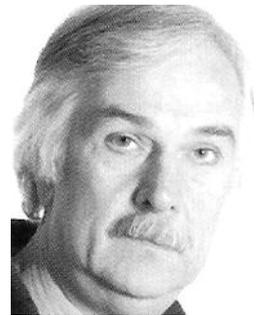
- Bernhard Göring gehörte. Karl Thieme teilte Ragaz am 13.6. 1937 über Göring mit: „Mit Fuchs, Grimme und den Berliner Freunden hält er dauernd Fühlung“. (in: IFZ 163/64, Blatt 18).
- 30 Mitteilung von Frau Brunhild Winter v. 30.3. 1993. Frau Winter, Tochter des Neuköllner BRSD-Funktionärs Franz Winter, war mit der Familie Jahn befreundet.
- 31 Emil Fuchs, *Mein Leben* Bd. 2, S. 263. Renate Breipohl führt die Fuchs-Biographie in ihrem Literaturverzeichnis an und rekurriert explizit auf die S. 223-268. Da sie Namen nicht überprüft, ist ihr entgangen, dass allein auf der S. 263 von Emil Fuchs zwei religiöse Sozialisten als Leiter von Widerstandsgruppen genannt werden. Bernhard Göring war immerhin bis zum Verbot 1933 Bundesvorsitzender und davor stellv. Bundesvorsitzender und Ernst von Harnack publizierte 1932/33 mehrmals im SDAV. Renate Breipohl gibt diese Zeitung als Quelle an und ebenfalls die „Sammlung Pfarrer Kappes“ im Archiv des Ev. Oberkirchenrates in Karlsruhe. Für diese Arbeit sind diese Archivalien ebenfalls benutzt worden. Es gibt kaum eine Mappe in diesem Bestand, in dem nicht Rundschreiben o.ä. von Göring vorhanden sind. (vgl. Breipohl 1971, S. 58, 278 und 279.)
- 32 Harald Poelchau, *Die letzten Stunden*, S. 7.
- 33 Poelchau hat diese Erfahrungen in mehreren Büchern niedergeschrieben. Vgl. Harald Poelchau, *Die Ordnung der Bedrängten*, und W. Maser/ H. Poelchau, *Der Mann, der tausend Tode starb*.
- 34 H. Poelchau, *Ordnung der Bedrängten*, S.90. Einem Sammelbrief von Emil Fuchs vom 24.10. 1939 (in: PAB, Ordner 5) ist zu entnehmen, dass bei der Beerdigung der Fuchs-Tochter Elisabeth „Freund Poelchau das Gebet“ sprach. Der Zusammenhang der verschiedenen Kreise der illegalen religiösen Sozialisten zeigte sich gerade bei solchen eher unpolitischen Anlässen.
- 35 Hans-Rainer Sandvoß, *Widerstand in einem Arbeiterbezirk*, S.74.
- 36 Aurel von Jüchen, „Zum Beispiel: Arthur Rackwitz“, in: Gerhard Jankowski/ Klaus Schmidt (Hg.) *Arthur Rackwitz Christ und Sozialist zugleich*, S.13. Aurel von Jüchen hob in Gesprächen mit dem Verfasser die wichtige Rolle von Charlotte Rackwitz hervor, die sich in der Hilfe für Juden stark exponierte und die „Seele der Arbeit“ war.
- 37 Mitteilungen von Aurel von Jüchen und von Edith Jüchen-Weiß.
- 38 Hans-Rainer Sandvoß, *Widerstand in Steglitz und Zehlendorf*, S.71.
- 39 Zu „Neubeginnen“ gehörten u.a. Prof. Ossip. K. Flechtheim, Prof. Richard Löwenthal und Fritz Erler. Den Namen „Neubeginnen“ erhielt die ORG 1933, als sie in Karlsbad die gleichnamige Schrift publizierte.
- Literatur zu „Neubeginnen“: a.) Miles, „Neu beginnen! Faschismus oder Sozialismus“, Karlsbad 1933. Wieder abgedruckt in: Kurt Klotzbach. (Hg.) *Drei Schriften aus dem Exil*. b.) Kurt Kliem, *Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich*, dargestellt an der Gruppe „Neu Beginnen“. c.) Jan Foitzik, *Zwischen allen Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40*. d.) Richard Löwenthal, *Die Widerstandsgruppe „Neu Beginnen“*. e.) Erich R. Schmidt, *Meine Jugend in Gross-Berlin. Triumph*

- und Elend der Arbeiterbewegung 1918-1933. f.) Hartmut Soell. Fritz Erler-eine politische Biographie.
- 40 Foitzik, S. 70. Die Angabe stammt von Richard Löwenthal.
- 41 Kurt Kliem, (S. 115) auf den sich Foitzik als Quelle bezieht, nennt abweichend diese Zahl 100 erst für 1934! „Im Jahre 1934 hielten noch etwa 100 Mitglieder untereinander Kontakt“. Es bedeutet einen großen Unterschied, ob eine Organisation während ihrer legalen Existenz 100 Mitglieder hat, oder während der Illegalität und unter den Bedingungen eines Terrorregimes!
- 42 Foitzik, S.73.
- 43 Foitzik nennt ihn als „Neubeginnen“-Verbindungsmann aus den Angestelltenverbänden. Siehe Jan Foitzik, „Zwei Dokumente aus dem Untergrund“, S. 146, Anmerkung 9.
- 44 Zitiert bei Kliem, S. 115. Dort sind auch die Quellenangaben vermerkt.
- 45 Kliem, Anmerkung 91 auf S.65, stützt sich hierbei auf eine Information von Arthur Rackwitz.
- 46 Kliem, *ibid.*
- 47 Vgl. Hans Gottfurcht, *Als Gewerkschafter im Widerstand*“, in: R. Löwenthal/ P. von zur Mühlen (Hg.) *Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945*, S. 51-55 und Foitzik, *Zwischen allen Fronten*, S. 208-210.
- 48 Hartmut Soell, S.43.
- 49 Gerhard Wehr, Paul Tillich, S.77 f.
- 50 Hartmut Soell, S. 524. Siehe Horst Duhnke, *Die KPD von 1933 bis 1945*, S. 424.
- 51 Z.B. über die religiös-soziale Lage in Ostpreußen in der Ausgabe von Januar-März 1925 der *Blätter für Religiösen Sozialismus*, VI. Jahrgang, S.45 ff.
- 52 An dieser Schnittstelle von Kirchen- und Profangeschichte wird exempla-

risch die Begrenztheit einer engen „Fach“- Geschichtsschreibung und -forschung deutlich. Die Profanhistoriker vermögen nicht die Entwicklungslinien aus der Geschichte des religiösen Sozialismus zu ziehen und die Kirchenhistoriker (etwa Renate Breipohl) beenden ihre Arbeit dort, wo die Profangeschichte beginnt.

- 53 „Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940. Woher die SOPADE die Informationen aus dem kirchlichen Bereich bekam, ist meines Wissens bislang nicht erforscht. Die Annahme, dass dies über „Neubeginnen“ und die Kontakte Kürschners zu weiteren Kreisen der religiösen Sozialisten erfolgte, liegt auf der Hand.

Dr. Ulrich Peter wurde 1952 in Bergkamen/Kreis Unna geboren. Studium der Psychologie, Sozial-, Rechts- und Erziehungswissenschaften in Münster und der Evangelischen Theologie in Berlin. Er arbeitet als Berufsschulpädagoge in Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Kirchengeschichte der Neuzeit, zur Geschichte des religiösen Sozialismus und der sozialen Bewegungen. Er war Schriftleiter von CuS und Vorstandsmitglied des BRSD.



Ulrich Peter

Teil II

Emil Fuchs – Ein Leben für Gerechtigkeit und Frieden

Von Reinhard Gaede

In der Weimarer Zeit gehörte E. Fuchs zu den Gründern der Volkshochschulbewegung Thüringens. Erziehung zur „Selbstverantwortung“ in der entstehenden demokratischen Republik war das gemeinsame Ziel. Die Arbeiterbewegung zu „Selbstbewusstsein“ zu führen, sah er als seine Aufgabe an. Im zweiten Band seiner Biographie, im zweiten Abschnitt „Die Volkshochschulbewegung“, erzählt er von ihrem umfassenden Programm und ebenso von der Gründung der Volkshochschule in Eisenach, seiner Arbeit und seinem offenen Haus für Freunde, was seine Frau Else, geb. Wagner, ermöglichte. Kontakte zur Internationalen Settlements-Bewegung entstanden ebenso wie zur Volksbildung in anderen Städten. Freilich schieden sich die Geister in ihrer politischen Einstellung hier ebenso wie in der religiösen Bewegung. Im dritten Abschnitt berichtet er von den Diskussionen zwischen Nationalliberalen und demokratischen Liberalen bei den „Freunden der Christlichen Welt“. Seine Auseinandersetzung mit der dialektischen Theologie von Karl Barth, der als junger Pfarrer in Safenwühl noch religiös-sozial eingestellt war, kreiste um das Verhältnis von Kultur und Offenbarung. Während K. Barth für eine strikte Trennung eintrat, wollte E. Fuchs, trotz aller Kritik der Kultur, Offenbarung, als „innerste Triebkraft“ und als „Zielbewusstsein“ für die Kultur würdigen.⁷

Nach seiner Übersiedlung in die Ostzone, die am 7. Okt. 1949 die Deutsche De-

mokratische Republik wurde, lehrte Emil Fuchs bis zu seiner Emeritierung 1958 Systematische Theologie und Religionssoziologie an der Universität Leipzig.

Mit den Quäkern zusammen handelte er nach Einführung der Wehrpflicht 1962 in der DDR mit der Staatsführung die Möglichkeit für Männer aus, als „Bausoldaten“ den Dienst mit der Waffe zu verweigern, was sonst in keinem anderen kommunistischen Land möglich war.

E. Fuchs protestierte – bei grundsätzlicher Loyalität zum Staat DDR – Anfang der 1950er Jahre gegen Zwangsmaßnahmen, welche die Junge Gemeinde trafen; ebenso erhob er öffentlich Einspruch gegen die Zwangsemeritierung des Institutsdirektors für Philosophie Ernst Bloch. 1968 wandte sich E. Fuchs gegen den Abriss der Leipziger Universitätskirche. Für die Erhaltung der Theologischen Fakultäten an den Universitäten setzte er sich ein.

Vielfältige Aufgaben übernahm er nach seiner Vorstellung vom Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft. Ab 1955 gab er die protestantische Monatszeitschrift Glaube und Gewissen (Neue Folge 1973-1990 Standpunkt) heraus, war in der Weltfriedensbewegung tätig, gehörte zu den Initiatoren der Christlichen Friedenskonferenz in Prag, führte Gespräche zum Status der Christen in der DDR, erhielt zahlreiche Ehrungen und Medaillen. Er starb am 13. Februar 1971 in Berlin.

In seinem Buch „Marxismus und Christentum“, Leipzig 1952, beschreibt er die Hinwendung von Massen der Werktätigen

zum Marxismus als zwangsläufige Folge eines in Gewohnheiten erstarrten Christen-



Emil Fuchs 1954

tums, das die „sozialen Mahnrufe“ der Bibel überhörte, dessen offizielle Vertreter am Klassenkampf des Bürgertums gegen die Arbeiterbewegung teilnahmen. Auch Sozialreformer wie Friedrich Naumann und Johann Hinrich Wichern ordnet er, trotz ihrer Verdienste, unter der Überschrift das „Versagen des Christentums“ ein; denn Naumann wollte 1914 die Bergpredigt und damit die Seligpreisung der Friedfertigen für eine Zeit „suspendieren“, eine Kapitulation vor „grausiger Machtgier“, und Wicherns Parteinahme für die „Geringen des Volkes“ sollte diese doch nur fester an den Gehorsam gegen die Obrigkeit binden.

E. Fuchs gibt dem Kommunistischen Manifest recht: „Die Geschichte der Menschheit ist eine Geschichte der Klassenkämpfe.“ Wie der Marxismus sieht er

den Staat als Klassenherrschaft, als „eine Ordnung, die den Herrschenden in seiner ausbeutenden Funktion schützt.“ Der Irrtum vieler Theologen war, dass sie den Staat glorifiziert haben als eine von Gott gesetzte Ordnung und seine „Selbstsucht und Sündhaftigkeit“ übersehen haben. (101) Dabei haben sie sich zu Unrecht auf Römer 13 berufen. Die Unterordnung unter die „herrschenden Gewalten“ (so E. Fuchs' richtige Übersetzung) wird hier erwähnt als Schutz vor denen, die Böses tun. Und Paulus meinte doch, dass Gott das sündige „Tun der Menschen so leitet, dass es doch seinem Willen dienen kann“. (107) Die herrschenden Gewalten gehören nach der Bibel zur vergehenden Welt. „Christen aber haben „eine neue Welt zu schaffen und zu leben.“⁸ In Offb. 13, 14 wird der Staat als Tier voller Bosheit dargestellt, als Hure Babylon gegen Gott agierend, dem Gericht Gottes verfallen. (97)

E. Fuchs spricht zwar von „schweren Leiden“ in der Zeit der „Umbildung“, hat aber die Hoffnung auf das „Werden einer neuen und wahrhaftigen Rechtsgestaltung und Freiheit. Wird das von der entscheidenden Mehrheit erkannt, dann wird der Druck des Staates nachlassen, dann muss er als Machtinstrument überwunden werden, weil keine Ursache mehr besteht, jemand mit Gewalt zu unterdrücken.“ (103) Diese Hoffnungen für die DDR haben sich nicht erfüllt.

E. Fuchs würdigt den Marxismus insofern, als er die „Vergötzung des Staates“ überwindet, „zugleich deutlich macht, wie wenig der Krieg irgendetwas mit Recht und Gerechtigkeit, Schutz der Schwachen und Schutz des Friedens zu tun hat, sondern wie sehr er das Produkt jener Klassenspaltung ist, über die dieselben Kirchen so gern sich hinwegtäuschen, die den Krieg für berechtigt erklären. (109)

Gegen die Strukturen des Kapitalismus

müssen die Eigentumsverhältnisse neu geordnet werden: Denn ein „Sittenkodex“ erlaubt es dem Menschen, „seinen Konkurrenten oder Kunden bis zu einem gewissen Grade zu überlisten, auszunutzen, ihm Rechte und Vorteile unter schlauer Benutzung der verwickelten Rechtslage aus der Hand zu winden.“ Und der Unternehmer kann „in seine Privatkasse“ leiten, was doch auch seine Mitarbeiter an Gewinn erarbeitet haben und gibt ihnen nur ab, „was die „augenblickliche Machtposition im Gesellschaftsleben ihm abnötigt“. (119) Dagegen sollen Christen doch auf die Bibel hören, dass „Eigentum nichts anderes sein kann und darf als ein Mittel, dem Bruder zu dienen“. (120)

Die Religionskritik des Marxismus sieht E. Fuchs als zeitbedingt an. Die Verfasser kannten ja nur einen Gott, der „als Erklärung dort eingesetzt wird, wo Erkenntnis und Wissen zu Ende gehen“. Oder sie meinten einen Gott, der „den Menschen eine Rechtfertigung ihres alten Weltbildes gibt und der ihre sittlichen und gesellschaftlichen Anschauungen heiligt“. (183f.) So haben Karl Marx und Nachfolger ein „Zerrbild“ Gottes vor Augen gehabt. Die Bibel aber verkündigt das Reich Gottes, das im Kommen ist und die Welt umgestalten will.

Der Marxismus – so E. Fuchs – „weckt“ uns für den „Ruf Jesu“. (202) In Wahrheit ist das Christentum keine „Gewohnheitsreligion“, sondern eine „prophetische Religion“. (205) Gott ist der aus der Sklaverei befreiende Gott. Seine Boten, die Propheten, verkünden Gericht über die Unterdrücker der Armen, haben die Vision eines Reiches, das Frieden bringt.

So kommt E. Fuchs zu einer neuen Bestimmung von Religion: „Religion ist das Bewusstsein des Menschen, über sich hinausgerufen zu sein – mit ihnen und für sie ein Leben zu gestalten, das diesem Be-

stimmtheit zu einer höheren Wirklichkeit von Glaube, Hoffnung und Liebe näher kommt – dem Reich Gottes. Sie ist zugleich die Macht, die ihn neu ermutigt und mit Kraft erfüllt, wenn er, von seinem eigenen Versagen oder von all der Gemeinheit des Menschseins oder der menschlichen Gesellschaft bitter enttäuscht, verzweifelt und untätig werden will. Der Schuld gegenüber ist sie die immer wiederkehrende Macht der Vergebung und des Mutes. Beide Kräfte der Religion sind in der Gestalt Jesu vor die Menschheit gestellt und wirken in ihr weiter“⁹

Christentum und Marxismus sieht er dialektisch: „Es ist kein Zufall, dass Kirchen und Theologie für die Zukunftshoffnung des Glaubens, für die Botschaft vom Reiche Gottes, erst wieder Verständnis gewannen, als die Bewegung des Marxismus die Massen zu erschüttern begann.“¹⁰ „Marxismus und Jesus Christus sind leidenschaftlicher Protest gegen das Zerbrechen des Menschseins durch die bestehende Gesellschaft, die den Menschen der ‚Selbstentfremdung‘ anheim fallen lässt. Beide rufen zur Weltgestaltung. Der Christ weiß sich in seinem Glauben verpflichtet, gegen die Sünde zu kämpfen und den Geist der Brüderlichkeit wirksam werden zu lassen; der Marxist weiß, dass er in der geschichtlichen Entwicklung eine hohe gesellschaftliche Verantwortung für die Befreiung des Menschseins hat.“¹¹

Was kann die Christenheit der Menschheit geben? Das Vermächtnis von E. Fuchs klingt so:

„Die Christenheit muss künden, dass Zusammenarbeit und Zusammenleben der Menschen in allen Punkten und allen Verhältnissen durchdrungen sein soll von der Sehnsucht nach Gemeinschaft, Brüderlichkeit, gegenseitiger Hilfe und von der Ehrfurcht vor dem Menschen, dem Gott ein hei-

liges Ziel verantwortungsbewussten Menschseins gesetzt hat.“¹²

7 vgl. Reinhard Gaede: *Kirche und Gesellschaft. Religion und Kultur. Der Kommentar zum Matthäusevangelium von Emil Fuchs während seiner Gestapo-Haft 1933-1935*, CuS 2-3/2013, S. 42-47.

8 Emil Fuchs: *Der Brief des Paulus an die Römer*, Hg. Claus Bernet und Klaus Fuchs-Kittowski, Hamburg 2015, S. 483. Es klingt wie eine Warnung zehn Jahre vor der Zerstörung Jerusalems: *Die Gemeinde soll „Freiheit nicht vom Aufstand der Menschen, sondern vom Geiste und der Fügung Gottes“ erwarten*. S. 483. E. Fuchs folgt hier dem Theologen der Bruderhöfer Eberhard Arnold und seinem Buch *„Die ersten Christen“ 1926: Die „ursprüngliche Botschaft des Christus“ war: Christen sind „der alten Ordnung der Gesellschaft entnommen“, „berufen, eine neue Welt tiefer Brüderlichkeit und Wahrheit zu bauen.“* S.

496. *In Auseinandersetzung mit der Theologie Karl Barths spricht E. Fuchs wie das Neue Testament vom „kairos“, der vollendeten Zeit, „dem „Augenblick der Entscheidung zwischen dem Reiche Gottes, das nahe herbeigekommen ist, das als Kraft unseres Lebens neben uns steht und den Gewalten des Selbstsüchtigen, die diese Gesellschaft beherrschen und zerstören wollen.“* S. 563.

9 Emil Fuchs, *Bin ich Idealist?* In: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl Marx Universität Leipzig*, 5. Jahrgang, 1955/56, *Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, Heft 2*, S. 220.

10 E. Fuchs: *Christliche und marxistische Ethik. Lebensgestaltung und Lebensverantwortung des Christen im Zeitalter des werdenden Sozialismus*, Band 2, Hamburg-Bergstedt 1959, S. 242.

11 *ibid.*, Band 1, S. 100.

12 *ibid.*, S. 182.

Pastor Wilhelm Mensching: Ein Leben für den Frieden

Von Klaus Maiwald

Wilhelm Mensching wurde am 5. Oktober 1887 in Lauenhagen, im damaligen Fürstentum Schaumburg-Lippe, geboren. Nach seinem Abitur am Adolfinum in Bückeburg 1906 studierte W. Mensching bis 1912 Theologie, Medizin, Sprachen und Geschichte an verschiedenen deutschen Universitäten wie Berlin, Halle, Göttingen, Kiel und Hamburg.

Zusammen mit seiner Frau Anna, der Tochter des Lauenhäger Pastors Tielking, ging er 1912 als Missionar auf die „Bethel-Station“ ins damalige „Deutsch-Ostafri-

ka“, dem heutigen Ruanda. Hier erkannte er die Schuld des Kolonialismus und arbeitete gegen rassistische, nationalistische und kirchliche Überheblichkeit vieler seiner Glaubensbrüder. Von 1916 bis 1920 war er in belgischer bzw. englischer Gefangenschaft, die er in Indien verbrachte. In dieser Zeit wurden drei seiner vier Kinder geboren. In Indien verfolgte W. Mensching aktiv den Freiheitskampf von Mahatma Gandhi, der sein ganzes Leben prägen sollte.

Nach seiner Rückkehr nach Deutschland trat er die Pfarrstelle in Petzen an, die er 32 Jahre lang, bis 1952, ausübte. Seit 1922 war er Mitglied im Internationalen Versöh-



Pastor W. Mensching

nungsbund, der größten internationalen christlichen Friedensorganisation, seit 1932 sogar Geschäftsführer des deutschen Zweiges. 1927 nahm W. Mensching als einziger Europäer am Panafrikanischen Kongress in Harlem /USA teil.

In der Nazi-Diktatur von 1933-1945 wurde das Leben W. Menschings von den Machthabern stark eingeschränkt. Sie zogen seinen Auslandspass ein, seine Post und Predigten wurden überwacht, und die Auseinandersetzungen mit seiner Landeskirche, die schon während der Weimarer Republik wegen W. Menschings Engagement für Frieden und Toleranz begannen, nahmen jetzt an Schärfe zu. Der couragierte Pazifist blieb seiner Linie aber stets treu. So verfasste er die von den „Quäkern“ verlegten „Erbguthefte“, in denen antirassistische und pazifistische Traditionen deutschen Denkens der NS-Rasseideologie entgegengestellt

wurden. Von Mitte Oktober 1943 bis Ende März 1944 versteckten er und seine Familie unter Lebensgefahr die Berliner Jüdin Ruth Lilienthal in seinem Petzer Pfarrhaus.

1948 gründete Mensching das „Internationale Freundschaftsheim“ in Bückeburg, die erste Friedensschule in Deutschland. Als Gäste konnte W. Mensching dort u.a. Gandhis Ärztin, den späteren Bundespräsidenten Gustav Heinemann sowie den Theologen Martin Niemöller begrüßen. Auf Anregung der amerikanischen Quäker war W.



Urkunde aus Yad Vaschem

Mensching 1950 und 1955 zusammen mit seinem französischen Freund André Trocmé, dessen Wurzeln in Petzen lagen, Kandidat für den Friedensnobelpreis. Ihre Verdienste als Wegbahner ökumenischer und interreligiöser Verständigung sollten dadurch honoriert werden. 1962 erhielt er die Ehren-

doktorwürde der Karl-Marx-Universität Leipzig. Am 25. August 1964 verstarb W. Mensching in Stadthagen, wo er auch begraben liegt.

Es ist das Verdienst der Geschichtswerkstatt der Herderschule Bückeburg, dass die Person Wilhelm Mensching wieder in das Bewusstsein der Bevölkerung zurückkehrte. Im Juli 1999 wurde ein Gedenkstein im Geburtsort Lauenhagen eingeweiht, es folgte im Januar 2000 die Umbenennung des Pfarrweges an der Petzer Kirche in „Pastor-Mensching-Weg“. Eine Ausstellung im Bückeburger Schloss von Mai bis August 2001 dokumentierte den Lebensweg des Pastors mit Zivilcourage.

Im Mai 2001 erkannte die israelische Gedenkstätte Yad Vashem den Antrag der Geschichtswerkstatt an, Wilhelm Mensching den Titel „Gerechter unter den Völkern“ zu verleihen. Seit dem 9. September 2001 gibt es auf dem Petzer Kirchengelände einen Gedenkstein für W. Mensching. Die offizielle Yad Vashem-Ehrung W. Menschings durch die israelische Botschaft fand am 29.11.2001 in Petzen statt. Tochter Johanna und Schwägerin Ursula Mensching nahmen Medaille und Urkunde Yad Vashems entgegen. Als am 10.9.2002 Johanna Mensching verstarb, erlosch der direkte Zweig von Pastor Mensching, da alle seine Kinder selbst kinderlos geblieben waren.

2003 kam es zu einer denkwürdigen Begegnung mit Ruth Lilienthal. Sie reiste aus den USA zunächst nach Berlin an, um zusammen mit Mitgliedern der Geschichtswerkstatt bei Bundespräsident Johannes Rau empfangen zu werden. Wenige Tage später erzählte Ruth Lilienthal in der Herderschule ihre bewegte Lebensgeschichte, in der sie noch einmal die uneigennützig und lebensrettende Hilfe der Familie Mensching betonte. R. Lilienthal verstarb 2007 im Alter von 87 Jahren.

Die Geburtsgemeinde Wilhelm Menschings ehrte „ihren großen Sohn“ 2004 mit



Anna Mensching

einer Dauerausstellung im Lauenhäger Bauernhaus, die in Zusammenarbeit mit der Geschichtswerkstatt konzipiert wurde. Ebenfalls 2004 kam endlich auch Wilhelm Menschings Ehefrau Anna zu einer längst verdienten Würdigung. Das Gebäude der Diakonie-Sozialstation Bückeburg-Eilsen wurde „Anna Mensching Haus“ genannt.

Leider ist es nicht gelungen, das Gelände des ehemaligen Freundschaftsheimes am Bückeburger Weinberg für eine entsprechende Folgenutzung im Sinne Pastor Menschings zu nutzen. Die Häuser sind inzwischen abgerissen worden und ein Supermarkt hat hier jetzt seine Tore geöffnet. Aber zumindest erinnert seit 2010 am Kreisel vor dem Supermarkt eine Gedenktafel an diesen einst so bedeutenden Ort. Anlässlich seines 50. Todestages 2014 fand in der Petzer



Ruth Lilienthal alias Rose Schwendinger in Bückeburg 1944

Kirche ein Gedenkgottesdienst für Wilhelm Mensching statt, an dem auch eine Ab-

ordnung des Internationalen Versöhnungsbundes teilnahm.

Klaus Maiwald
Jahrgang 1951,
verheiratet seit
1976, zwei Kinder,
fünf Enkelkinder,
Realschullehrer
(seit 2012 pensio-
niert),
1996-2012 Leiter
der Geschichtswerk-
statt der Herder-
schule Bückeburg;
seit 1995 Schulbuchautor beim Westermann-
Verlag; 2005 Bundesverdienstkreuz; 2013 Kul-
turpreis Schaumburg „Zeitgeschichte“;
2016 Buch „Nur Sohn Erwin überlebte die
Shoah – Das Schicksal der jüdischen Kauf-
mannsfamilie Rautenberg aus Bückeburg
(Herausgeber Erwin Rautenberg, Foundation
Santaa Monica)



Klaus Maiwald

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) muss die kirchliche Mit- schuld für den Völkermord an den OvaHerero und Nama endlich anerken- nen

Öffentliche Erklärung

Von Solidarische Kirche im Rheinland*

Der 100. Jahrestag des Endes der deutschen Kolonialherrschaft im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika am 9. Juli 2015 hat in Politik und Gesellschaft den ersten Völkermord im 20. Jahrhundert durch die deutsche „Schutztruppe“ in den Jahren 1904 - 1908 erneut auf die Tagesordnung gesetzt. Die Initiative „Völkermord ist Völkermord“ hat Bundespräsident, Bundestag und Bundesregierung aufgefordert, „den Genozid an den Ova-

Herero und Nama endlich offiziell anzuerkennen“. Die Medien in Deutschland haben in den letzten Wochen das Thema aufgegriffen, und auch Politprominenz wie der Bundestagspräsident Norbert Lammer und die ehemalige Entwicklungsmministerin Heidemarie Wiecek-Zeul haben sich klar und eindeutig in der Frage positioniert.

Wir beklagen, dass die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) im Blick auf die konkrete Frage nach kirchlicher Mitverantwortung für den Völkermord im heuti-

gen Namibia schweigt. Das darf nicht so bleiben. Denn nicht nur die damalige deutsche Regierung, deutsches Militär und deutsche Verwaltung waren am Völkermord in Deutsch-Südwest beteiligt, sondern auch deutsche evangelische Kirche. Die Vorgänger-Institution der EKD, der preußische Oberkirchenrat, sandte damals in Verbindung mit der deutschen Regierung evangelische Pfarrer aus, um die dortigen Land besetzenden Siedler sowie die koloniale Schutztruppe geistlich zu begleiten. Durch Seelsorge und Gottesdienste – be-



Surviving Herero 1907 (Foto: DPA)

sonders durch Predigten – sind deutsche Pfarrer und Gemeinde am Völkermord (mit)-beteiligt:

- In der Gemeinde Windhoek wird der Altar im Gottesdienst mit einer Reichskriegsflagge drapiert, und die Lieder werden aus dem Militärgesangbuch angestimmt.¹
- Nach der Beendigung des Khama-Aufstands 1896 wird ein Dankgottesdienst gehalten.²
- Im Februar 1904 wird die 2. Marine-Feldkompanie eingesegnet.³
- Der Windhoek Gemeindepfarrer Wilhelm Anz ist dankbar, dass er die kriegerischen Operationen gegen die Herero

mit zwei großen Feldgottesdiensten begleiten darf.⁴

- Der Militärpfarrer Max Schmidt ist an den kriegerischen Auseinandersetzungen mit den Nama im Süden Namibias beteiligt.⁵

2014 hat der damalige EKD-Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider die Rolle von evangelischer Theologie und Kriegspredigten beim Ausbruch des 1. Weltkriegs 1914 deutlich angesprochen: „Auch die Kirchen haben vor 100 Jahren Schuld auf sich geladen, haben sich vom Kriegstaumel

mitreißen lassen, haben ihn sogar angefacht.“ Das gilt nicht nur für den 1. Weltkrieg, sondern auch für den Völkermord in Namibia. 1904 wurde vor allem in deutsch-protestantischen Kreisen die Vernichtung der „aufständischen“ namibischen Herero breit diskutiert. Wenige Mis-

sionare und Sozialdemokraten hielten dagegen.

Im Jahr 2004 haben Rat und Synode der EKD die Gelegenheit verpasst, Verantwortung zu übernehmen. Während Präses Schneider im Oktober 2004 bei der Enthüllung einer Mahntafel zur Erinnerung an den dort auch so bezeichneten Völkermord neben einem Kolonialdenkmal in Düsseldorf die „kirchliche Mitschuld“ am „ersten Völkermord im 20. Jahrhundert“⁶ öffentlich zur Sprache bringt, fehlt das Thema auf der Tagesordnung der EKD-Synode in Magdeburg 2004, 100 Jahre nach dem Beginn des Völkermords. Auf derselben Synode 2004 wird des Völkermords an den Armeniern 1914 gedacht und die Regierung der Türkei so-



Einsegnung der 2. Marine-Feld-Kompanie (Archivphoto von 1904)

**Die Solidarische Kirche im Rheinland ist eine Gruppe von ca. 180 Mitgliedern in der Tradition der Bekennenden Kirche im „Dritten Reich“, für die das Engagement für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zentral ist.*

wie die deutsche Bundesregierung aufgefordert, sich ihrer Verantwortung für diesen Völkermord zu stellen. Aus Anlass seines 90jährigen Gedenkens gibt es 2005 einen von der EKD gestalteten Gottesdienst im Berliner Dom. Im Blick auf das hundertjährige Gedenken an den Völkermord in Namibia gibt es von der EKD weder deutliche Worte noch einen Gedenkgottesdienst. Es ist an der Zeit, dass die EKD endlich Farbe bekennt.

Wir rufen die Verantwortlichen der EKD auf, das Schweigen zu beenden, die historische kirchliche Mitschuld anzuerkennen und die Nachfahren der Genozidopfer um Entschuldigung zu bitten.

Köln, am 23.Juli 2015

c/o Rita Horstmann, Deutz-Mülheimer-Str.
199, 51063 Köln soki.rheinland@arcor.de
www.solidarischekirche.de

- 1 *Evangelischer Gemeindefkirchenrat in Windhuk (Hrg), 25 Jahre Christuskirche in Windhuk, 1935.*
- 2 *ebd*
- 3 *ebd*
- 4 *ebd*
- 5 *Max Schmidt, Aus unserem Kriegsleben in Südwestafrika; Erlebnisse und Erfahrungen. 1910*
- 6 *Anna Neumann, Eine Mahntafel neben dem Kolonialdenkmal, in Transparent 75/2005*

Links Sein in Kirche und Gesellschaft

Von Dieter Hönerhoff

Sehr geehrter Herr Körner!* Auf Ihre Frage: Was bedeutet „links“? antworte ich: Für mich bedeutet „links sein“ mehr Gerechtigkeit in wirtschaftlicher Hin-

sicht, aber auch mehr Solidarität der Menschen untereinander.

Krasse wirtschaftliche Unterschiede führen zu krasserem Formen der menschlichen Kommunikation.

Ich würde „links“ mit „Humanität“ gleichsetzen.

Es lassen sich viele bestimmte und unbestimmte Worte zur Erklärung des Begriffes links in der Gesellschaft finden.

Letztlich sind Kapitalismus und Egoismus eng miteinander verwandt. In einer Gesellschaft, in der der Egoismus stark ausgeprägt ist, hat es Humanität und ein solidarisches gesellschaftliches Miteinander schwer.

Vielleicht ist der „freie Fall“ vieler Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern nach der Wende in seinem Ergebnis sehr stark von egoistischen Gedanken aus Gründen der Selbstbehauptung geprägt. Hier wird „links“ mit den Erfahrungen der DDR gleichgesetzt. Die gesamten politischen Werthaltungen sind in Frage gestellt, ohne dass Politik und Kirche bisher eine neue glaubhafte Orientierung geben.

Eine Kirche, die eine christliche Gemeinschaft sein will, kann nur ein humanistisches Gedankengut zur Grundlage haben. Sie muss so „links“ wie die Bergpredigt sein, d.h. die Bergpredigt zum Maßstab nehmen.

Ich glaube, die Kirche ist, weil sie oft gesellschaftlichen Diskussionen aus dem Weg gehen will, oft un- bis apolitisch. Wenn sie das oft beibehält, bietet sie Menschen, die guten Willens sind, keine Heimat. Anstatt Werthaltungen vermittelt sie, wenn sie sich so verhält, bestenfalls Konformismus. Sie leistet dann damit dem individuellen Egoismus Vorschub.

Der gesellschaftliche Auftrag der Kirche

muss die glaubhafte Vermittlung von Werthaltungen sein. Diese Werthaltungen müssen von den Bürgern als solche akzeptiert werden. Genau dies ist zurzeit in Deutschland die Kernfrage.

Ich hoffe Ihnen mit meinen spontan formulierten Gedanken weiter geholfen zu haben.

** Stefan Körner ist Redakteur bei der Mitteldeutschen Zeitung „Glaube und Heimat“*

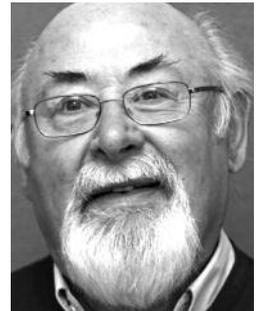
*Dieter Hönerhoff
Geb. am 23.4.1936
in Herford, nach
dem Besuch der
Volksschule und der
Ausbildung als
Tischler weitere Aus-
bildung in Lehrgän-
gen der
Gewerkschaften und
1962/63 an der So-
zialakademie in
Dortmund.*

Seit dem 15.ten Lebensjahr Gewerkschaftsmitglied.

Tätigkeit als Gewerkschaftssekretär von 1963 bis 1996.

Heute Mitglied bei attac, Mitglied des Vorstands des BRSD.

DieterHoe@t-online.de



Dieter Hönerhoff

Was bedeutet politisch „links“ in Kirche, Gesellschaft und beim BRSD?

Von Jens-Eberhard Jahn

Sehr geehrter Herren Körner*, vielen Dank für Ihre Fragen! Im Namen des Bundesvorstands des BRSD versuche

ich, halbwegs erschöpfend und adäquat darauf zu antworten.

Was bedeutet „politisch links“?

Hierüber dürfte es im BRSD mindestens so viele Meinungen geben, wie wir Mitglieder haben. Einig sind wir uns, dass

linke Politik auf die Gleichberechtigung der Menschen zielt, auf Emanzipation von Unterdrückung und Entfremdung.

Wir nennen uns aber nicht relativ diffus „religiöse Linke“, sondern „religiöse Sozialist(inn)en“. Wir sind der Überzeugung, dass die „Option für die Armen“, die wir aus der Bibel heraus als Auftrag begreifen, nicht individuell umgesetzt werden kann. Es sind vielmehr globale strukturelle Veränderungen vonnöten, eine andere Verteilung der Lasten und materielle Umverteilung von oben nach unten. Die private Verfügungsmacht über Güter, die für alle Menschen wichtig sind, sollte zugunsten gesellschaftlicher Verfügungsmacht abgeschafft werden.

Dies könnten Antworten sein auf die Frage von Bischof Bedford-Strohm: „Wie lässt sich mit der Entfremdung des Menschen von dem, was er tut, umgehen?“¹

Unsere Antworten sind vorläufig, wandelbar. Wir erheben keinen Anspruch auf allgemein anerkannte Wahrheiten und Vollständigkeit. Aber wir als Linke haben eine solidarische Gesellschaftsordnung als Ziel, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen. Im Moment erleben wir indes ein System, „in dessen Zentrum Gott Geld steht und nicht der Mensch“².

Wie bewerten Sie das politische Engagement der EKD aus Ihrer Sicht?

Es ist nicht unsere Aufgabe, das Engagement der EKD zu „bewerten“. Wir beobachten jedoch in den vergangenen Jahrzehnten die Politisierung breiter Teile der Gemeinden durch die Kirchentage. Friedensbewegung, Frauenbewegung, die Bürgerrechtsbewegung in der DDR und die ökumenische und 3/4-Weltbewegung haben erreicht, dass vielerorts die evangelische Kirche in Verlautbarungen und gesellschaftlichem Zeugnis links von der gesellschaftlichen Mehrheit steht. Demge-

genüber ist die Aufnahme sozialer und wirtschaftlicher Fragestellungen nach Ursachen gesellschaftlicher Probleme kaum geleistet worden. Und dort, in den Stellungnahmen, in denen dies geschieht, stolpert die Kirche auf ihrem Weg zur „Option für die Armen“ über ihre eigene Mittelschichts-Verengung. Dies sehen wir ja auch im globalen Maßstab. Stellungnahmen wie die Erklärung der Generalversammlung des Reformierten Weltbundes in Accra von 2004 weisen das kapitalistische Wirtschaftssystem unmissverständlich zurück und fordern die Kirchen auf, ein Bündnis für Gerechtigkeit zu schließen. Hierzulande tut dies auch der „Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“, der ja auch von der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) beworben wird. All diese Stellungnahmen und Prozesse kommen aber weder bei den Ortsgemeinden noch bei den Kirchenleitungen in ausreichendem Maße an.

Als Religiöse Sozialist(inn)en sehen wir unsere Aufgabe auch darin, in den Kirchen die Interessen der Unterprivilegierten bei uns und in der Welt zur Sprache zu bringen, die Ursachen von Armut, Verelendung und ökologischer Krise zu benennen und für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft zu arbeiten. Wir solidarisieren uns mit allen Bestrebungen in den Kirchen, die bisherige Rolle der Kirche im Kapitalismus zu überdenken und diese von einer Volkskirche zu einer Kirche des Volkes weiterzuentwickeln.

Den biblischen Auftrag der Kirche als Gemeinde der Jesus Nachfolgenden, wie er uns z.B. in der Bergpredigt (Mt 5–7) entgegentritt, vergleichen wir mit dem Erscheinungsbild der Kirche in der spät-kapitalistischen Gesellschaft. Wir möchten zu ihrer weiter notwendigen Erneuerung und Umkehr beitragen. Noch immer stehen viele

Christ(inn)en gesellschaftlichen Systemen und Parteien nahe, die unter Berufung auf vorgeblich christliche Werte soziale und ethnische Ungleichheit oder sogar politische Unterdrückung befürworten; noch immer finden sich Christ(inn)en, die unter Hinweis auf angeblich äußere Feinde (früher der Weltkommunismus, heute der Islam, morgen?) eine Politik der militärischen Stärke, der wirtschaftlichen und politischen Abschottung in der „Festung Europa“, der Rassendiskriminierung und der Privilegiensicherung betreiben.

Dem setzen wir die biblische Botschaft des befreienden und versöhnenden Gottes gegenüber.

Gerade im Osten stößt unter Kirchenmitgliedern der Gedanke an Sozialismus auf heftige Gegenwehr. Wir in der Redaktion haben das an den heftigen Reaktionen gespürt, als wir Bodo Ramelow zu Wort kommen ließen. „Wie erklären Sie Christinnen und Christen in den neuen Bundesländern die theologische und inhaltliche Verbindung von Christ(in)-Sein und Sozialist(in)-Sein?“

In der DDR war der BRSD nicht zugelassen, er hätte den Alleinvertretungsanspruch der SED in Sachen Sozialismus in Frage gestellt. Denn der BRSD ist immer für einen freiheitlichen Sozialismus eingetreten. Der BRSD wahrte immer eine Distanz zur politischen Macht und speist seine Positionen nicht zuletzt ja auch aus anarchistischen und frühsozialistischen Quellen, die von „orthodoxen“³ Marxisten abgelehnt werden. Mit vielen Marxist(inn)en sind wir uns in der Ablehnung derartiger „orthodoxer“ Marx-Deutungen einig. Wir lehnen einen Marxismus ab, der zur Behördenverwaltung durch das ZK einer Partei führt, welches verfügt, was im Sinne des „Marxismus“ falsch oder richtig zu sein hat. Wir lehnen einen Marxismus ab, der

sich zu einer totalen Philosophie aufwirft, ideologisiert, kanonisiert und undialektisch zu einer Weltanschauung gerinnt, vor der sich Religion, Philosophie und alle anderen Wissenschaften zu verantworten haben. Der ideologische Kollaps der ehemaligen Ostblock-Staaten ist auch eine Folge dieser Marx-Fehldeutungen.

Kurz zu Bodo Ramelow: Als ehemaliger Westdeutscher hat auch er sich nicht für die Irrtümer des „real-existierenden Sozialismus“ in der DDR zu verantworten. Wir schätzen Ramelow als linken Christen. Er hat unsern Stand beim Kirchentag in Stuttgart besucht.

Zur theologischen und inhaltlichen Verbindung von Christ(in) Sein und Sozialist(in) Sein fällt mir ein Zitat des jüdischen Religionsphilosophen Martin Buber ein: „Religiöser Sozialismus kann vielmehr nur bedeuten, dass Religion und Sozialismus wesensmäßig aufeinander angewiesen sind, dass jedes von beiden zur Erfüllung und Vollendung des eigenen Wesens des Bundes mit dem andern bedarf.“⁴ Obwohl dieses Zitat aus der Zeit vor der Erfahrungen mit dem Staatssozialismus stammt, hat es von seiner Aktualität für uns nichts eingebüßt. Wir erfahren aus der Bibel, dass Gott sich uns in der Geschichte immer wieder offenbart; wir erfahren im Buch Exodus sein befreiendes Wirken: Die Befreiung aus der Sklaverei ist der Beginn der jüdischen Religion. Darauf, auf der Botschaft der Propheten und der Lehre Jesu kann Religiöser Sozialismus aufbauen.

Viele Menschen in den neuen Ländern haben in den letzten 25 Jahren erfahren, wie es ist, wenn sich „alles um Geld dreht“. Papst Franziskus erinnert in der Rede, aus der ich bereits oben zitiert habe, an eine Mischna zum Turmbau zu Babel: „Ein jüdischer Rabbi erklärte seinen Gläubigen die Geschichte des Turmbaus zu Babel. Er er-

zählte, um den Turm von Babel bauen zu können, musste man viel Mühe aufwenden. Man musste Ziegel machen. Um Ziegelsteine herzustellen, musste man Lehm bereiten, Stroh herbeiholen und den Lehm mit dem Stroh vermischen und kneten, dann die Masse in Quadrate schneiden, trocknen lassen, dann im Ofen brennen, und wenn sie gebrannt und abgekühlt waren, mussten sie hinaufgetragen werden, um den Turm weiter zu bauen. Mit all dieser Arbeit war ein Ziegel sehr teuer geworden. Wenn also ein Ziegelstein herunterfiel, war das fast eine nationale Tragödie. Wer den Ziegel hatte herunterfallen lassen, wurde schwer bestraft oder suspendiert, oder ich weiß nicht, was noch mit ihm geschah. Aber wenn ein Arbeiter herunterfiel, passierte nichts. Mit dieser Geschichte erklärte ein Rabbi im 12. Jhd. diese schrecklichen Dinge, die geschehen, wenn der Mensch im Dienste der Gottheit Geld steht.“

Wir erleben zurzeit gravierendste Verstöße gegen das Erste Gebot. Wenn Gott dann auch noch zur Legitimierung kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse bemüht wird – etwa als Gegenwehr gegen den Sozialismus – dann wird auch noch das Zweite Gebot verletzt. Religiöse Sozialist(innen) wollen die Entfremdung zwischen Gott und Mensch überwinden. Wir streiten für Seine Gebote und engagieren uns, am Reich Gottes, das mitten unter uns ist (Lk 17, 21), mitzubauen.

Wie begründen Sie Ihr politisches Engagement biblisch?

Die Bibel erzählt, wie bereits oben ausgeführt, von befreienden und emanzipierenden Erfahrungen der Menschen mit Gott. Das ist der rote Faden. Dazu gehört auch das Sabbat-Gebot als Befreiung vom Zwang zu entfremdeter Arbeit, als Befreiung der Umwelt von den Beeinträchtigungen des Menschen. Diese Prinzipien der

Freiheit und Gerechtigkeit leiten wir für uns direkt aus der Bibel ab und nehmen sie uns als Maxime, frei nach Augustinus: „Der Siebte Tag werden wir selbst sein!“

Von der biblischen Botschaft des befreienden und versöhnenden Gottes lesen wir, wie gesagt, unter anderem im Buch Exodus beim Auszug aus Ägypten, bei den zur Umkehr mahnenden Propheten Jesaja, Jeremia, Amos und Micha, im Magnifikat, in der Bergpredigt und im Jakobusbrief besonders deutlich. Jede(r) hat natürlich seine/ihre persönlichen „biblischen Lieblingsbegründungen“ für sein und ihr politisches Engagement. Mich persönlich beeindruckt ganz besonders immer wieder die „Fastenpredigt“ in Jesaja 58: „Unrechtsfesseln öffnen, Jochstricke lösen, Misshandelte als Freie entlassen, jedes Joch zerbricht ihr! 7 Geht es nicht darum? Mit Hungrigen dein Brot teilen, umherirrende Arme führst du ins Haus! Wenn du Leute nackt siehst, bekleidest du sie, vor deinen Angehörigen versteckst du dich nicht. 8 Dann wird dein Licht wie die Morgenröte hervorbrechen, eilends wächst deine Wunde zu. Dann wird deine Gerechtigkeit vor dir hergehen, der Glanz Gottes sammelt dich auf. 9 Dann wirst du rufen, und Gott wird dir antworten. Du schreist um Hilfe, und Gott wird sagen: »Hier bin ich!« Wenn du aus deiner Mitte das Joch wegräumst, das Fingerzeigen und die üble Nachrede, 10 und wenn du dich ganz den Hungrigen hingibst und die Niedergedrückten sättigst, dann wird dein Licht in der Finsternis aufstrahlen, deine Dunkelheit wird wie der Mittag sein.“¹⁵

- 1 In der Pressekonferenz zur Vorstellung der EKD-Denkschrift „Solidarität und Selbstbestimmung im Wandel der Arbeitswelt“ am 28. April 2015.
- 2 Papst Franziskus in seiner Ansprache vor den Teilnehmern am Welttreffen der Sozia-

len Bewegungen in der Alten Synodenaula, Rom, Dienstag 28. Oktober 2014.

- 3 Ich benutze das Wort hier im alltags-sprachlichen Gebrauch, nicht im Wortsinn von „rechtgläubig“.
- 4 Aus „Drei Sätze eines religiösen Sozialisten“ von 1928.
- 5 Bibel in gerechter Sprache.

*Stefan Körner, Redakteur bei der Mitteldeutschen Zeitung „Glaube und Heimat“, stellte die Fragen. Zu seinem Artikel vgl. <http://www.glaube-und-heimat.de/2015/08/03/jesus-links-rechts-oder-grun>

Jens-Eberhard Jahn, geboren 1967 in Berlin, ist Historiker, Sprach- und Literaturwissenschaftler. Zahlreiche Forschungen und Publikationen zu Sprache und Ethnizität, Sprachkontakt und Sprachsoziologie vor allem an der nördlichen Adria; 1990–2002 freiberuflicher Dozent in

der Erwachsenenbildung; ab 2002 intensive Beschäftigung mit Gesellschaftspolitik; Vorträge und Publikationen zum Bedingungslosen Grundeinkommen;

2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter von Landtags- und Bundestagsabgeordneten der Partei DIE LINKE; thematische Schwerpunkte: Agrarpolitik, ländliche Räume, Tierschutz, Bedingungsloses Grundeinkommen, Postwachstumsökonomie; vielfältige publizistische Tätigkeiten. Zurzeit beschäftigt beim PECO-Institut

Jens-Eberhard hat drei Kinder und lebt in Leipzig.



Jens-Eberhard Jahn

Die Reformation radikalisieren, provoziert von Bibel und Krise – Teil III

94 Thesen – „Ruft eine Befreiung aus im Land“ (Lev 25,10)

Von Walter Altmann et al.

Das Negativurteil über Judentum und Gesetz trug maßgeblich auch zu einer grundsätzlichen Abwertung des gesamten Alten Testaments bei. Die trinitarische Formel von Vater, Sohn und Heiligem Geist als gemeinsames Zeugnis aller christlichen Kirchen bezeugt die unauflöbliche Verbindung zwischen den beiden Teilen des bi-

bischen Kanons. Die Einheit der beiden Testamente zurückzugewinnen, ist eine weitere grundlegende Aufgabe reformatorischer Theologie heute.

Der Messias Jesus von Nazareth ist die Einladung an alle Völker, an der Zukunft teilzuhaben, die Israel verheißen ist: eine gerechte und gleiche Gesellschaft im Geiste der Tora. Die christliche Kirche ersetzt Israel nicht, das Alte Israel ist die Wurzel der Kir-

che. „Nicht du trägst die Wurzel, sondern die Wurzel trägt dich“ (Röm 11,18).

Der Messias Jesus kündigt das nahe Reich Gottes, seine gerechte Welt, an (Mt 4,17). Im Horizont dieser Hoffnung legt der Messias Jesus die Tora Israels für die Gegenwart aus (Mt 5-7). Kriterien der Auslegung sind die Alleinverehrung Gottes und die Liebe zum Nächsten/zur Nächsten, insbesondere zu den Armen und Entrechteten (Mk 12,28-34; Mt 25,31ff). Gerade ihr Ergehen entscheidet darüber, wie die Tora ausgelegt werden soll. So wird die Tora, von der nicht das kleinste Gebot aufgehoben wird, zur Wegweisung für die messianischen Gemeinschaften (Mt 5,17-20; 28,19-20; vgl. auch Röm 3,31). Jesu Aufforderung sich an seiner Toraauslegung auszurichten, zielt darauf ab, die Tora immer wieder neu in der Hoffnung auf Gottes kommendes Reich auszulegen und mit Leben zu erfüllen.

Im Römerbrief hören wir den Schrei von Menschen, die in der imperialen Ordnung gefangen sind, die ein Leben nach der Richtschnur der Tora unmöglich macht. Sünde ist nicht einfach eine abstrakte menschliche Verfasstheit, sondern materialisiert sich in konkreten sozialen Gegebenheiten. Imperiale Herrschaftsstrukturen verkörpern für Paulus die Macht der Sünde, die die Menschen unausweichlich in die Übertretung der lebensschöpfenden Thoragesetze treibt und sie zu Komplizen der Kräfte des Todes und der Selbst-Zerstörung macht (Röm 7,24).

Die paulinische Rechtfertigung durch Glauben und aus Gnade schließt darum die doppelte Befreiung sowohl der Menschen als auch der Tora von der Macht der Sünde ein. Die messianischen Gemeinden schaffen einen Raum, wo jüdische und nicht-jüdische Menschen „in Christus“ die Tora als Gesetz des Lebens erfüllen können durch die Liebe zueinander – und auch

gegenüber ihren Feinden (Röm 8,2; 12,1-21; 13,8-10).

Die Gesetzeskritik des Paulus und auch der Reformation ist nicht gegen gesellschaftliche Rechtsordnungen als solche gerichtet (*usus civilis legis*). Recht und Gesetz sind notwendig, um menschliche Gesellschaft zu erhalten. Die Kritik richtet sich ausschließlich gegen die Instrumentalisierung des Gesetzes im Interesse der Starken und gegen die Schwachen, wie sie bereits von den Propheten angeklagt wird. Das Gesetz ist für den Menschen da, nicht der Mensch für das Gesetz, wie sowohl Jesus als auch die Rabbinen erklärten. (Mk 2,27; Babylonischer Talmud, Traktat Eruvin 41b) Menschliche Gesetzgebung muss immer wieder kritisch hinterfragt und verändert werden, um in konkreten Kontexten das Recht der Opfer zu vertreten anstatt die Ungerechtigkeit der herrschenden Ordnung juristisch abzudecken.

Ein besonderes Problem stellt in diesem Zusammenhang Luthers Identifikation der Zehn Gebote (Dekalog) mit dem Naturrecht dar (Mose als „der Juden Sachsen Spiegel“). Dadurch verwischt er die Besonderheit der Tora als alternatives Recht, das in entscheidenden Punkten von den Gesetzeswerken ihrer Umwelt abweicht – etwa im Blick auf die Sabbatgesetzgebung, den Schuldenerlass, das Verbot der Akkumulation durch Gier (zehntes Gebot), den Schuldenerlass. Diese kritische Stoßrichtung geht verloren, wenn die Tora gleichgesetzt wird mit jedwedem positiven Recht wie etwa dem das private Eigentum verabsolutierenden Römischen Recht.

Vor allem aber lässt Luther in seinem Kleinen Katechismus die politisch konkrete Einleitung des Dekalogs fallen: „Ich bin Adonaj, deine Gottheit, weil ich dich aus Ägypten, dem Haus der Sklavenarbeit, befreit habe.“ (Ex 20,2; Deut 5,6) Luther wei-

tet ferner das Gebot des Elterngehorsams auf Autoritätsgehorsam als solchen aus. Diese beiden symptomatischen Veränderungen der Schriftgrundlage in Luthers einflussreichstem Katechismus zeigen bereits an, wie das Luthertum anfällig werden konnte für Untertanengehorsam und Anpassung gegenüber jedweder etablierten Rechts- oder Unrechtsordnung, statt dem Gott der Befreiung zu vertrauen (*sola fide*) und für die Entrechteten einzutreten.

Wenn die herrschende Ordnung keine Gerechtigkeit übt und sich gegenüber den Nöten der einfachen Menschen, besonders der Geringsten (Mt, 25,34-40), gleichgültig verhält und auf diese Weise Götzendienst übt und seinen Bürgerinnen und Bürgern eine unannehmbare Lebensweise aufzwingt, dann sollen Christenmenschen einer solchen üblen Regierung nicht nur den Gehorsam verweigern, sondern aktiv Widerstand leisten.

Innerhalb imperialer Strukturen ist die Orientierung an den befreienden biblischen Wegweisungen Widerstand gegen die tödlichen Logiken und Gesetze gewalttätiger und versklavender Macht. Um einen solchen Widerstand leisten zu können, muss eine umfassende Kenntnis der befreienden Traditionen der Tora sowohl im Alten als auch Neuen Testament wiedergewonnen werden, die weithin verlorengegangen ist. Wie in der Reformation brauchen wir eine neue „Erweckung“ zu eingreifender Bibelarbeit in unseren Gemeinden, die sowohl den Einzelnen als auch die sozialen und ökonomischen Probleme unserer Gegenwart kritisch und befreiend anspricht. Zum Beispiel gehören biblisch gesehen Schuldenerlass und göttliche Schuldvergebung untrennbar zusammen (Mt 6,12). Heutige Christinnen und Christen sollen die Möglichkeit bekommen, gerade das Alte Testament, die Hebräische Bibel, als einen reich-

haltigen Schatz für ihre Lebensgestaltung und für ethische Urteilsbildung kennenzulernen.

Nachfolger und Nachfolgerinnen Jesu haben den Wunsch, sich in Gottes Geheimnisse in Gemeinschaft mit den heiligen Texten, die auch in anderen Religionen offenbart sind, zu vertiefen. Diese Freude erfahren sie, wenn sie in gemeinsamer Anstrengung zusammen mit Juden, Muslimen, Buddhisten, Hindus und allen anderen Kulturen in Afrika, Nord- und Lateinamerika, der Karibik, Asiens, des Mittleren Ostens, des Pazifiks und Europas (Jes 49,6) sich für den Aufbau einer besseren Welt einsetzen und dabei den Dialog stärken. Das Evangelium widerspricht jeglicher kulturellen, religiösen und militärischen Invasion.

Eine postkoloniale Interpretation der Reformationstheologie fördert ein Projekt der Inkulturation, um zu unterstreichen, dass interreligiöser Dialog ein prophetischer Dialog sein muss. Damit macht sie einen Neuanfang mit der Kritik an solchen Formen von Reformationstheologie, die der Kolonisierung dienen, oder deren Gelehrsamkeit für den Dienst der Mächtigen missbraucht wird.

„Der Geist weht, wo er will“ (Joh 3,8)

Im Geist der aus der Reformation hervorgegangenen Kirche müssen wir heute auf den Schrei von Menschen rund um den Erdball hören, die wahrnehmen, dass die Kirchen ihre Leiden, Unterdrückung und kulturelle Situation übersehen und ausklammern (Mt 25,31ff.) und dadurch die Spaltungen in Kirche und Gesellschaft eher vertiefen statt zu heilen.

Die reformatorischen Bewegungen verstanden Kirche nicht so sehr als Institution, sondern als das getaufte Volk Gottes, das sich in örtlichen Gemeinschaften versammelt. Kirche als Gemeinschaft in der Nachfolge Christi ist der heilige Ort, an dem das

universale Wort Gottes gehört und die Sakramente gefeiert werden, und dies in verschiedenen Sprachen, Traditionen und Bekenntnissen. Ihr Auftrag ist, zur Heilung der Welt beizutragen (tikkun olam).

Das Priestertum aller Glaubenden war ein radikaler Schrei, die mächtigste Institution jener Zeit, die römische Kirche, zu demokratisieren. Heute muss dies übersetzt werden in einen revolutionären Ruf nach universalen Bürgerrechten und gerechter Verteilung der Produkte menschlicher Arbeit.

Im 16. Jahrhundert wurde die Kirche reformiert. Aber schon bald verwickelten sich Kirchen in der reformatorischen Tradition in Strukturen und Praktiken, die patriarchalisch und hierarchisch waren und in die Gefangenschaft von mächtigen wirtschaftlichen und politischen Interessen gerieten. Ihre Verfolgung der Täufer, Juden und Muslime war nicht nur beklagenswert, sondern unverzeihlich! Selbst hierfür Buße zu tun, ist nicht genug. Wir müssen uns vom Geist Gottes dazu antreiben lassen, insgesamt von solchen konstantinischen Formen der Kirche Abschied zu nehmen. Es geht darum, sich zur Gestaltung einer Kirche inspirieren zu lassen, in der angefangen von den gesellschaftlich Ausgeschlossenen alle mitbestimmen können und Grenzen überschritten werden, zu einer Kirche, die wirklich katholisch ist, das heißt, die alle einschließt – über die Grenzen von Religionen, Volkszugehörigkeit, Kontinenten und Eigeninteressen hinweg.

Nachfolge Christi geht Hand in Hand mit Kontemplation, geistlichen Übungen, Erleuchtung und die Einstimmung in den Willen Gottes. Wenn wir Gottes Stimme in der Ehrfurcht der Rahab (Josua 2) oder der Ehrfurcht der Maria und Elisabeth (Lk 1) hören und dem Geist Gottes erlauben, bis in die Tiefen unseres Seins zu fließen, sind wir auf dem Weg der Nachfolge Christi. Die

Frauen der Bibel und die Frauen der radikalen Reformation zeigen uns den Weg der Nachfolge, der Mystik, des Zeugnisses und des Martyriums.

Die Geistkraft Gottes handelt frei und weht, wo sie will, um die Kirche ständig zu erneuern. Sie ist niemandes Eigentum und kann nicht von institutionellen Interessen oder Lehrdefinitionen gefangengehalten werden.

Der Geist bewirkt Erneuerung und Veränderung sowohl in der Kirche wie auch in der Gesellschaft. Zusätzlich zur Verwandlung von Personen ermächtigt er auch die Glaubenden, sich Seite an Seite mit Menschen anderer Religionen, Ideologien und sozialer Bewegungen zu engagieren und Leiden zu erdulden, die aus solchem Engagement für Liebe, Solidarität und Gerechtigkeit folgen.

Als Luther das Kreuz zum Zeichen der Kirche erklärte, setzte er damit einen Maßstab für die Kirche, an der sie zu messen ist: Um Kirche zu sein, muss sie sich verwundbar machen dadurch, dass sie an der Seite der Armen steht und für sie eintritt, dass sie ihren sozialen und politischen Status aufs Spiel setzt, indem sie öffentlich gegen ungerechte Strukturen und politische Praktiken protestiert.

Statt sich auf individuelle Frömmigkeit zu konzentrieren, muss sie gemeinschaftlich kirchlich das Schwergewicht auf Widerstand und gesellschaftliche Veränderung legen. Andernfalls werden sich die Ungerechtigkeiten weiterhin frei ausbreiten können und unsere grundlegenden Beziehungen zu Gott, uns selbst, unseren Nächsten und zur gesamten Schöpfung pervertieren. Durch Tätigkeiten wie Predigen, Lehren, Feiern, Fürsorge, Gemeinschaftsaufbau und -organisation zusammen mit anderen kann die Kirche helfen, Sünde, Abhängigkeit und Blindheit entgegenzutreten, die es dem

Imperium in seinen verschiedenen Facetten möglich machen zu herrschen.

Durch die Kraft des inspirierenden und verbindenden Geistes werden die, die untereinander sehr verschieden sind, in eine Körperschaft, eine „neue Schöpfung“ verwandelt. Der Geist erneuert und verwandelt nicht nur, sondern bringt Menschen zusammen in der Einheit des Leibes Christi. Er kann deshalb nicht dazu benutzt werden, weitere Kirchenspaltungen zu rechtfertigen. Eine sich reformierende Kirche muss deshalb mit sich selbst versöhnt sein und intensiv daran arbeiten, die Spaltungen zwischen Ost und West, zwischen Römischen Katholiken und Protestanten und zwischen den verschiedenen reformatorischen Kirchen zu überwinden, damit alle an einem Abendmahlstisch zusammenkommen können.

Eine sich reformierende Kirche wird ständig verändert durch das, was sie von anderen theologischen Traditionen und Kulturen empfängt. Luther betonte, dass der Geist an das Wort Gottes gebunden ist. Damit kritisierte er alle, die behaupteten, sie hätten besondere Offenbarungen unabhängig von den biblischen Schriften empfangen. Das darf nicht fälschlich so interpretiert werden, als ob dem Geist Grenzen gesetzt würden und er nicht frei unter und in den Menschen wirken könne – einschließlich solcher aus anderen Traditionen oder Religionen, ja sogar einschließlich der gesamten Schöpfung (Röm 8).

Luthers Kritik an den sog. Schwärmern kann nicht auf unsere Zeit als allgemeine Kritik an den Pfingstkirchen übertragen werden. Natürlich müssen wir „Wohlstandstheologien“ auf der Basis einer Theologie des Kreuzes kritisieren. Gleichzeitig müssen wir aber das Wirken des Geistes in den Pfingstbewegungen achtsam wahrnehmen, wie er Gemeinschaft aufbaut, an

den Rand gedrückte Personen rettet und wie er die Würde von Menschen wiederherstellt, die unter Armut, Krankheit, Sucht und Erwerbslosigkeit leiden.

Die Wiederentdeckung und Neulektüre biblischer Traditionen auf der Grundlage sozialer Analyse aus der Perspektive der an den Rand Gedrängten und das kontextuelle und interkulturelle Lesen der Bibel in vielen Situationen der ganzen Welt ist ein wichtiges Zeichen der Hoffnung, dass die befreiende Weise der Reformation, die Bibel zu verstehen, heute in vielen Kirchen am Werk ist.

Der Reformation war es zentral wichtig, dass alle Menschen Zugang zu Bildung haben und dass die Bibel kontextuell neu gelesen werden muss in Bezug auf die jeweilige Situation. Als sich die aus der Reformation entspringenden Kirchen in der ganzen Welt ausbreiteten, wurde und wird dieser Ansatz keineswegs immer durchgehalten. Stattdessen finden wir weitverbreitet eine individualistische Frömmigkeit, die sich an mächtige Interessen anpasst und so illusionäres Bewusstsein fördert, und religiöser Fundamentalismus nimmt sogar zu.

Deshalb ist die Wiedergewinnung biblischer Theologie und kritischer theologischer Ausbildung (und Bildung im Allgemeinen) zentral für den Fortgang der Reformation und Erneuerung in der weltweiten Christenheit im 21. Jahrhundert.

Selig sind, die sich nicht an die herrschenden Systeme anpassen, sondern dagegen aufstehen, wie Gott bis heute von den Strukturen dieser Welt ans Kreuz geschlagen wird (Röm 12,2), und die zusammen mit anderen eine neue Welt mit Gerechtigkeit und Frieden in menschlichen Gemeinschaften bauen.

Wir brauchen eine „neue Reformation“. Jetzt wie damals können Leute leicht fromm sein. Aber diese Frömmigkeit drückt sich oft

in unangemessenen Formen aus, weil Kirchen oft von der realen Situation, in der Menschen leben, entfremdet sind. Wie seinerzeit Luther brauchen wir eine Erneuerung der Sprache, eine Rückkehr zur befreienden Botschaft des Evangeliums.

Bonhoeffers Vorschlag einer in der Welt engagierten Christenheit, welche eine neue Sprache für das alte Evangelium entdeckt, muss übersetzt werden als „Beten und Tun des Gerechten unter den Menschen“ (Bonhoeffer). Alle kirchliche Rede muss von diesem Gebet und diesem Tun her neu eingeübt werden. Genau darauf insistiert Befreiungstheologie, indem sie auf der Untrennbarkeit von Orthopraxis und Orthodoxie besteht.

„Die Reformation radikalisieren – provoziert von Bibel und Krise“ ist für Kirchen und Theologie keine beliebige Option, sondern notwendig. Luther selbst machte die Schrift in ihrem historischen Wortsinn zum

Kriterium aller Tradition. Die kontextuelle Auslegung der Bibel hat diesen Sinn kritisch-prophetisch geschärft. Und Luther übte systemische Kritik schon am Beginn der kapitalistischen Moderne – Wie sollten wir am Ende dieser immer mörderischeren und selbstmörderischen Menschheitsphase und ihrer Krise nicht neu auf unsere Glaubensquellen hören und mit anderen gemeinsam „dem Rad in die Speichen fallen“? Lasst uns gemeinsam mit andren auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens gehen.

Halle, 7. August, 2014

Geschlechtergerechtigkeit: Frauenrechte sind Menschenrechte*

Von Helga E. Hörz

Emil Fuchs, dem die heutige Tagung gewidmet ist, forderte als religiöser Sozialist die „Orientierung der Gesellschaftsgestaltung auf Freiheit und Recht, Humanität und Menschenwürde in Einheit mit Menschenrechten.“ Das schließt Geschlechtergerechtigkeit ein, denn Frauenrechte sind Menschenrechte. Ich werde erstens auf den Zusammenhang von Menschenrechten und Geschlechtergerechtigkeit als Weiterführung der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit durch Emil Fuchs eingehen. Zweitens ist die entsprechende UNO-Programmatik vorzustellen, die die

Unteilbarkeit der Menschenrechte betont. Drittens wird mit wenigen Fallbeispielen belegt, wie kompliziert die Durchsetzung ist. Viertens ist die Frage, wie es weitergehen soll, mit der Forderung nach „Gender-Mainstreaming“ zu beantworten.

1. Menschenrechte und Geschlechtergerechtigkeit

Als engagierter Humanist hat sich Emil Fuchs theoretisch und praktisch in allen Gesellschaftsordnungen, in denen er gelebt hat, für soziale Gerechtigkeit eingesetzt. So kämpfte er schon in der Weimarer Republik für die Bildung von Arbeitern, weil nur der

mündige Bürger Verantwortung für sein Tun übernehmen könne, wenn er über das dazu notwendige Wissen verfüge. Ihm Bildung vorzuenthalten, verletze sein Menschenrecht. Deshalb sah er in der Volksbildung eine wichtige Leistung, die eine Gesellschaft zu erbringen habe. Wenn Menschenrechte verletzt würden, dann sei Volksbildung das entscheidende Mittel, um durch eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft diese Rechte durchzusetzen. Sein Enkel Klaus Fuchs-Kittowski stellt in seinem Vorwort zum Buch von Emil Fuchs „Das Evangelium nach Matthäus“ 2012 und seiner Haltung fest: „So wurde er zu einem der Vorbereiter der Volkshochschulbewegung in Rüsselsheim und Eisenach. In Rüsselsheim wurde aus diesem Grunde, mitten im kalten Krieg, eine Ehrentafel an der Bibliothek der Volkshochschule angebracht und nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ein großer Platz in Rüsselsheim nach ihm benannt.“ (Fuchs 2012, S.24)

Bildung als Menschenrecht ist eine Grundforderung für eine humane Gesellschaft. Sie ist wesentlicher Teil der von Emil Fuchs und anderen Humanisten geforderten Durchsetzung von sozialer Gerechtigkeit. In vielen Ländern wird Frauen und Mädchen Bildung vorenthalten. Das ist nur ein Teil der Verletzung von Frauenrechten als Menschenrechten.

Der Menschenrechtsansatz in den Dokumenten der UNO geht davon aus, dass es sich um Rechte handelt, nicht um kulturelle Gegebenheiten. Regierungen verpflichten sich mit der Ratifizierung von internationalen Programmatiken zur Einhaltung von Rechten und nicht zur Einhaltung von Traditionen oder Respektierung von Werten und Normen, die sich in einer sozio-kulturellen Einheit herausgebildet haben. Sie könnten z.B. mit einem diskri-

minierenden Frauenbild Menschenrechte verletzen.

Soziale Gerechtigkeit als Forderung im Zusammenleben der Menschen wurde erst in der Industriegesellschaft im Zusammenhang mit der sozialen Frage thematisiert. Dazu gehört auch die Geschlechtergerechtigkeit. Sie wurde nun für engagierte Frauen und Männer sowie Frauenorganisationen Teil ihres theoretischen und praktischen Kampfes gegen die Unterdrückung der Frau, wie ich im Buch „Der lange Weg zur Gleichberechtigung“ zeige. Die Aufnahme der Forderung nach Geschlechtergerechtigkeit in globale, regionale und lokale Programme hat eine lange, wechselvolle Geschichte. Dabei ist die Frauenbewegung als sie Massen ergriff mit einer Vielzahl von theoretischen Konzeptionen in Psychologie, Philosophie und Ethik verbunden, die immer auch Verfechter in politischen Bewegungen und Institutionen fand und findet, die sich nicht selten gegenseitig bekämpfen. Das erklärt die Komplexität der Geschlechterproblematik und zeigt, wie kompliziert es ist, Orientierungen zu finden, die in politischen Programmen von Parteien und Bewegungen, der UNO, der EU und nichtstaatlichen Organisationen formuliert und praktisch umgesetzt werden sollen.

Unterschiedliche theoretische Konzeptionen, die ein existierendes Menschen- und Frauenbild begründen und verteidigen, Rollenklischees entwickeln und propagieren, existieren in einer Gesellschaft nebeneinander. So ist jedes Menschenbild zwar mit Einsichten in das Wesen des Menschen verbunden, doch nicht immer werden neue Erkenntnisse über das Menschsein aufgegriffen, vor allem dann nicht, wenn sie Traditionen und herrschenden Interessen widersprechen. Das gemeinsame Ziel, das schwer durchzusetzen ist, sollte sein, eine

humanistische Gestaltung der Zukunft, wenn notwendig auch Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse, zu fordern, um jedem Menschen, auch den Mädchen und Frauen die Chance zur Entwicklung als Persönlichkeit zu gewähren.

Frauen und Männer unterscheiden sich selbstverständlich in anatomisch-physiologischen Merkmalen, woraus auch psychische Unterschiede resultieren können. In den Eigenschaften, die den Menschen als Gattungswesen auszeichnen, wie die bewusste gegenständliche Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit nach eigenen Zielen und die Einsicht in Gesetze ihres eigenen Erkennens und Verhaltens stimmen sie überein.

Jahrhundertlang war bei der Bestimmung des menschlichen Wesens nur der Mann im Blick. Mann und Menschsein wurden gleichgesetzt. In vielen Ländern ist das heute noch so. Der Mann wurde niemals wegen seiner Geschlechtszugehörigkeit diffamiert, wie das bei den Frauen der Fall war und heute noch vielfach geschieht. Man griff den Mann eventuell an, weil er homosexuell war oder einer anderen Ethnie angehörte, doch nie für sein Mann-Sein. Frauen galten dagegen oft nicht als vollwertige Menschen. Rollenklischees zeigen das deutlich. Dem entsprachen und entsprechen mit patriarchalischer Macht durchgesetzte Normen und Werte im gesellschaftlichen Leben. Es bedurfte zu jeder Zeit des Engagements von humanistisch gesinnten Frauen und Männern und des Einsatzes internationaler und lokaler Organisationen, die sich der Verteidigung der Würde und dem Schutz des Lebens von Menschen verpflichtet fühlten.. In den patriarchalischen Herrschaftsstrukturen entsprechender Länder der Welt werden Frauenrechte als Menschenrechte kaum oder gar nicht wahrgenommen. (An anderer Stelle

bin ich auf die Differenzierung von vollständigem und gemäßigtem Patriarchat eingegangen, das von den Gesellschaften zu unterscheiden ist, die den Prozess der Überwindung des Patriarchats bereits begonnen haben.) Es bedarf auch gegenwärtig noch besonderer Maßnahmen, um die doppelte Unterdrückung der Frauen durch die gesellschaftlichen Verhältnisse und die in vielen Ländern existierenden patriarchalischen Strukturen in Familien und gesellschaftlichen Einrichtungen und Institutionen zu überwinden. Das soll nun mit der UNO-Programmatik verdeutlicht werden.

2. UNO-Programmatik: Menschenrechte sind unteilbar

Über die spezifischen Strukturen und Organe der UNO werden Regierungen, die Mitglied der UNO sind, in die Pflicht genommen, Strategien zu entwickeln, um das Zivilisationsproblem der doppelten Unterdrückung der Frau zu lösen. Über verschiedene Stufen und Aktionen ist das historisch entstandene Unrecht schrittweise abzubauen. Auf einige programmatische Dokumente will ich hier verweisen. Bereits in der UNO-Charta und der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ vom 10. Dezember 1948 wird in der Präambel betont, dass die Völker der Vereinten Nationen ihren Glauben an die grundlegenden Menschenrechte, an die Würde und den Wert der menschlichen Person und an die Gleichberechtigung von Mann und Frau erneut bekräftigt und beschlossen haben, den sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen bei größerer Freiheit zu fördern. Danach wird in der „Konvention über die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung der Frau“, an der ich aktiv mitgearbeitet habe, der Zusammenhang zu anderen Men-

schenrechtsverträgen der UNO hergestellt und betont, dass die Gleichberechtigung von Frau und Mann eine Frage der Menschenrechte und eine Vorbedingung für soziale Gerechtigkeit sei. (Frauenkonvention 2013)

Ich verhehle nicht, dass es harte Auseinandersetzungen von Beginn der Ausarbeitung an um die sozialen Menschenrechte gab. Staatenvertreter/Innen aus Ländern, die „westliche Werte“ besonders betonten, wiesen vor allem das Recht auf Frieden, eine Grundvoraussetzung, um Menschenrechte zu garantieren, als Politisierung der Frauenfrage zurück. So verlangte die USA, dass Vorbehalte ihres Staates gegen eine internationale Einbeziehung von Frauen in den Friedenskampf ausgewiesen werden. Das Recht auf Arbeit, die Anerkennung der Mutterschaft als sozialer Funktion, die Forderung, Geburtenreglung den Eltern zu überlassen u.a. wurden scharf attackiert. Trotzdem gelang es dem Bündnis der humanistischen Kräfte in der UNO-Kommission, sie durchzusetzen. Am 3. September 1981 wurde die Konvention von der UNO-Vollversammlung verabschiedet. Nun hat sie von den sieben Menschenrechtsverträgen inzwischen die zweithöchste Ratifikationsrate. Mehr als 184 Staaten müssen alle 4 Jahre vor dem entsprechenden Ausschuss (CEDAW= Convention on the Elimination of all forms of Discrimination against Women) Rechenschaft über ihre Durchsetzung ablegen. Ratifizierung der Konvention heißt, die nationale Gesetzgebung entsprechend zu verändern. Vorbehalte können angemeldet werden. So lehnen z.B. Staaten mit islamischem Recht Artikel 2 ab, der die Staatenverpflichtungen betrifft, ebenso den Artikel 16, der die Gleichstellung in Ehe und Familie regelt. Die DDR hatte die Konvention als zweites Land der Welt 1980, nach Schweden, durch den Staatsrat

ratifiziert und damit ihr Inkrafttreten befördert. Die BRD ratifizierte die Konvention erst 1985, kurz vor der dritten UNO-Weltfrauenkonferenz. Die USA hat es bis heute nicht getan.

Programmatik und ihre Umsetzung klaffen auseinander. 1990, auf der erweiterten Tagung der Kommission „Zum Status der Frau“ mit Weltkonferenzcharakter, die ich als gewählte Präsidentin leitete, verglich die Generaldirektorin des Büros der Vereinten Nationen Margaret J. Anstee den Kampf der Frauen um Gleichberechtigung mit einem dreibändigen Epos, deren erster Band mit der Identifizierung der Hindernisse zu Ende gegangen sei. Sie forderte, ganz im Sinne des Vordenkers Emil Fuchs können wir heute sagen, Investitionen in die Bildung von Frauen als Voraussetzung für Möglichkeiten einer gleichberechtigten Beschäftigung. Damit hob sie den langen Weg, der noch zu gehen ist, um Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen, hervor. Es war ein Appell an UNO-Organen in ihren Programmatiken sich dieser Aufgabe zu stellen. Wie notwendig das war, zeigte die Menschenrechtskonferenz der UNO von 1993, die endlich nach der letzten von 1968 in Wien stattfand. Frauenrechte als Menschenrechte wurden dort erst nach weltweitem Protest internationaler Frauen-Organisationen thematisiert. Die Losung der Frauenorganisationen war: Alle Menschenrechte für alle Menschen! Sie drückten damit aus, dass die globalen Rahmenbedingungen eines menschenwürdigen Lebens für alle Menschen vor allem das Recht auf Frieden, das Recht auf Entwicklung und das Recht auf eine gesunde Umwelt umfassen. Ihr Protest zeigte Wirkung. Im Schlussdokument wurde festgeschrieben, dass alle Menschenrechte allgemeingültig und unteilbar sind, einander bedingen und einen Sinnzusammenhang bilden. Die Kon-

ferenz wies mit Nachdruck darauf hin, wie wichtig es ist, die Universalität, Objektivität und Nichtselektivität der Erörterung von Menschenrechtsfragen sicher zu stellen. So heißt es in der Wiener Erklärung: „Die Weltkonferenz über die Menschenrechte bekräftigt das feierliche Bekenntnis aller Staaten zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen zur Förderung der allseitigen Achtung, Einhaltung und Wahrung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle Menschen in Übereinstimmung mit der Satzung der Vereinten Nationen, den anderen auf die Menschenrechte bezüglichen Instrumente und dem Völkerrecht. Der universelle Charakter dieser Rechte und Freiheiten steht außer Frage.“ (Wiener Erklärung 1994, S. 15)

Menschenrechte von Frauen und Mädchen wurden als ein unveräußerlicher, integraler und unteilbarer Bestandteil der Menschenrechte hervorgehoben. Sie dürfen nicht unter Verweis auf kulturelle und traditionelle Gewohnheiten oder religiöse Überzeugungen relativiert werden.

Erstmals wurde auch Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsverletzung angeprangert. In der Aktionsplattform von 1995, verabschiedet von der 4.UNO-Weltfrauenkonferenz in Peking wurde dem dann durch folgende Formulierung Rechnung getragen: „Der Begriff ‚Gewalt gegen Frauen‘ bezeichnet jede Handlung geschlechtsbedingter Gewalt, die der Frau körperlichen, sexuellen oder psychologischen Schaden oder Leid zufügt oder zufügen kann, einschließlich der Androhung solcher Handlungen, der Nötigung oder der willkürlichen Freiheitsberaubung in der Öffentlichkeit oder im Privatleben.“ (Aktionsplattform 1995, Kapitel IV D) In Deutschland wird gegenwärtig noch gegen jede 4. bis 7. Frau Gewalt ausgeübt. Die Dunkelziffer dürfte noch höher liegen. Die 4.UNO-

Weltfrauenkonferenz verwies auch mit Nachdruck auf die Konvention „Über die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung der Frau“ im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Wiener UNO-Menschenrechtskonferenz. Deren Dokumente waren Grundlage, um Frauenrechte als Menschenrechte detailliert darzustellen und Aufgaben für die Mitgliedsländer der UNO daraus abzuleiten. In der Aufgabenstellung der Aktionsplattform von Peking, die 189 Staaten angenommen haben, heißt es: „Die Gleichberechtigung von Frau und Mann ist eine Frage der Menschenrechte und eine Vorbedingung für soziale Gerechtigkeit sowie eine notwendige Grundvoraussetzung für Gleichberechtigung, Entwicklung Frieden. Eine neue Partnerschaft auf der Grundlage der Ebenbürtigkeit von Frau und Mann ist Voraussetzung für eine bestandfähige Entwicklung, in deren Mittelpunkt der Mensch steht. Ein nachhaltiges und langfristiges Engagement für diese Ziele ist unverzichtbar, damit Frauen und Männer für sich, für ihre Kinder und für die Gesellschaft gemeinsam darangehen können, sich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu stellen.“ (Aktionsplattform 1995, Kapitel I) Doch die Durchsetzung solcher Zielstellungen ist nicht einfach, wie Fallbeispiele belegen.

Literatur

Aktionsplattform (1995), Bericht der UNO-Weltfrauenkonferenz 1995 in Beijing, Aktionsplattform. Anlage II

(http://www.un.org/depts/german/conf/beijing/anh_2.html) (Zugriff am 15.10.2015)

BMFSFJ (2014) Bundesministerium für Familie, Senioren ,Frauen und Jugend: Strategie

„Gender Mainstreaming“ vom 09.07.2014

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/gleichstellung,did=192702.html> (Zugriff am 5.10.2015)

Frauenkonvention (2013), Konvention über

die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung der Frau.

<https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19983322/201310300000/0.108.pdf> (Zugriff am 14.10. 2015)

Fuchs, Emil(2012), *Das Evangelium nach Matthäus. Eine Auslegung des Evangeliums im Kontext von Verfolgung und Widerstand(1933-35)* hrsg. von Klaus Bernet und Klaus-Fuchs-Kittowski, Hamburg 2012

Milleniums-Erklärung (2000), *Milleniums-Erklärung der Vereinten Nationen Generalversammlung/resolution 55/2 vom 8.9.2000* (<https://worldwewant.de/worldwewant/de/home/file/fileId/20>) (Zugriff am 12.3.2015)

Timmler (2015), *Frauen hungern häufiger*, *Süddeutsche Zeitung* vom 07.10.2015, S.20
Wiener Erklärung (1994), Gleiche Menschenrechte für alle. Dokumente zur Menschenrechtsweltkonferenz der Vereinten Nationen in Wien 1993, Bonn 1994, S. 13 – 46 (http://www.dgvn.de/fileadmin/user_upload/PUBLIKATIONEN/DGVN_Texte/2.1_WienerErklärung_und_Aktionsprogramm_web.pdf) (Zugriff am 14.10.2015)

* Vortrag beim Symposium von Rosa Luxemburg Stiftung und Leibniz-Gesellschaft „Weltanschauliche Begründung einer Politik der Gerechtigkeit“ zu Ehren von Emil Fuchs am 8. und 9. Dezember 2015 in Berlin

Fortsetzung folgt

Prof. em. Dr. sc. phil. Helga E. Hörz, geb. Ivertowski ist 1935 in Danzig geboren. 1942 – 1953 Schulbesuch in Danzig und Nauen (Abitur). 1953 -1957 Studium der Philosophie und Psychologie an der Humboldt-Universität Berlin (HUB). 1957 – 1959 Jugendarbeit. 1959 – 1960 Wissenschaftliche Assistentin an der Hochschule für Ökonomie Berlin (HfÖ), dann Aspirantin an der HUB und nach Promotion 1965 zum Dr. phil. in Philosophie und Ökono-

mie (HUB) mit einem Thema zur Gleichberechtigung der Frau wissenschaftliche Oberassistentin an der HUB. 1965 – 1969 ehrenamtliche Vorsitzende der Frauenkommission der Gewerkschaft Wissenschaft an der

HUB. 1969 – 1990 stellv. Ratsmitglied der Internationalen Demokratischen Frauenföderation (IDFF). 1969 Hochschuldozentin für Ethik an der HUB. 1972 Studienaufenthalt an der Moskauer Lomonossow-Universität. 1974 nach Habilitation ord. Professorin und Lehrstuhlleiterin für Ethik an der HUB. 1975 Wahl durch ECOSOC als ehrenamtliche Expertin in die UNO-Kommission „Zum Status der Frau“. 1975 - 1990 mehrmals Vizepräsidentin und Präsidentin von UNO-Gremien (z.B. 1. Vizepräsidentin der UNO-Weltfrauenkonferenz 1980 in Kopenhagen und 1990 Präsidentin der Tagung mit Charakter Weltkonferenz in Wien) 1990 Emeritierung, 1990 – 1993 Ethik-Veranstaltungen in der Begegnungsstätte Berlin-Mitte. 1998 Vorsitzende des Beirats der Bildungsakademie der Volkssolidarität, Landesverband Berlin (wöchentliche wissenschaftliche Veranstaltungen, Schriftstellerlesungen und Computerkurse).

Fachgebiete: Ethik, Philosophie und Psychologie, Humansexuologie, Gender Studies
Verheiratet seit 1954 mit dem Wissenschaftsphilosophen Herbert Hörz; 3 erwachsene Kinder und 7 Enkel.



Helga E. Hörz

Nie wieder Krieg von deutschem Boden: „Stopp Ramstein“

Warum Krieg? – Für eine friedliche Welt die Fluchtursachen beseitigen

Von Ulrich Adler

Viele Städte und Gemeinden in Deutschland, so auch im Kreis Herford, nehmen Flüchtlinge aus Kriegsgebieten auf. Humanitäre Hilfe für Menschen, die in Kriegsgebieten von Tod und Gewalt bedroht sind, ist das Gebot der Stunde. Um die Ursachen für die Fluchtbewegung in aller Welt zu beseitigen, ist es entscheidend für eine friedliche Welt zu sorgen.

Leider müssen wir feststellen, dass von Deutschland aus Krieg in alle Welt getragen wird. Der US-Militärstützpunkt Ramstein ist ein zentrales Drehkreuz für die Vorbereitung und Durchführung völkerrechtswidriger Angriffskriege. Die meisten tödlichen Einsätze US-amerikanischer Kampf-Brohnen, u.a. in Irak, Afghanistan, Pakistan, Jemen, Syrien und Afrika werden über die Satellitenrelaisstation auf der US- Air -Base Ramstein durchgeführt.

US-Drohnenpiloten auf verschiedenen Militärbasen nutzen Ramstein für die Steuerung der Killerdrohnen in weltweiten und illegalen Kriegseinsätzen. In Ramstein analysieren und aktualisieren ca. 650 Mitarbeiter(nnen) ständig die Überwachungsdaten der vermeintlichen Zielpersonen und leiten ihre Daten dann weiter.

Die US-Regierung hat mittels Drohnen in Pakistan, Jemen und Somalia fast 500 Menschen außergerichtlich getötet sowie 13.000 im Afghanistan-Krieg. Unzählige Opfer gab es durch US-Drohnen im Irak, in Syrien und in Libyen.

Deswegen fordert ein Aktionsbündnis in der Kampagne „Stopp Ramstein: Kein Droh-

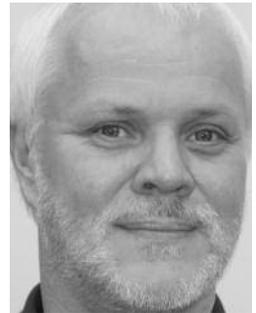
nenkrieg!“ vom Deutschen Bundestag und von der Bundesregierung, den USA die Nutzung von Ramstein als Basis zur Drohnenkriegsführung zu verbieten und die Satellitenrelaisstation zu schließen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, selbst auf die Anschaffung von Kampfdrohnen zu verzichten.

Die Initiatoren der Kampagne „Stopp Ramstein-Kein Drohnenkrieg!“ zu Aktionen auf und zur Demonstration und Kundgebung vor der Base Ramstein auf. Eine Demonstration und Menschenkette soll in der Zeit vom 10.-12. Juni 2016 in Ramstein stattfinden.

Die Bundesregierung gießt mit ihrer Türkei-Politik Öl ins Feuer im Nah-Ost - Kriegskonflikt. Statt die Türkei aufzufordern, ihr aggressives Verhalten aufzugeben, die Souveränität Syriens zu achten und aufzuhören die Kurden in Rojava anzugreifen, paktiert sie mit der Türkei auf Kosten der Kurden und der Flüchtlinge!

In Löhne am Donnerstag, den 2. Juni um 19 Uhr in der Werretalhalle: Eugen Drewermann spricht und diskutiert zu dem Thema: „Warum Krieg?“

*Ulrich Adler
Jahrgang 1953, Verheiratet 2 Kinder
Gelernter Betonbauer, studierter Ingenieur (Architektur/Stadtplanung)
CNC-Fräser in der*



Ulrich Adler

Holzindustrie, langjähriger Betriebsratsvorsitzender in einem mittelständigen Betrieb (bis zur Stilllegung), seit 10 Jahren beim Wittekindshof in der Werkstatt für behinderte Menschen.

(WfbM) dort eine Ausbildung als Fachkraft für Arbeits- und Berufsförderung)

Seit 1989 im Rat der Stadt Löhne, 20 Jahre Fraktionsvorsitzender für die Bunte Liste Löhne, seit 7 Jahren für Die Linke im Rat der Stadt. Mitglied bei ver.di, beim Bund Religiöser Sozialisten, in der Bruder- und Schwesternschaft des Wittekindshofes und dem Rosa – Luxemburg – Club Herford.

Fluchtursachen, die uns alle angehen

Von Fokke Bohlsen

Wenn in den letzten Monaten über die Ursachen gesprochen wurde, warum Menschen ihre Heimat verlassen und nach Europa fliehen, wurden meistens der Krieg in Syrien und Flucht vor politischer Verfolgung genannt. Der Kampf gegen den IS und die Zusammenhänge bleiben meistens abstrakt, und wir fühlen uns ohnmächtig¹.

Immer wieder in Artikeln zum Thema Frieden ist in CuS schon die von Rüstungs- bzw. Waffenexporten aus der EU und Nordamerika ausgehende Gefahr thematisiert worden. Viele kriegerische Auseinandersetzungen sind erst ausgebrochen, nachdem aus Europa exportierte Waffen zur Hand waren. Es gibt zwar Bestimmungen, die den direkten Verkauf von Waffen in Krisengebiete untersagen, aber auf Umwegen finden sie dann doch ihr Ziel. Spricht man Politiker darauf an, so wird immer wieder das Argument geführt, dass etliche Arbeitsplätze von der deutschen Waffenproduktion abhängen. Diese will man nicht durch strengere Auflagen gefährden.

Ich möchte hier andere Fluchtursachen in den Blick nehmen, bei denen wir vielleicht auch Handlungsspielräume in unserem direkten Alltag erkennen können.

DIE ZEIT schrieb am 24. Oktober 2013 unter der Überschrift „Worum es wirklich geht“:

Ein Großteil der Mittelmeerflüchtlinge

stammt aus Kriegs- und Konfliktgebieten wie Syrien, Libyen oder Mali; viele Asylbewerber, ob aus dem Iran oder Äthiopien, sind politisch verfolgt. Doch viele verlassen ihre Heimat auch, weil sie ihre Familien nicht mehr satt bekommen. Laut dem Welthunger-Index, den die Welthungerhilfe diese Woche veröffentlicht hat, gibt es trotz einiger Fortschritte immer noch verbreitet Unterernährung, besonders im südlichen Afrika. Diese Misere haben nicht nur unwillige oder korrupte Regierungen zu verantworten. Sie ist auch die langfristige Folge fataler Fehlentscheidungen in Europa ...

Allerdings wird bei der Bewertung der jetzigen Flüchtlingsströme und den jüngsten politischen Entscheidungen immer deutlicher zwischen Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen unterschieden. Ich denke, es ist wichtig, dass wir als religiöse Sozialist(inn)en hier klar Stellung beziehen. Wir können in unserem Umfeld darauf hinweisen, dass eine solche Unterscheidung in „Kriegsflüchtling = guter Flüchtling“ und „Wirtschaftsflüchtling = schlechter Flüchtling“ nicht legitim ist. Wir möchten nicht nur verhindern, dass jemand erschossen wird, sondern möchten genauso verhindern, dass jemand verhungert.

Einen weiteren Handlungsspielraum gibt uns unser Konsumverhalten. Weltweit fehlt vielen Menschen das Nötigste zum Leben. Sie wären froh, wenn sie „von der Hand in

den Mund“ leben könnten. Aber sie haben meist trotz 60 oder mehr Stunden Arbeit pro Woche nicht genug Geld, um ihre Familie ernähren zu können. Auch jede(r) Einzelne von uns trifft in ihrem/seinem Umfeld immer wieder Entscheidungen für und gegen Ausbeutung. Dabei muss natürlich berücksichtigt werden, dass die finanziellen Möglichkeiten jedes Menschen sehr unterschiedlich sind, und dass es, wie Adorno es einmal ausdrückte, „kein richtiges Leben im Falschen“ gibt. Dennoch möchte ich hier ein paar Beispiele anführen, die zeigen können, dass wir doch nicht so ganz ohnmächtig sind, wie wir uns manchmal vorstellen:

Da sind beispielsweise die Altkleiderspenden, die überall in Mitteleuropa eingesammelt werden. Am 3. November 2011 schrieb DIE ZEIT einen Artikel³ über die Altkleidersammlungen von DRK, Malteser, DLRG usw. Die Altkleider landen tonnenweise auf dem afrikanischen Markt und zerstören dort die einheimische Bekleidungsindustrie. Alleine in Tansania kommen jeden Monat rund 40.000 Tonnen Altkleider aus westlichen Ländern an. Die ehemalige staatliche Textilindustrie in Tansania war dieser Einfuhr und den billigen Preisen nicht gewachsen. 80.000 Beschäftigte verloren ihren Job. Mein Fazit: Gebrauchte Kleider sind m. E. in einer lokalen Kleiderkammer in Deutschland besser aufgehoben oder können direkt den hier lebenden Flüchtlingen gespendet werden.

Aber auch beim Einkauf neuer Kleidung haben wir Einflussmöglichkeiten. Die „Christliche Initiative Romero“ (CIR) aus Münster⁴ berichtet u.a. immer wieder darüber, wie die in Deutschland verkauften Kleider weltweit zu Elend und Hunger beitragen. Die Katastrophen der letzten Jahre in den Bekleidungsfabriken in Pakistan und Bangladesch haben den Blick der deut-

schen Konsumenten nur kurz auf die unhaltbaren Zustände gelenkt. Nach kurzem moralischem Aufschrei ging die Schnäppchenjagd munter weiter. Kik, Lidl, Aldi, PUMA und besonders ADIDAS machen riesige Profite mit der Ausbeutung der Näher(innen) in ihren Zulieferbetrieben. Die CIR hat – teilweise auch mit der ARD⁵ – die unhaltbaren Zustände immer wieder angeprangert. Dabei sind die Markenhersteller über jede Kritik erhaben, weil die Kund(inn)en ja weiterhin bei ihnen einkaufen. Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) meinte vor einem Jahr bei einer Pressekonferenz, dass die Kleidung in Deutschland nur um einen Euro teurer geworden wäre, wenn die großen Bekleidungshersteller nicht in letzter Minute vom „Bündnis für nachhaltige Textilien“ abgesprungen wären⁶. Er hatte lange mit ihnen und einigen Nicht-Regierungsorganisationen an einem runden Tisch verhandelt. Trotz einiger Kompromisse war ein recht beachtliches Vertragswerk herausgekommen, aber leider war die Profitgier der deutschen Bekleidungsindustrie stärker als ihr soziales Gewissen. Wenn wir finanziell dazu in der Lage sind, können wir hier Zeichen setzen, wenn wir die großen Marken meiden. Bei der CIR sind umfangreiche Informationen erhältlich, welche Marken und Label für einen fairen Umgang mit den Arbeiter(inn)en in den Zulieferbetrieben stehen. (<http://www.ci-romero.de>) Die „Kampagne für Saubere Kleidung“ „setzt sich seit vielen Jahren für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der weltweiten Bekleidungsindustrie ein. Die Erfahrungen aus 20 Jahren zeigen, dass freiwillige Selbstverpflichtungen sowie Kontrollen durch Audit-Unternehmen die Arbeitsbedingungen und Sicherheitsstandards nicht verbessert haben.“ Sie sieht „den Mehrwert des Textilbündnis gegeben, wenn

es eindeutig messbare und von unabhängiger Stelle verifizierte Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in den Produktionsländern gibt (z.B. Stärkung der Organisationsfreiheit in den Fabriken, höhere Löhne, weniger Frauendiskriminierung, weniger Überstunden)“. Wenn wir der Ausbeutung nichts entgegen setzen, dürfen wir uns nicht wundern, wenn sich auch Menschen, denen unsere Markenhersteller keine Chance zum Leben in den Herstellerländern lassen, auf den Weg nach Europa machen. Fair gehandelte Kleidung muss nicht teuer sein. So kostet das günstigste Fair-Trade-T-Shirt in Deutschland im Einkauf nur 4,50 Euro.

Auch in der Schokoladenindustrie wird mit harten Bandagen gekämpft. Unsere Schokolade stammt zum größten Teil aus der Elfenbeinküste. Um Kakao-Schoten zu ernten, werden Kinder aus den Nachbarländern entführt. Sie können nicht zurück in ihre Heimat und können keine Schule besuchen. Nur durch die Beschäftigung der Kindersklaven kann die Schokolade bei uns so preiswert angeboten werden. Schon vor einigen Jahren hatten Journalisten diese Fakten aufgedeckt, und die Hersteller hatten versprochen, diese Missstände abzustellen. Jahre später berichtete die ARD, dass sich nichts geändert hat⁷. Nestle, Mars, Kraft usw. machen Milliarden Umsätze, sind aber zu keiner Stellungnahme bereit und lassen über ihren Dachverband mitteilen, dass sie selbst ja keine Kindersklaven beschäftigen. Unterdessen werden in den Zulieferbetrieben nach wie vor Kinder verschleppt, damit sie als Arbeitssklaven auf den Kakaoplantagen schuften. Als der Journalist den Nestle-Mitarbeiter(inne)n seine Recherchen zeigen will, holt Nestle die Schweizer Polizei. Was wird aus diesen Kindern, wenn sie erwachsen sind – ohne Schulbildung?

Eine Alternative zur Ausbeutung (nicht nur der Kindersklaven, die unsere Schokolade ernten) sind fair gehandelte Produkte (<http://www.fairtrade.de/>).

Die GEPA mit Sitz in Wuppertal ist die größte Fair-Handels-Firma in Deutschland. Was vor über 40 Jahren mit fair gehandeltem Kaffee begann und fast nur auf den „Dritte-Welt“-Tischen vor den Kirchen erhältlich war, gehört inzwischen in den meisten Supermärkten zum Standard-Sortiment. Weitere Hersteller haben das Fair-Trade Konzept übernommen.

Grundsätzlich gibt es viele Produkte aus dem fairen Handel. Außer Fair Trade-Kaffee und Schokolade auch diverse Teesorten, Marmelade, Honig, Kekse, Nüsse, Nudeln, Wein, Orangensaft, Bananen, Blumen u.v.m. Welche der Produkte wo angeboten werden, wird durch die Nachfrage geregelt.

Fragt /Fragen Sie doch bei Ihrem nächsten Einkauf einmal gezielt nach fair gehandelten Produkten! Viele Menschen weltweit werden Ihnen dankbar sein.

Abgesehen von einem bewussten Konsumverhalten haben wir eine weitere Handlungsmöglichkeit durch das aktive Wählen einer Partei, die für globale Gerechtigkeit eintritt, oder auch durch die Einflussnahme auf Politiker(innen). Eine Mail ist heute schnell geschrieben und so manche(r) Politiker(in) lässt sich davon beeindrucken. Es gibt einige Politikfelder in der EU-Politik, die die europäischen Wirtschaft fördern und die Wirtschaft der Schwellen- und Entwicklungsländer schwächen oder im Keim ersticken. Will man hieran etwas ändern, braucht man öffentlichen Druck.

„Die Zeit“ nennt in ihrem Bericht⁸ (24.10.13) weitere Fluchtursachen:

1. Die Fischzüge europäischer Trawler vor der westafrikanischen Küste. Jahrelang fischten große Fangfabriken die Fischgründe vor den afrikanischen und asia-

tischen Küsten fast leer. Einige Fischarten kommen dort kaum noch vor, und die einheimischen Fischer mussten aufgeben und die Arbeiter(innen) der Fischfabriken verloren ihre Jobs. Nun, wo sich die EU etwas aus diesem ungerechten Kampf zurückzieht, wird schnell mit dem Finger auf chinesische Trawler gezeigt, die es den EU-Trawlern nachmachen.

2. Milliarden schwere Subventionen der EU machen Getreide, Milch und Fleisch auf den Weltmärkten so billig, dass afrikanische Bauern dagegen vielerorts nicht konkurrieren können. Geflügelteile, Milchpulver, Keksrollen oder Tomatenmark aus EU-Produktion lassen in Afrika oft gar keine lokalen Lebensmittelunternehmen hochkommen.

3. Verantwortung trägt Europa überdies für den Klimawandel, der vielen Afrikanern schon heute die Lebensgrundlage raubt. Nicht zufällig kommen viele Bootsflüchtlinge aus Eritrea oder Somalia. Dort haben extreme Dürren und Fluten in den letzten Jahren Hungersnöte ausgelöst.

„Fluchtursachen bekämpfen“: Diese Forderung gehört seit Lampedusa in jede Politikerrede. Dazu passt allerdings kaum, dass laut der Entwicklungsorganisation ONE die Hilfgelder der OECD-Geber für das südliche Afrika in den vergangenen zwei Jahren erstmals wieder gesunken sind.

Konkretisieren wir einige der genannten Fluchtursachen: Was hat es z.B. mit den o.a. „Geflügelteilen“ auf sich?

In Deutschland ist das Hähnchenbrustfilet so beliebt, dass die restlichen Fleischteile billig nach Afrika verkauft werden können. Lt. „Brot für die Welt“⁹ haben deutsche Schlachtbetriebe im Jahr 2012 mit 42 Mio. Kilogramm Hähnchenfleisch die afrikanischen Märkte überschwemmt, doppelt so

viele wie noch im Jahr zuvor. Die Importe aus Deutschland zerstören die lokale Produktion und die Einkommensgrundlagen der Menschen. Darauf machte auch 3sat aufmerksam¹⁰:

Neun von zehn Hühnerfarmern in Ghana haben bereits aufgegeben. Hühnerfleisch aus Europas Agrarfabriken ist viel billiger. „Es ist der Druck aus der Europäischen Union und von der Welthandelsorganisation“, schildert Dr. King David-Amoah vom ökumenischen Netzwerk Ghana. „Sie schreiben uns genau vor, was wir machen dürfen.“ ... Ghana bekomme „einiges an Unterstützung“ aus Europa, um den Staatshaushalt zu entschuldigen. „Wenn wir diese Hilfe annehmen, ist es andererseits problematisch zu sagen, Europa darf keine Produkte wie Hühnerfleisch bei uns verkaufen.“

Tomatenmark aus Italien lässt Tomatenbauern im Senegal verarmen.

Schon am 22.05.2007 hatte es einen SPIEGEL SPECIAL zum Thema „Afrika - Das umkämpfte Paradies“ gegeben. Dort war unter der Überschrift „Not für die Welt“¹¹ Folgendes über den Senegal zu lesen:

Um einen Kredit des IWF zu bekommen, hatte das verschuldete Land neben der Auflage, die Währung abzuwerten, 1995 seinen Markt weiter für ausländische Lebensmittel geöffnet.

Quoten und Lizenzen fielen weg, die Zölle sanken bis 2001 schrittweise von durchschnittlich 34 auf 14 Prozent. Fast über Nacht verwandelte sich der Senegal in ein Paradies für Länder, die ihre landwirtschaftliche Überproduktion loswerden wollten.

Die Tomatenbauern traf das besonders hart. Sie hatten bis dahin gut leben können, weil staatliche Firmen ihre Ernten aufkauften. Tomatenmark ist, wie Huhn und Zwiebeln, eine der Hauptzutaten der traditionellen senegalesischen Küche, der Markt ist groß. Und dementsprechend interessant.

Kaum waren die Pforten Senegals geöffnet,

strömte italienisches Tomatenmark hinein. 300 Millionen Euro an Exportsubventionen zahlten die europäischen Steuerzahler allein 1997 dafür, dass die heimische Überproduktion zu Dumpingpreisen die ärmsten Länder der Welt überschwemmen konnte.

Die Senegalesen hatten der europäischen Tomatenpampe nichts entgegenzusetzen. Ihre eigenen mageren Beihilfen waren durch die Liberalisierung fast gänzlich weggefallen. Nun brach die einheimische Tomatenproduktion um 70 Prozent ein, der Preis fiel auf die Hälfte. ... Es ist absurd: Der Westen zahlt Entwicklungshilfe für die Landwirtschaften der Dritten Welt, verhindert aber gleichzeitig deren Entwicklung durch seine eigene Überproduktion. Die gleiche Summe, die die OECD-Länder jährlich an Agrarbeihilfe für afrikanische Entwicklungsländer leisten, erhalten ihre Landwirte - täglich.

2005 exportierte die EU 1150 Tonnen getrocknete Vollmilch nach Burkina Faso. Das Milchpulver kostet dort nur ein bis zwei Drittel des Preises, den die einheimischen Bauern für ihre pasteurisierte Milch verlangen müssen. Auch die Milchbauern in Sambia geben auf. Auch sie wurden von subventioniertem Milchpulver aus der EU vom Markt verdrängt¹².

Wenn die EU mit dazu beiträgt, dass viele Menschen in ihren Ländern keine Perspektive mehr haben, hat die EU dann das Recht, den Menschen, die in ihrem Elend nicht mehr wissen, wie sie ihre Familie durch bekommen sollen, das Asylrecht abzusprenken und sie als „Wirtschaftsflüchtlinge“ abzutun?

Vertiefende Literatur zum Thema:

Jean Ziegler - *Wie kommt der Hunger in die Welt? Ein Gespräch mit meinem Sohn.* Bertelsmann, München 2002,

Jean Ziegler - *Wir lassen sie verhungern: Die*

Massenvernichtung in der Dritten Welt Bertelsmann, München 2012,

- 1 Warum darf z.B. die Türkei, als Mitglied der NATO, jahrelang den IS unterstützen oder die Kurden bekämpfen die als einzige Kraft in der Region größere Erfolge beim Kampf gegen den IS erzielen konnten.
- 2 DIE ZEIT Nr. 43/2013 Flüchtlingspolitik "Worum es wirklich geht" Flüchtlinge in Europa: Die wichtigsten Fragen und Antworten. Von Christiane Grefe, Ulrich Ladurner, Elisabeth Niejahr, Sahar Sarreshtehdari und Özlem Topçu / kursiv gedruckt = Original-Zitate
- 3 DIE ZEIT Nr. 45/2011 Wirtschaftskreislauf "Das Kilo für 1,20 Dollar" Das große Geschäft mit den Kleiderspenden aus Deutschland. Von Michael Höft
- 4 Die CIR hat als Nichtregierungsorganisation diverse Kampagnen angestoßen „Kampagne für Saubere Kleidung“ (Clean Clothes Campaign, CCC), „I shop fair“ Netzwerk für ethischen Konsum usw. und betreibt (z. B. über ihr Büro in Berlin) Lobbyarbeit gegen die Ausbeutung in den Zulieferbetrieben.
- 5 Beiträge, die u.a. bei Monitor, Report München, im ARD-Morgenmagazin oder ARD-Markencheck von 1998 bis 2012 als Fernsehbeiträge zu sehen waren, thematisieren die Arbeitsbedingungen in der Textilbranche, z.B. bei der Bekleidungsproduktion für Otto, adidas, Nike oder C&A. Die Beiträge sind als DVD „Kleider machen Leute“ bei der CIR erhältlich (<http://www.ci-romero.de>).
- 6 Bundespressekonferenz zur „Gründung Textilbündnis“ mit Gerd Müller (CSU, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit) und Reiner Hoffmann (DGB-Vorsitzender) am 16.10.2014. Nachzusehen unter „Bündnis gegen Ausbeutung“

- <https://www.youtube.com/watch?v=JEETBwfIqPs>
- 7 Siehe die Dänische Dokumentation (in Zusammenarbeit mit dem NDR) „Schmutzige Schokolade“ von Miki Mistrati, die am 17.12.2012 auf ARD und am 07.01.2013 auf N3 lief (Infos finden sich auf 3sat und youtube)
- 8 DIE ZEIT Nr. 43/2013 Flüchtlingspolitik „Worum es wirklich geht“ Flüchtlinge in Europa: Die wichtigsten Fragen und Antworten. Von Christiane Grefe, Ulrich Ladurner, Elisabeth Niejahr, Sahar Sarreshtehdari und Özlem Topçu / kursiv gedruckt = Original-Zitate
- 9 Pressemeldung „Deutschland steigert Hähnchenausfuhren nach Afrika um 120 Prozent“ Afrikanische Tierhalter leiden unter EU-Fleischexporten zu Dumpingpreisen, Brot für die Welt, Berlin, 29.08.2013.
- 10 Siehe Doku „Was vom Hühnchen übrig blieb“ Geflügelreste ruinieren die Märkte in Afrika vom 21.10.2014. Von Francisco Marí. Siehe 3sat Mediathek <http://www.3sat.de/mediathek/?mode=play&obj=46962> und <http://www.3sat.de/page/?source=/nano/astuecke/122605/index.html> / kursiv gedruckt = Original-Zitat
- 11 SPIEGEL SPECIAL Geschichte 2/2007 „Afrika - Das umkämpfte Paradies“ PER-SPEKTIVEN FÜR AFRIKA - Not für die Welt Von Michaela Schießl. Weitere Infos zum Thema Ausbeutung Afrikas siehe DER SPIEGEL 19/2007 - 07.05.2007
- xii Siehe „Folgen der EU-Handels- und Agrarpolitik für Sambias Milchbauern - Ausgebremst auf dem besten Weg in Richtung Eigenständigkeit und Entwicklung“ von Germanwatch e.V. (Hsg.) Oktober 2009, Autor*innen Kerstin Lanje, Andrea Müller-Frank, Tobias Reichert, Berit Thomsen

Fokke Bohlsen, geboren 1965 in Detern-Barge/Ostfriesland. Dort auch Schule und kaufmännische Ausbildung. Zivildienst in Oldenburg, Angestellter in der Informationstechnologie in Lehrte und Münster. Mitarbeit im Vorstand des BRSD und in der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschist*innen“ (VVN BdA). Mitglied der Linken



Fokke Bohlsen

Politische Flüchtlingsdebatte befördert Rechtsentwicklung

Zu aktuellen innenpolitischen Tendenzen

Von Elmar Klink

Die Gewaltexzesse in der Silvesternacht in Köln und anderen großen deutschen Städten wie Dusseldorf, Hamburg, Frankfurt, Stuttgart, Nürnberg mit z. T. schweren kriminellen Übergriffen ausländischer Männer vor allem gegen Frau-

en, haben in Politik, Medien und Öffentlichkeit eine heftige Debatte um Flüchtlinge, Migration, Asylpolitik und öffentliche Sicherheit ausgelöst. Nicht nur die Polizei und ihre oberste Leitung, auch die zuständigen Verantwortlichen in der Politik bis in die Berliner Regierungsebene sind dabei in das Blickfeld anhaltender Kritik geraten.

Besonders rechte Protestgruppierungen wie Pegida und die Partei AfD scheinen davon am stärksten zu profitieren, die AfD mit seit Jahresbeginn deutlichen Zuwächsen in der WählerInnengunst zwischen 9 bis 19% aus dem Stand. Ihre triumphartigen Gewinne bei den hessischen Kommunalwahlen am 6.3. mit zweistelligen Ergebnissen in vielen größeren Städten lassen für die kurz bevorstehenden drei Landtagswahlen nichts Gutes erwarten.

Polizeiversagen – Schadensbegrenzung

Als Erster musste nach den Kölner Ereignissen der Polizeipräsident Wolfgang Albers die Konsequenz ziehen und sein Amt niederlegen. SPD-Innenminister Ralf Jäger, bereits wiederholt in der Kritik der Opposition, stellte sich schützend vor seine Ordnungsbeamten. In einer Sitzung des Bundestags-Innenausschusses in Berlin war von "signifikanten Fehlern bei der Einsatzführung der Polizei" und "falscher Lageeinschätzung" die Rede. Ministerpräsidentin Kraft (SPD) mühte sich, das angeknackste Sicherheitsbedürfnis in der Bevölkerung mit der Zusage zu beschwichtigen, die Polizei durch 500 zusätzliche Beamte an "Kriminalitäts-brennpunkten" zu verstärken und den Opfern von Köln Hilfe zukommen zu lassen. Kraft verwahrte sich gegen den in einer Sondersitzung des NRW-Landtags von der Opposition erhobenen Vorwurf, der Staat habe das Heft des Handelns nicht mehr in der Hand gehabt. Den politischen und polizeilichen Verantwortlichen stand Anfang Februar in Köln und anderswo am Rhein der Karneval ins Haus, daher war dringender öffentlichkeitswirksamer Handlungsbedarf angesagt. Eine demonstrative Großrazzia am 16.1. von mehreren hundert PolizeibeamtInnen, Bundespolizei und städtischen Behörden rund um den Düsseldorfer Hauptbahnhof im Migrantenstadtteil Oberbilk (sog. Maghreb-Viertel),

wo sich laut Polizei "nordafrikanische Banden" zurückziehen, stand im Zeichen der Kölner Ereignisse. Oliver Ongaro von der Düsseldorfer Flüchtlingsinitiative "Stay!" und Viertel-Streetworker kritisierte in einem "junge Welt"-Interview vom 20.1. die Aktion als völlig überzogen, als unnötiges Kesselstreben gegen eine kleine Gruppe von einigen Dutzend überwiegend jugendlichen Ausländern. Die bestehenden Probleme löse man nicht mit martialisch auftretenden Polizeistoßtrupps.

PolitikerInnen im Streit unter Zwang

Am 17.1. berichtete "Die Welt", dass in NRW Politiker wie Jäger (SPD) sowie Innenpolitiker von CDU, FDP und Grünen schon seit längerem über kriminelle Aktivitäten nordafrikanischer Asylbewerber informiert gewesen seien, wie aus einem Protokoll der Innenausschusssitzung vom 23.10.2014 und einem Bericht der Bezirksregierung Arnsberg zu entnehmen ist. Man habe aber wegen der öffentlichen Wirkung und Angst in der Bevölkerung vor Flüchtlingen offiziell Stillschweigen darüber bewahrt. Der Tübinger realogüne OB Boris Palmer, den man gewiss nicht als Ausländerfeind oder gar Rechten bezeichnen kann, spricht schon länger von einem "Diskursverbot" aus falscher Rücksichtnahme über die tatsächlichen Schwierigkeiten mit Flüchtlingen und von einem Handeln krimineller Ausländer-Gruppen in einem quasi "rechtsfreien Raum", ohne nennenswerte Konsequenzen fürchten zu müssen.

„Asylpaket II“ verabschiedet

Kanzlerin Merkel, sich selbst widerlegende Verkünderin der Parole, das Asylrecht kenne keine Obergrenze (wohl aber drastische Verschärfung!), verlangte indessen nach Köln eine "harte Antwort des Rechts-

staats". SPD-Justizminister Maas sprach angesichts solchen ungeheuerlichen Verhaltens von Menschen gar von "Zivilisationsbruch". Von der Bundesregierung kam das deutliche Maßnahmesignal, Abschieberecht und Ausweisungspraxis zu verschärfen. Nach zähen, parteiideologisch geprägten Verhandlungen innerhalb der Regierungskoalition wurde das sog. Asyl-Paket II, das eigentlich zum 1.1. schon hätte in Kraft treten sollen, am 25.2. mit der großen Mehrheit von 429 Ja-Stimmen gegen 147 Nein-Voten, davon 30 von der SPD, verabschiedet. Es beinhaltet jetzt u. a. schnellere Bearbeitungsverfahren, gesonderte Registrierzentren für Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive, eine schnellere Ausweisung straffälliger Ausländer und die Aussetzung des Familiennachzugs für zwei Jahre bei Menschen mit eingeschränktem Schutzstatus. Ein einheitlicher Flüchtlingsausweis ist in Vorbereitung. Menschenrechtsgruppen zeigten sich überdies entsetzt über die willkürliche Erklärung weiterer Länder wie Marokko, Algerien und Tunesien zu "sicheren Drittstaaten", um in sie leichter abschieben zu können. In der Sache lief beim Koalitionsstreit alles auf Flüchtlingsabwehr und lediglich Nuancen bei den Mitteln und Wegen dahin aus.

Bei einem Besuch de Maizières Anfang Februar in einem Polizeitrainingszentrum im nordafghanischen Masar-i-Sharif, wo deutsche Polizei ihre afghanischen Kollegen jetzt verstärkt in Grenzkontroll- und Überwachungsmethoden gegenüber der eigenen Bevölkerung berät und ausbildet, versicherte er das Land am Hindukusch weiterer Unterstützung mit deutscher Polizei (zur Zeit 50 AusbilderInnen) und Bundeswehr (980 SoldatInnen), verlangte dafür aber sozusagen als Gegenleistung der Bevölkerung, in der eigenen Heimat zu bleiben und nicht mit Ziel Deutschland zu flüchten, wo im Gegensatz zu vielen falschen Gerüchten nicht die er-

hofften Bedingungen herrschen würden (Wer wird's ihm noch glauben?). Die Zahl registrierter afghanischer Asylanträge war von noch 9.700 in 2014 auf 150.000 im vergangenen Jahr gestiegen.

Meinungsumschwung

Erstmals ermittelte das ZDF-Politbarometer nach den Silvester-Vorfällen in seiner Umfrage, dass 60% der Befragten die Ansicht vertreten, Deutschland könne die hohe Zahl an Flüchtlingen nicht mehr verkraften, im Dezember waren es noch 46%. Nur noch 37% halten die Belastungen für verkraftbar. Etwa jeder Dritte bekundete, die eigene Einstellung nach Köln geändert zu haben. Das Bedürfnis in der Bevölkerung nach Selbstverteidigung und Abwehrwaffen wächst seither. In zahlreichen Städten und Gemeinden bildeten sich vermehrt zweifelhafte selbsternannte Bürgerwehren, um parapolizeilich mit eigenen Schutzstreifen für "Ruhe und Ordnung" zu sorgen. Bei einer Kundgebung am 16.1. auf dem Stuttgarter Schlossplatz demonstrierten 7-8.000 Menschen unter dem Aufruf "Haltet zusammen" eines Bündnisses von 81 Verbänden und Organisationen gegen sexuelle Gewalt und Fremdenfeindlichkeit.

Nicht übersehen werden darf, dass einer sehr großen Zahl friedlicher Flüchtlinge, die staatliche Hilfe benötigen, sehr kleine, kriminell handelnde Gruppen und gewalttätige Kreise gegenüberstehen, die aber ein einseitiges Meinungsbild der Medien bestimmen und beherrschen. D. h. von den Wenigen kann und darf nicht auf die Vielen geschlossen werden. Die Prozentsätze an Straftaten sind unter Flüchtlingen und Asylwerbenden nicht höher als unter anderen Bevölkerungsgruppen. Man muss dem gegenüber auch die Zahlen seit Anfang des letzten Jahres stark zugenommener Gewalttaten, darunter Sachbeschädigungen, Brandstiftungen, tätliche Angriffe, gegen Flüchtlinge

und Unterkünfte ins Auge fassen, die eine 5-fache Zunahme auf 1.000 gegenüber etwa 200 in 2014 bedeuten. Etwa 90 Prozent davon mit rechtsextremem Hintergrund. Die hinter Gewalt-Phänomenen wie Schlägereien und Heimrevolten stehenden sozialen Probleme und alltäglichen Nöte in monatelangen Wartezeiten häufig zur Untätigkeit verurteilter Flüchtlinge verschiedener Kulturen, die in Sammelunterkünften auf engem Raum zusammen leben müssen, sind oft mehr als prekär.

Wasser auf AfD-Mühlen

Besonders für rechtsnationale und rechts-extreme Gruppierungen wie die 19.000 Mitglieder zählende AfD und Pegida musste sich das Verdachtsmoment "Ausländer" und "Flüchtlinge" als Kriminelle und das Muster der Straftaten als willkommen erweisen, ihr generell feindliches politisches Auftreten gegen Asylsuchende und Flüchtlinge pauschal bestätigt zu sehen wie auch ihre Hasspolitik damit weiter zu befeuern. Die Rhetorik dazu steigerte sich noch als die AfD-Parteivorsitzende Petry gegenüber dem "Mannheimer Morgen" erklärte, dass an der deutschen Grenze zur Abwehr illegaler Flüchtlinge notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch zu machen wäre. Hinterher relativierte sie ihre Aussage und klagte die Medien erneut lügenhafter Entstellung und Manipulation an.

Die prekäre Lage in der EU

Nach den Köln-Ereignissen hat die Slowakei durch ihren sozialdemokratischen Regierungschef Fico verkündet, überhaupt keine Muslime mehr ins Land zu lassen. In Polen hat die neue rechtsnationale PIS-Regierung die Grenzschecken für Flüchtlinge dicht gemacht. Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos ermahnte Bundespräsident Gauck in seiner Rede am 20.1. osteuropäische Länder bevormundend zur Solidarität in

der Flüchtlingsfrage und sprach damit ins Blaue hinein. Inzwischen ist auch die mazedonisch-griechische Grenze so gut wie geschlossen worden ist. Bis zu 20.000 Flüchtlinge sitzen dadurch nun auf griechischer Seite fest. Anfang März kam es wegen der katastrophalen Zustände am Grenzübergang Idomeni zu ersten Unruhen, Protesten und Ausschreitungen gegen die Grenzanlagen, denen die Polizei mit Tränengasangriffen und Gewalteininsatz begegnete. Kanzlerin Merkels Interview-Auftritt am 28.2. in der Sendung Anne Will war inhaltlich eher von gefälliger Phraseologie als wirklicher Lösungsstrategie gekennzeichnet, indem sie nach wie vor auf eine doch überwiegend als gescheitert anzusehende europäische Flüchtlingspolitik und ihre bekannte Wir-schaffen-das-Einstellung setzte. Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn dagegen beklagte kurz zuvor noch die fehlende Linie in der EU, man steuere geradewegs in die "Anarchie". Eine große Mehrheit der 28 EU-Länder setzt nur noch egoistisch auf Bekämpfung der neuen "Völkerwanderung". Man ist seit September 2015 noch zu keiner durchgreifenden gemeinsamen EU-Lösung gelangt. In Ermangelung dessen werden aus der "Not", aber auch aufgrund objektiver politischer Faktoren, nationale Alleinlösungen praktiziert, um sich vor den Rechten im eigenen Land zu retten. Von einer verbindenden Wertegemeinschaft ist längst keine Rede mehr.

Der häufig beschworenen Strategie der "Bekämpfung von Fluchtursachen" sind durchaus Grenzen gesetzt, die allein von Europa aus nicht überwunden werden können, wenn gleichzeitig der europäische und außer-europäische Rüstungsexport in die Kriegsregion Nah-/Mittelost nicht radikal gestoppt wird. Inzwischen verfügt auch der IS über deutsche Waffen. Und mehr noch wiegen als treibende Faktoren stellvertretend hinter dem syrischen Krieg das türkische Ziel der

Restauration eines "Groß Sultanats", der Hegemonialkrieg zwischen Iran und Saudi-Arabien und der schiitisch-sunnitische Religionskrieg.

Militarisierte Flüchtlingsabwehr – Politik der langen Bank

Im Zusammenhang mit ihrem Türkei-Besuch am 8.2. verkündete Merkel intern un- abgestimmt, die NATO verstärkt in den Kampf gegen Schlepper einzubeziehen. Die gemeinsame Arbeit von Frontex und türkischer Küstenwache zu unterstützen, deutsche Polizei gegen illegale Grenzübertritte in die Türkei mit einzusetzen und eine verbesserte Überwachung der Gewässer der Ägäis zu erreichen, bedeutete eine zusätzliche Militarisierung bei der Abwehr von Flüchtlingen. Auf höchster politischer Ebene von Administration wie zwischenstaatlichem EU-Ge- rangel ist ein Wirrwarr angesiedelt, der auf dem Rücken der Flüchtlinge ausgetragen wird. Die Politik vertagt sich von Konfe- renztermin zu Konferenztermin, täuscht und hält damit die Öffentlichkeit hin. Auch Schweden hat jetzt die verschärfte Abschie- bung von ca. 80.000 Asylbegehrenden "ohne Chancen" verfügt. So kann keine beschwo- rene gemeinsame Hilfe gelingen, kann das Flüchtlingsproblem in seiner europäischen Di- mension nicht bewältigt werden. Die geäu-

ßerten, keineswegs unrealistischen Zweifel vieler Menschen auf der Straße gehen zu- nehmend weiter in die Richtung, dass so die Krise kaum geschafft werden kann. Bei einer zunehmenden Zahl wächst darüber hinaus die Bereitschaft, sich für rechte Abschot- tungsparolen und "Selbsthilfemaßnahmen" zu öffnen, die dann bis zu Brandstiftungen durch sonst unauffällige BürgerInnen reichen
Bremen, 7.3.2016

*Elmar Klink
Jg. 1953; Kriegs-
dienstverweigerung
1971; Zivildienst
1976/77 im Sozia-
len Friedensdienst
(SFD); Studium der
Sozialarbeit und So-
zialwissenschaften;
verschiedene Erwerb-
stätigkeiten als
Drucker und Bil-
dungsreferent; bis Ende 2008 Verwaltungs- und
Beratungstätigkeit bei der Evangelischen Ar-
beitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerer
(EAK); aktiv in gewaltfreien Aktionsgruppen und
in der Friedensbewegung; Mitarbeit im Redakti-
onsbeirat von CuS.*



Elmar Klink

Politik der Abschottung – trauriges Kapitel europäischer Geschichts- schreibung

Einige persönliche Erfahrungen an der Basis

Von Karl Christoph Köllner

Für Badu entspricht der graue Regentag ihrer Gefühlslage. Mit Wehmut denkt sie an ihren vierjährigen Sohn, den sie

bei ihrer Mutter in Sicherheit weiß – seit der Flucht aus ihrer afrikanischen Heimat ist sie von ihrem Kind getrennt, aber wenn sie nicht geflohen wäre, hätten sie die Soldaten um- gebracht. Sie wurde gefangen genommen,

weil sie als Mitglied einer Studentengruppe gegen die korrupte Politik ihres Heimatlandes demonstrierte und sich für demokratische Strukturen einsetzte. Es war der Tag, als ein deutscher Minister mit Wirtschaftsvertretern Verhandlungen mit ihrer Regierung führten.

Immer kommen Bilder hoch von den Soldaten, die gewaltsam die Demo auflösten und die Demonstrierenden mit einem Lkw zu unterschiedlichen Orten brachten, und dann die Vergewaltigung durch die Milizengruppe. Als die Männer sich lautstark mit einem Brettspiel beschäftigten, konnte sie unter die Zeltplane des Militärzeltes durchkriechen – der erste Schritt einer langen Fluchtgeschichte – bei der Badu das Schlimmste noch bevor stand.

Leider eine von vielen ähnlichen Erfahrungen geflüchteter Menschen, dazu die schrecklichen Erlebnisse während der Flucht. Sehr viele ehrenamtlich und hauptamtlich Tätige kennen unzählige Geschichten und haben sich um ein „Wir schaffen das“ im Alltag bemüht. Aber es war und ist ein „Schwimmen gegen den Strom“ einer Politik, die mit rechtspopulistischen Äußerungen vor allem die Belastungen aufzeigt, die ein „Flüchtlingsstrom“ mit sich bringt; kaum ist von dem die Rede, was Geflüchtete belastet.

Blicköffnung

Seit mehr als 17 Jahren erlebe ich nun in Nürnberg die mich sehr bereichernden Kontakte zu Menschen, die Flüchtlinge genannt werden! In all den Jahren bestand die Hauptschwierigkeit von uns Ehrenamtlichen darin, die Hürden zu überwinden, die durch die bayrische Staatsregierung aufgelegt wurden.

Verstärkt lerne ich im Ruhestand nun die Welt kennen, ohne meine Heimatstadt zu verlassen. Die Vielfalt kultureller Be-

sonderheiten, ganz zu schweigen von den Speisezubereitungen, öffnet meinen Horizont, dazu die jeweiligen Religionen. Da ich nicht nur Politischer, sondern auch Religiöser Internationalist bin, kann ich mich von der Fülle des Göttlichen berühren lassen, immer da, wo im Alltag Gott als ein Geschehen begreifbar wird.

Zunächst geklärt

Als Ombudsmann in zwei Wohngruppen mit unbegleiteten Minderjährigen erlebe ich, dass die Jungen sehr schnell bisher unbekannt Fähigkeiten an sich entdecken. Besonders wenn sie aus einem Kulturkreis kommen, in dem eine klare Aufteilung der Geschlechter vorgesehen ist, wird jetzt Kochen und Küchenarbeit zur Selbstverständlichkeit, ebenso wie die Reinigung von Zimmern und der Nassbereiche, selbst der Umgang mit einer Nähmaschine; auch kein „Machogehabe“ in der Begegnung mit den nur wenig Jahre älteren Pädagoginnen.

Die Herkunftsfamilie ist aber immer gegenwärtig, und es war berührend, wie einmal nach einem Taliban-Anschlag in entfernter Heimat die Todesnachricht des Vaters eines Jugendlichen eine ganze Gruppe zur Solidargemeinschaft werden ließ. Es verbindet die Tiefe des Schmerzes, das Heimweh und die Ungewissheit der eigenen nächsten Zukunft.

Selbstverständlich gibt es Konflikte, auch die Auswirkung der Pubertät ist international. Auffällig ist fast überwiegend der Lerneifer und die Entwicklung persönlicher Perspektiven. Wie es mit den sehr jungen Männern weitergeht, steht noch im Ungewissen. (Zwei meiner jungen Freunde, die ich einmal als 14-Jährige mit sehr geringen Sprachkenntnissen kennenlernte, haben – ohne mein Zutun – in unter-

schiedlichen Handwerksberufen inzwischen hier den Meistertitel geschafft).

Wenigstens ein Dach über dem Kopf

Während die Jugendlichen ihre eigentliche Gefühlslage hinter cool Sein verstecken, gelingt es den Frauen nicht so leicht. Seit vier Jahren habe ich zu einer Frauengruppe Kontakt, es ist nur normale Nachbarschaftshilfe; wir treffen uns, um die deutsche Sprache zu üben und gehen zu Ämtern und Behörden. Die Gruppe ist seit Jahren fast konstant, nur ab und zu ergibt sich für eine der Frauen eine räumliche Veränderung, im Glücksfall sogar eine eigene Wohnung. Immer mehrere Frauen teilen sich einen Raum; Metallspind, Metallbett darunter, Pappkartons sind seit Jahren das, was „Privatsphäre“ ausmacht.

Ein frei gewordener Bettplatz ist nun Zahira zugeteilt worden, nachdem sie wochenlang in einer Massenunterkunft untergebracht war. Was sie wie als einen bösen Traum erlebt hat, bleibt weitgehend in ihr verborgen:

Momentaufnahme Massenunterkunft

Kriegswirren haben Zahira von ihrem Mann getrennt, beide wissen nichts voneinander. Nun ist die Frau mit vielen Menschen in der Turnhalle eines fremden, klimatisch kalten Landes untergebracht. Ihr Privatbereich ist auf eine Notliege als Schlafstelle beschränkt. Aber Schlafen ist kaum möglich wegen der vielen Geräusche, die von Mitgeflüchteten ausgehen. Und wenn sie doch einmal eingeschlafen ist, wird sie von Traumbildern aufgeschreckt: Erlebnisse vom Bombenangriff in der Heimat, schlimme Fluchterlebnisse, aber vor allem die Ungewissheit, wie es dem Ehemann geht und den Eltern, die noch irgendwo im

Kriegsgebiet leben; sind sie überhaupt noch am Leben? Tagsüber ist sie abgelenkt durch den Versuch, wenigstens die Leibwäsche irgendwie zu waschen und die Schlafstätte in Ordnung zu halten (Reinigungsgeräte und Putzmittel sind nicht ständig verfügbar, manchmal von anderen gehortet, denn in der beengten Situation ist sich jeder selbst der Nächste). "Warten, warten, immer nur warten" und nicht zu wissen, wie es weitergeht. Die Kontakte mit den von Behörden angestellten Personen empfindet Zahira als völlig unwichtige Fragerei, denn sie sorgt sich um ihre Familie; aber die Befragung kann verhängnisvoll werden, denn von anderen Geflüchteten wurde ihr geraten: „Pass auf, was du sagst, sonst wird deine Perspektive noch geringer!“

So sind die Tage und Nächte vergangen. Total erschöpft, übermüdet und kraftlos ist Zahira in sich gefangen, sie spürt sich selbst kaum noch, Decke über den Kopf und der Apathie verfallen. Nach Wochen nimmt sie selbst das Ungeziefer nicht mehr wahr, geschweige die Unordnung der Umgebung, denn das Chaos spiegelt nur ihre eigene Gefühlslage. Die schmutzigen Fensterscheiben der Turnhalle sieht sie schon lange nicht mehr. In klaren Augenblicken fragt sie sich, was aus ihr geworden ist.

Dann kommt die Übersiedelung in die andere Flüchtlingsunterkunft, und die Halle wird geräumt.

Alles was recht(s) ist

Nach Räumung der Turnhalle werden in den Reaktionen einer durchaus belasteten Bevölkerung die Aussagen eines Hausmeisters aufgegriffen, als dieser schimpfte: "Was die Flüchtlinge für einen Saustall hinterlassen, wenigsten von den Frauen hätte ich mehr Sauberkeit erwartet. Und die wollen sich dann bei uns breit machen – was

wird aus meinem Deutschland wenn die hier bleiben?"

Mit ähnlichen Äußerungen muss ich mich jetzt verstärkt auseinandersetzen. Dabei sind negative Begleiterscheinungen nur die Folge, wenn Menschen wochenlang auf engsten Raum ohne Privatsphäre und strukturiertem Alltag gehalten sind. Da werden Gewaltausbrüche zum Ausdruck von Lebendigkeit im Gegensatz zu totaler Lethargie. Systematisch werden Menschen ihrer Würde beraubt und (als „Heuschrecken“) zum „Feindbild Flüchtlinge“. Ausgrenzung durch den Rechtspopulismus regierungsbeförderter bayrischer Stammtischparolen zeigt seine Wirkung.

Immer diese K-Wörter

Es sind die K-Wörter, mit denen der afrikanische Kontinent in Verbindung gebracht wird: Katastrophen, Konflikte, Korruption, Krankheiten, Kriege, Krisen ...

Eingebunden in eine kleine Arbeitsgruppe mit Teilnehmenden afrikanischer Herkunft, kann ich mit jungen Leuten die Auswirkungen der Berliner Afrikakonferenz von 1884 mit der kolonialen Aufteilung Afrikas besprechen und die Verbrechen der gegenwärtigen neokolonialen Weltwirtschaft mit den daraus resultierenden Fluchtursachen. Neben den Ansätzen eines positiven Gegensteuerns zu gerechteren Wirtschaftsstrukturen in einigen Teilen des afrikanischen Kontinents wollen wir dem negativen Bild von Armut, Korruption, Bildungslosigkeit usw. eine realistische Darstellung entgegenstellen, trotz der politisch durchaus gewollten und gesteuerten negativen Fakten und Gegebenheiten. Es geht uns auch um die Chancen des vielfältigen Reichtums eines Kontinents, dessen überwiegend junge Bevölkerung sich auf sehr alte kulturelle Traditionen besinnen kann, nicht zuletzt durch christliche und muslimische

Missionsarbeit systematisch zerstört.

Mit dem Flüchtlingsthema bombardiert

Immer wieder mit „meinem“ Flüchtlingsthema bombardiert zu werden, wurde mir schon vorgeworfen. Aber es ist doch nicht mein Flüchtlingsthema, es betrifft uns alle, nachdem seit vielen Monaten kein Tag vergeht, in dem in den Medien dieser Sachverhalt als Schlagzeile auftaucht. Gerade nationalistische Tendenzen dürfen uns nicht in Ruhe lassen! Wenn beidseitiger Wille zur Integration nicht mit Assimilation verwechselt wird, entsteht durch gelungene Inklusion eine erfolgreiche kulturelle Bereicherung.

Nachfolgende Generationen können uns vorwerfen, dass wir die Auswirkungen des Globalen Kapitalismus und die Machenschaften einer Lobby-Republic durchaus erkannt hatten, nur sind wir dem nicht entschieden genug entgegengetreten. Auch wenn wir Zuwanderung brauchen, besteht die Angst vor unbegrenzter Aufnahme einer anonymen Masse – aber es sind ja einzelne Menschen mit einem Namen und einer Geschichte.

Nun sind wir gerade als Religiöse Sozialisten immer da in die weltweite Mitverantwortung gestellt, wo es um die Ursachen geht, demzufolge Kriege und wirtschaftliche Gegebenheiten ein Überleben nicht ermöglichen. Für mich das Bild der Einen Welt und weltweiter Geschwisterlichkeit.



Charles Köllner

„Das Unmögliche zu wollen ist die Voraussetzung dafür, das Mögliche zu schaffen.“ (Karl Liebknecht)

Charles Köllner, Jahrgang 1948, evang. Diakon

i. R., seit 1988 beim BRSD, Ökumenische Initiative Reich Gottes – Jetzt, Landesarbeitsgemeinschaft ChristInnen bei Die Linke Bayern, Religions for Peace Deutschland, Asyl- und sogen. Flüchtlingsarbeit in Nürnberg.

Mit christlichen Flüchtlingen gemeinsam Kirche sein

Von Rafael Dreyer

Migrationsgemeinden

Christinnen und Christen aus unterschiedlichen Ländern und Kulturen leben in Deutschland, seit vielen Jahren. Mit der Arbeitsmigration kamen viele von ihnen aus Asien und Südeuropa. Bürgerkriege und unzureichende Lebensbedingungen im Nahen und Mittleren Osten und Afrika bringen aktuell Christ(inn)en aus ganz anderen Kulturen nach Deutschland. Die Zahl der so genannten Migrationsgemeinden in Westfalen wächst, besonders in den großen Städten. Einheimische Kirchen sehen diese Gemeinden anderer Sprache und Herkunft oft als die „Anderen“, denen sie z.B. Räume zur Verfügung stellen für deren lebhaftes Gottesdienste und Bibelstunden. Es gibt viel Gastfreundschaft und diakonisch-motivierte Hilfsbereitschaft. Eine engere Kooperation oder gar Integration einzelner Gemeinden gibt es aber noch selten in unseren Breiten.

Gemeinsam Kirche Sein

Das ist in der evangelischen Waldenser-Kirche in Italien anders. Denn dort bemühen sich viele Gemeinden besonders in Norditalien, aber auch in Palermo, Sizilien, diese jungen Immigranten evangelischer Prägung, oft aus West-Afrika kommend, z.B. Methodisten und Presbyterianer, am eigenen Gemeindeleben Anteil zu geben. Sich zu öffnen

für deren Lieder, Rhythmen und besonders für die Menschen mit ihren Geschichten und Schicksalen, ist dort zentral. Dieser Prozess nennt sich *Essere Chiesa Insieme*, auf Deutsch „Gemeinsam Kirche sein“. Vom 23.-25. September 2016 gibt es in Haus Vilgig/Schwerte eine Konferenz zu dem Thema „Gemeinsam Kirche Sein. Impulse zur interkulturellen Arbeit in Gemeinden.“ Einen Workshop zu interkulturellen Erfahrungen in der evangelischen Kirche der Waldenser und Methodisten in Italien werde ich anbieten.

Hamid trägt jetzt ein Kreuz

Evangelische Kirchengemeinden werden auch in unserer Region in Zukunft bunter und internationaler sein. In Plettenberg gibt es seit November 2015 einen Taufkurs für 12 junge Leute aus dem Iran, mit zusätzlich zwei Übersetzern. Drei im Frühjahr und Sommer letzten Jahres getaufte Iraner(innen) unserer Gemeinde, Maria, Hamid und Puria, haben ihre Landsleute später nach und nach mit in die Gottesdienste der Christuskirche eingeladen, und auch immer wieder zum Café International. Sie können schon recht gut deutsch und helfen im Taufkurs mit dem Übersetzen zwischen deutsch und farsi (persisch). Im Familiengottesdienst am 31. Januar 2016 stellten sich die zwölf neuen Taufbewerber(innen) nun der Gemeinde vor, soweit es ging auf Deutsch. Es sind zwei Mütter, deren drei Kinder, 11, 13 und 16 Jahre alt

(zwei Mädchen und ein Junge), ein junges Paar Anfang 20 und weitere fünf Männer im Alter zwischen 22 und 45 Jahren.

Wir sahen zwei kurze Dokumentarfilme, einen über die Situation von Christen im Iran. Es herrscht dort eine strenge Christenverfolgung, die nur die alteingesessenen Christ(inn)en armenisch-apostolischen Bekenntnisses toleriert. Es darf aber niemand neu zum Glauben kommen, der Moslem ist. Wer es wagt, sich einer christlichen Gemeinde im Untergrund anzuschließen, muss täglich um sein Leben fürchten. Ein anderer Kurzfilm beleuchtete das Gemeindeleben der evangelisch-lutherischen Dreieinigkeitskirche an der Südendstraße in Berlin-Steglitz. Seit ein paar Jahren kommen dort in großen Schüben Flüchtlinge aus dem Iran und aus Afghanistan an und wollen Gemeindemitglieder werden. Eine Erfahrung, die der dortige Berliner Pfarrer Dr. Gottfried Martens gemacht hat, kann man auch in Plettenberg machen, wenn man sich mit den jungen Iranerinnen und Iranern unterhält: Etwa die Hälfte von ihnen erzählt, schon in der Heimat christlichen Gemeinden im Untergrund angehört zu haben. Sie berichten ganz detailliert von geheimen Gottesdiensten in Wohnungen. Es sei die gebildete Mittel- und Oberschicht, die komme, so meint Pfr. Martens. „Sie haben negative Erfahrungen mit dem Islam, der ihnen düster und Ängste einjagend erscheint. Die Scharia mit Auspeitschungen wirkt auf sie abstoßend“, sagt er. Mir sagte einer der Taufbewerber, er sei beeindruckt von der Liebe der Christen, die er hier in Plettenberg erlebt habe. Dass sich Iraner und Afghanen nur taufen ließen, um im Asylverfahren leichter anerkannt zu werden, glaubt Pfarrer Dr. Martens nicht. Denn mehr als 90 Prozent aller anerkannten Flüchtlinge seien seiner Gemeinde treu geblieben. Das können wir in Plettenberg auch bestätigen. Vor kurzem kochte Hamid mit seinem Sohn

für 70 Leute ein 6-gängiges Menu. So ist es auch für die Nacht der offenen Kirchen geplant, am Pfingstsonntag, dem 15. Mai gegen Abend.

„Weite wirkt“

Unter dieses Motto haben die drei evangelischen Landeskirchen in Nordrhein-Westfalen ihre gemeinsamen Aktivitäten im Themenjahr 2016 „Reformation und die Eine Welt“ gestellt. Es geht um weltweite ökumenische Verbundenheit. Der reformatorische Glaube eröffnet neue Horizonte für Fragen, die weltweit nach Antworten drängen: Wie helfen wir mit, dass vor Krieg, Gewalt und Not Geflüchtete menschenwürdige Lebensperspektiven finden? Wie tragen wir als Kirchen vor Ort und weltweit dazu bei, dass unser Leben und Wirtschaften künftig nicht auf Kosten der Armen und der Schöpfung geht? Das betrifft z.B. den Bereich des Fairen Handels. Und nicht zuletzt: Wie leben wir in einer ethnisch, kulturell und religiös bunter werdenden Gesellschaft als Christ(inn)en einladend und wo es möglich ist, gemeinsam unseren christlichen Glauben? Das versuchen wir bereits praktisch in unserer Stadt, interkulturell mitten im Sauerland. Das „Weite wirkt-Festival“ in Halle/Westfalen vom 6.-8. Mai und viele weitere Veranstaltungen dieses Jahr sollen dazu befreiende, bewegende, einladende und „fairwandelnde“ Impulse bringen. Weiteres dazu auf www.moewe-westfalen.de.

Rafael Dreyer, geb. 31.8.1972, leistete den Zivildienst mit Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in Rugby und Coventry (England) und absolvierte ein Studium in Modern European Studies am University College London, Abschluss B.A.Honours. Nach dem Studium der evangelischen Theologie in Berlin und Bonn und einer Zeit als Vikar in Bendorf/Rh. war er 2009-2011 Pfarrer der evangelischen Gemeinde der Walden-

ser und Methodisten in Palermo-Noce/Sizilien, danach zwei Jahre Pfarrer der Waldenser-Gemeinde in Riesi/Sizilien. Derzeit ist er Pfarrer der Ev. Kirchengemeinde Plettenberg in der Ev. Kirche von Westfalen (EKvW), Mitglied im Regionalen Arbeitskreis MÖWe Südwestfalen und aktiv im Freundeskreis der Waldenserkirche e.V. in Rheinland und Westfalen. Sein Arbeitsschwerpunkt, auch als Referent der MÖWe, ist die interkulturelle Gemeindearbeit, „Gemeinsam Kirche Sein“, mit Flüchtlingen. Er ist Leiter der Steuer-

ungsgruppe der Fairtrade-Stadt Plettenberg. Verheiratet ist er mit Esther Afia, geb. Kwakyewaa, die in Ghana aufgewachsen ist; ihre Tochter heißt Sara Ofeibea.



Rafel Dreyer

Interview von Jürgen Schübelin mit Lourdes Sánchez und Juan Pablino Insfran

Arbeit von Kindern in Bolivien

Selten hat ein Thema die Community der internationalen Entwicklungs- und Kinderrechtsorganisationen so aufgewühlt und gespalten, wie die Entscheidung des bolivianischen Parlaments, in dem am 3. Juli 2014 in La Paz verabschiedeten neuen Kinder- und Jugendgesetz Kinderarbeit nicht mehr generell zu verbieten. Umstritten ist vor allem, dass der bolivianische Staat unter bestimmten Umständen – und unter zahlreichen Einschränkungen – die Arbeit von Kindern ab dem zehnten Lebensjahr zulässt. Vor allem die internationale Arbeitsorganisation ILO läuft gegen diese – aus ihrer Sicht völlig unakzeptable – Aufweichung der Internationalen Konvention gegen Kinderarbeit Sturm. Ende Mai, Anfang Juni besuchte eine kleine Delegation der Lateinamerikanischen Bewegung Arbeitender Kinder (MOLACNATS) – unter anderem mit Unterstützung der Kindernothilfe – das Europäische Parlament und die EU-Kommission in Brüssel, um ihre Sicht auf das Gesetz zu erläutern. Sie nahmen darüber hinaus an einem von Kindernothilfe und Terre des hommes organisierten Fachhearing der Deutschen Wel-

le in Bonn und an Beratungen rund um die diesjährige ILO-Generalversammlung in Genf teil. Im CuS-Gespräch mit Jürgen Schübelin, der bei der Kindernothilfe als Referatsleiter für Lateinamerika und die Karibik arbeitet, erläutern zwei der Jugendlichen ihre Position zu dem kontroversen Thema.

CuS: Warum ist es aus Eurer Sicht überhaupt notwendig, dass Kinder arbeiten dürfen? Wäre es nicht wichtiger, für das Recht aller Kinder, zur Schule gehen zu können, zu kämpfen?

Lourdes Sánchez, Potosí (17): In ganz vielen Fällen können Kinder in Lateinamerika eben nur deshalb zur Schule gehen, weil sie nebenbei, tagsüber oder abends, an den Wochenenden und in den Ferien arbeiten. Nur so bekommen die Familien das Schulgeld, die Mittel für die Schuluniformen und die Unterrichtsmaterialien zusammen. Kinderarbeit, die Mädchen und Jungen daran hindert, am Unterricht teilzunehmen, lehnen wir ganz entschieden ab.

Juan Pablino Insfran, Asunción (17): Aber es ist ganz wichtig, dass sich Schulen und Lehrer besser auf die Bedürfnisse von arbei-

tenden Kindern einstellen. Wir brauchen Unterrichtszeiten, die es ermöglichen, Schule und Arbeit unter einen Hut zu bringen. Und es ist wichtig, dass in der Schule die Lebensleistung und die Erfahrung von Kindern und Jugendlichen, die arbeiten müssen, wertgeschätzt werden. Da fehlt in Lateinamerika noch ganz viel.

CuS: Was ändert sich konkret durch das vom bolivianischen Staat verabschiedete Gesetz - und was sind die Auswirkungen auf arbeitende Kinder?

Lourdes: Zum allerersten Mal überhaupt übernimmt der Staat Verantwortung gegenüber Kindern, die arbeiten müssen – und zwar nicht einfach, indem er Kinderarbeit verbietet, sondern, indem er klare Bedingungen setzt, Institutionen beauftragt, sich um die Belange der arbeitenden Kinder zu kümmern – und auch klipp und klar sagt, was überhaupt nicht geht, nämlich Kinder auszubeuten – oder für Arbeiten einzusetzen, die ihre Gesundheit, ihre Würde und ihr Recht auf Bildung verletzen. Ich finde zum Beispiel ganz wichtig, dass das Gesetz bestimmt, dass nach 22 Uhr nirgendwo in Bolivien ein Kind oder ein Jugendlicher mehr arbeiten darf. Dass für Mädchen und Jungen ab 14 Jahren der gesetzliche Mindestlohn bezahlt werden muss, ist ebenfalls neu und ein Fortschritt.

CuS: Halten sich die Arbeitgeber an dieses Gesetz, das ja jetzt seit fast einem Jahr in Kraft ist?

Lourdes: Das müssen wir erst noch sehen. Das Gesetz wurde zwar im Juli letzten Jahres verabschiedet, aber erst seit Kurzem gibt es jetzt auch die Ausführungsbestimmungen. Wir werden vermutlich erst in einigen Jahren sagen können, ob unsere Erwartungen wirklich erfüllt wurden. Worauf es jetzt ganz entscheidend ankommt, ist, dass die Kinder- und Jugendämter bei den Kommunalverwaltungen, die ja bei der

Umsetzung des Gesetzes und als Ansprechstellen für arbeitende Kinder eine ganz wichtige Rolle spielen, ganz schnell mit ausreichend Geld ausgestattet werden, um funktionieren zu können und dass dort dann auch Leute sind, die für diese Aufgabe wirklich ausgebildet wurden. Wir alle wissen, dass wir weiter für unsere Rechte kämpfen müssen und uns nichts geschenkt wird.

Juan Pablino: Uns gefällt, dass in Bolivien der Staat nicht länger die Augen vor der Realität der arbeitenden Kinder und Jugendlichen verschließt, sondern mit diesem Gesetz auch zugibt, dass es wegen der Armut und den extrem ungleichen Chancen auf unserem Kontinent noch viele Jahre dauern wird, bis Kinder nicht mehr zum Familienunterhalt beitragen müssen. Aber das Gesetz erkennt endlich auch die Leistung und den Beitrag der arbeitenden Kinder und Jugendlichen an und bringt ihnen Wertschätzung entgegen. Das haben wir so zuvor noch nirgendwo erlebt.

CuS: Es kommt ja immer noch nicht so oft vor, dass – wie in diesem Fall – Regierungsmitglieder, sogar der bolivianische Präsident, direkt mit Kindern und Jugendlichen über den Inhalt eines Gesetzes verhandeln. Hattet Ihr dabei das Gefühl gehabt, in jeder Phase ernst genommen zu werden?

Lourdes: Ehe es überhaupt zu Gesprächen kam, haben wir uns monatelang vergeblich zu Wort gemeldet, sind immer wieder umsonst nach Cochabamba und La Paz gefahren, ohne angehört zu werden. Und wir mussten auf die Straße gehen, Demos organisieren. Dabei ist die Polizei auf uns losgegangen. Das war richtig heftig. Erst ganz zum Schluss konnten wir dann doch noch unsere Argumente vortragen – und erleben, dass unsere Forderungen aufgegriffen wurden. Wir wollten von Anfang an, dass

uns der Staat vor Ausbeutung und gefährlicher Arbeit schützt – aber auch den Rahmen setzt, um durch unsere Arbeit unsere Familien unterstützen zu können.

CuS: Die internationale Arbeitsorganisation – aber auch eine Reihe von Kinderrechtsexperten – kritisieren, dass durch das bolivianische Kinder- und Jugendgesetz die ILO-Konvention 182 über die „schlimmsten Formen der Kinderarbeit“ aufgeweicht – und einfach ein in die falsche Richtung gehendes, leicht mißzuverstehendes politisches Signal gesetzt würde. Wie begegnet Ihr diesem Einwand?

Juan Pablino: In meiner Heimat, in Paraguay, müssen Kinder, die gezwungen sind, etwas zum Lebensunterhalt ihrer Familien beizutragen, ganz oft an Polizisten Schmiergelder bezahlen, um beispielsweise als Schuhputzer oder Lastenträger auf dem Markt in Ruhe gelassen zu werden. Das war früher auch in Bolivien immer so – und wir kennen derartige Praktiken auch aus anderen lateinamerikanischen Ländern, in denen Kinderarbeit offiziell verboten ist. Hallo – ist das etwa ok? Wir erwarten von der ILO, – das sind ja ganz oft Leute aus Gewerkschaften – dass sie uns erst einmal zuhören und dann mit all ihrer Erfahrung und ihrem Fachwissen mithelfen, um das, was in dem bolivianischen Gesetz an Schutzregeln für Kinder festgelegt wurde, umzusetzen, zu verbessern und nachzuhalten. Und wir brauchen auch in anderen lateinamerikanischen Ländern ein Umdenken bei den politisch Verantwortlichen: Wir wollen Schutz vor Ausbeutung, Unterstützung beim Einfordern unseres Rechts auf Bildung – und Anerkennung für das, was wir leisten.

Lourdes Cruz Sánchez ist 17 Jahre alt. Mit zehn Jahren hat sie als Küchenhilfe begonnen, zu arbeiten. Zwischendrin war sie Zeitungsver-

käuferin, Grabsteine-Putzerin auf dem Friedhof von Potosí, heute arbeitet sie als Näherin und studiert Soziale Arbeit. Sie ist Sprecherin der bolivianischen Bewegung arbeitender Kinder (UNATsBO) und war an den Verhandlungen mit Präsident Evo Morales über das neue Kinder- und Jugendschutzgesetz beteiligt.

Juan Pablino Insfran Aldana ist ebenfalls 17 Jahre alt. Er arbeitet als Schuhputzer auf dem zentralen Busbahnhof von Asunción, Paraguay und ist einer der Sprecher der Lateinamerikanischen Bewegung der arbeitenden Kinder und Jugendlichen (MOLACNATS). In diesem Jahr wird er seinen Sekundarschul-Abschluss machen und möchte danach Kommunikationstechnik studieren.

Jürgen Schübelin ist 60 Jahre alt, von Beruf Sozialwissenschaftler (M.A.) und außerdem gelernter Tageszeitungs-redakteur (Badische Zeitung, Freiburg). Er hat 12 Jahre lang in Lateinamerika als Entwicklungshelfer für



Jürgen Schübelin

EIRENE, Brot für die Welt und die AGEH gearbeitet, war nach seiner Rückkehr nach Deutschland anderthalb Jahre als Redakteur beim „Überblick“ in Hamburg tätig, ehe ihn die Kindernothilfe im Oktober 1999 zu ihrem Lateinamerika- und Karibik-Referatsleiter berief. Mitglied beim BRSD ist er ebenfalls seit 1999 – und lebt mit seiner Frau, die von Beruf Stadt-Geographin ist, und seiner schon erwachsenen Tochter, die an der Uni Duisburg-Essen studiert, in Duisburg. In der Regel ist er viermal im Jahr im Auftrag der Kindernothilfe in Lateinamerika im Zusammenhang mit Partner- und Projektbesuchen unterwegs.

REZENSIONEN

Von Engeln, Schlangen und einer herausfordernden Botschaft

Geheimnisse des Christentums

Renate Schoof: Geheimnisse des Christentums. Vom verborgenen Wissen alter Bilder

Patmos Verlag, Ostfildern 2014

ISBN 978-3-8436-0545-8

(Print)

ISBN 978-3-8436-0545-5

(eBook)

Von Hermann Häring

Heilige Bücher können ihre heilsame Kraft nur entfalten, wenn ihre Geschichten symbolisch verstanden werden.“ Dieses Programm sollte allen zu denken geben, die neu nach dem Sinn, auch nach der politischen Kraft der Religionen fragen. Es ist ein Gegengift gegen christliche Fundamentalisten wie muslimische Fanatiker. Er lenkt nicht in eine entkräftete Innerlichkeit ab, sondern kann politisch wirksame Gegenkräfte freisetzen. „Geheimnisse des Christentums“ lautet der Titel dieses ungewöhnlichen und reich bebilderten Buches. Dabei legt es nicht die christlichen Glaubenslehren wieder einmal aus, sondern stößt in eine tiefere Ebene vor. Es greift weit auf den universalen Schatz von Bildern und auf ein Menschheitswissen zurück, das die

Bibel in einen breiten Strom religiösen Ur-Wissens einbindet. Es kommt schon in fernöstlicher Menschenkenntnis, bei Babyloniern, Sumerern und in Ägypten zum Tragen und erfährt in der vorchristlichen griechischen Kultur nicht unbedingt heilsame Transformationen. Die Autorin bespricht nur wenige, aber zentrale und differenziert interpretierte Bildwelten, die den Durchschnittslesern oft nur als religiöser Beischmuck gegenwärtig sind. Auf deren Schlüsselfunktion macht das Buch nachdrücklich aufmerksam.

Der Reigen beginnt mit der Christgeburt, über alle dogmatischen Auslegungen hin ein Bild für die Öffnung unserer Herzen zur Gottheit selbst, verstanden als ein Weg zur inneren Freiheit, ohne die unsere äußere, politisch zugesicherte Freiheit nicht zu verstehen ist. Einen ganzen Kosmos von Impulsen eröffnen die Kapitel zu den Erzengeln und Engelhierarchien. Im Rückgriff auf vor- und außerbiblische Erinnerungen eröffnen sie einen Zugang zu inneren Geist- und Machterfahrungen, die gemäß der Autorin heute noch zum furcht-





losen Kampf im Namen der Gerechtigkeit ermutigen können. Höchst spannend und auf über 50 Seiten dargestellt sind die verschlungenen Wege, auf denen die Schlange, im alten Babylon und Ägypten, der griechischen Kultur, dann natürlich in der Bibel erscheint: einmal Verführerin, dann aber als Lebenszeichen, und als heilende Lebenskraft. Wer käme auf die Idee, diese Symbolwelt – mit all ihrer Kritik an einer patriarchal deformierten Religion – bis auf Gustav Klimts Danae auszuweiten.

Dieser in leicht zugänglicher Weise entfaltete Symbolreichtum verleiht den kürzeren Kapiteln zum Christusweg eine neue Tiefe und den Ausführungen zu den drei Marien (als Mutter, verstehende Freundin und Gefährtin) einen besonderen Glanz. Eine feministisch orientierte Leserschaft wird an ihnen ihre besondere Freude finden.

Bei der Lektüre des Buches stellt sich natürlich die Grundsatfrage: Wie ist heute mit religiösen Texten umzugehen? Viele mögen erstaunt sein. Wir haben uns angewöhnt, die biblischen Zeugnisse mit historisch-kritischem Blick zu lesen. Er ist nicht falsch, aber offensichtlich unzureichend, wenn wir die Vieldimensionalität und die existenziellen Zumutungen der religiösen Schriften entdecken wollen.

Soll die universale, alle Kulturen durchziehende Botschaft deutlich werden, die alle uns bekannten großen Religionen prägt, braucht es diese psychologisch orientierte Symbolinterpretation. Ihre Botschaft strebt keinen Rückzug in eine Geisterwelt an, die von beliebigen Fantasien und dunklen Erfahrungen durchsetzt ist. Sie stellt vielmehr heilbringende, unserem Leben zutiefst verbundene Symbole bereit, die alles Beschreiben und Verfügen überschreiten, weil wir selbst Teil dieser Symbole sind, und mehr denn je ist darüber nachzudenken, ob nicht auch politische Erneuerung neu aus einer solchen Tiefe schöpfen muss, wenn sie denn nachhaltig wirken und die Welt verändern soll.

Dies gilt auch für eine genuin christliche Interpretation unserer Erinnerungen an den menschenfreundlichen Nonkonformisten Jesus von Nazareth. Es kann nicht mehr darum gehen, Jesus als den exklusiven Heilbringer darzustellen. Sein vermeintlicher Überlegenheitsanspruch war ja jahrhundertlang die Grundsünde christlicher Verkündigung. Zu zeigen ist, dass Gestalt und Geschichte Jesu genau in diesem universal religiösen Sprach- und Symbolstrom stehen, zu dem dieses Buch einen Zugang eröffnet. Anders gesagt: Es ist

gut, historisch-kritisch über Handeln und Botschaft Jesu zu forschen, doch mit den gängigen exegetischen Methoden ist der Zugang zu ihm noch lange nicht ausgeschöpft. Neben Fragen an eine protokollierbare Geschichte sind auf gleichem Niveau Fragen an unser hineinverwobenes Selbst zu stellen.

Von großem Wert ist die

reiche Bebilderung des Buches. So kann es geradezu zum Buch der Betrachtung werden. Natürlich ist die mehrheitliche Schwarz-Weiß-Wiedergabe ökonomischen Zwängen geschuldet. Wie wäre es, wenn der Verlag die Bilder dem Buch in Originalfarben auf einer CD-Diskette beifügte?

Christlich motivierter und geprägter Anarchismus

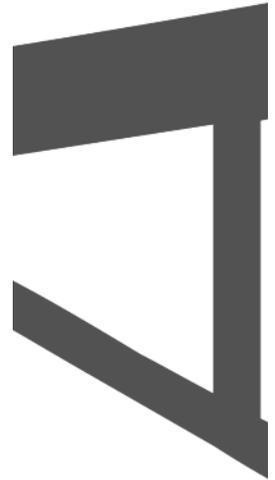
Von Elmar Klink

Sebastian Kalicha (Hg.): Christlicher Anarchismus. Facetten einer libertären Strömung. Verlag Graswurzelrevolution, Heidelberg 2013, ISBN: 978-3-939045-21-2, 192 S.

Nimmt man zum Vergleich ein thematisch ähnlich angelegtes Buch von 1988 zur Hand, so klang damals im Titel "Christentum und Anarchismus. Beiträge zu einem ungeklärten Verhältnis" im Unterschied zu dem hier vorliegenden aktuellen Untertitel noch eine deutliche Unbestimmtheit an, der der Hrsg. Jens Harms und verschiedene sehr unterschiedliche AutorInnen damals nachgingen und nachspürten. Anderes scheint der Fall zu sein bei dem 2013 erschienenen Sam-

melband des österreichischen Herausgebers. Für ihn dürfte ausgemacht sein, dass es so etwas wie einen "christlichen Anarchismus" als hervorgetretene geistige wie materielle Strömung im Anarchismus gibt, wofür er erstmalig neuere Beispiele und ProtagonistInnen gefunden und zusammengetragen hat und diese im Buch in einzelnen Autoren-Artikeln vorgestellt und gewürdigt werden. Sebastian Kalicha ist dabei auch gleich sein eigener Rezensent, denn in seiner Einleitung liefert er zusammenfassende Inhaltsbeschreibungen der einzelnen Beiträge, die man bestenfalls übernehmen könnte. Darum seien hier neben der Chronistenpflicht skizzenhaft noch einige weitere Aspekte der Thematik angesprochen und hervorgehoben.

Beispielhaft ins Licht ge-



tliche
chism

AG
WURZELREVOLUTI



rückt wird als zentrale Gewährsgestalt des Herausgebers die Person und das Wirken des französischen gewaltfreien Anarchisten und Theologen Jacques Ellul (1912–1994). Einst aktiv in der südfranzösischen Resistance, posthum Träger des Titels eines “Gerechten unter den Völkern“, langjähriges Nationalratsmitglied der Reformierten Kirche Frankreichs und engagiert in der Ökumene, weist der Umfang seines geistig-humanistischen Bestrebens und seiner philosophischen Bedeutung allerdings über die ihm im Buchbeitrag zugemessene Rolle hinaus. Der Autor Lou Marin konzentriert sich neben einem kurzen biografischen Abriss im Wesentlichen auf die bedeutende Abhandlung Elluls “Anarchie et christianisme“ des Jahres 1988 (nicht übers.). Dagegen hinlänglich literarisch bekannt dürfte vielen am Thema Interessierten die große christlich-anarchistisch oszillierende Lichtgestalt des Leo Tolstoi sein, der als Zeuge wie kaum ein anderer für ein sowohl anarchistisch interpretiertes als auch praktisch gelebtes Christsein stehen dürfte. Er wird zwar in einzelnen Aussagen und Beiträgen des Buches immer wieder gebührend erwähnt und steht wie eine einzigartige Ikone im Hintergrund der Thematik, aber der Heraus-

geber verzichtete wohl ganz bewusst darauf, ihm noch eine eigene Betrachtung zu widmen. Der inhaltlichen Qualität tut dies freilich keinen Abbruch, dafür steht Ellul im weit zeitgemäßeren Fokus für heutige LeserInnen, dessen nur z. T. übersetzte Werke “Leben als moderner Mensch“ (dt. 1958), “Von der Revolution zur Revolte“ (dt. 1974) oder “Verrat am Abendland. Geist und Ungeist im Widerstreit“ (dt. 1978) nur wenigen bekannt sein dürften.

Und es treten Aspekte stärker in den Vordergrund wie etwa die Auslotung der “Dimensionen libertärer Exegese“ (S. Kalicha) oder die Bergpredigt als libertär interpretiertes christlich-anarchistisches Manifest (Alexandre Christoyannopoulos). Der Blick richtet sich des Weiteren auf christlich-anarchistische Bewegungen wie Christi-Anarchy in ihrer subversiv-spirituell ausgerichteten Politik (Dave Andrews) und auf das Lebenswerk zweier maßgeblicher RepräsentantInnen der basischristlichen Catholic Workers, Dorothy Day und Ammon Hennacy (Tim Cornell). Dieses ausgewählte Themenspektrum zeugt bereits von einem weit verzweigt festgestellten Profil der Thematik, die dennoch einen eindeutigen Schwerpunkt aufzuweisen hat: den Zu-

sammenhang aufzuzeigen und zu belegen zwischen Gewaltlosigkeit, Anarchismus und Christentum. Hierfür stehen inhaltlich besonders der bereits erwähnte Beitrag im Abschnitt "Biblischer Anarchismus" über Jacques Ellul und über die Bedeutung der Böhmischen Brüder im 15. Jhdt., verdeutlicht an der Gestalt Peter Chelcickys und der Ketzertadition eines gewaltfreien Anarchismus (S. Kalicha und Gustav Wagner).

Dieser Ansatz macht eigentlich auch das Verdienst und den Reiz dieser Sammlung aus. Denn zur Genüge hätte sich der Herausgeber in Varianten auf ein hervorstechendes Merkmal von Neuem verlegen können, das bislang das Verhältnis des Anarchismus zum Christentum als ein ausgewiesenes antiklerikales, religionsfeindliches, agnostisches charakterisiert. Ni Dieu – Ni Maître, weder Gott noch Herr, so lautete der programmatische Titel einer Zeitung, die von dem französischen libertären Sozialisten und Aktivisten der Pariser Commune, Louis Auguste Blanqui, noch am Ausgang der politischen und sozialen Kämpfe des 19. Jahrhunderts begründet wurde. Da gab es in Deutschland schon lange den Junghegelianer Johann Caspar Schmidt, genannt Max Stirner, der in seiner individuellen Anarchismus be-

gründenden philosophischen Programmschrift "Der Einzige und sein Eigentum" (1844/45) seine "Sach' auf nichts gestellt" wissen wollte, schon gar nicht die einer transzendierenden Religion. Im alles überstrahlenden Licht stand zu jener Zeit die profunde materialistische Religionskritik Ludwig Feuerbachs (Über das Wesen des Christentums, 1841), konstituierend auch für Marxens zwiespältig-ablehnende Beziehung zum Thema Religion. Nicht zu vergessen die Titanen antireligiöser anarchistischer Pamphlete und schonungsloser Analyse „verwerflichen Gottglaubens“: Michail Bakunin („Gott und der Staat“) und der libertäre Linkssozialist Johann Most („Die Gottespest“). Erinnert sei auch daran, dass in der Blüte des spanischen Anarchismus, in dessen konkreter syndikalistischer Ausprägung gegen die faschistische Militär-Usurpation Francos im spanischen Bürgerkrieg (1936-1939), Kirche und Klerus als oftmals enge Verbündete des braunen Terrors von den Anarchisten in Todfeindschaft bekämpft und z. T. mit grausamen Racheexzessen verfolgt wurden. Im Kontrast zu all dem Vergangenen steht in Kalichas Buch das Interesse an einem christlich motivierten Verständnis anarchis-





tischer Theorie und Praxis, dem ebenfalls ein eigener Themenbeitrag (Simon Moy- le) gewidmet ist.

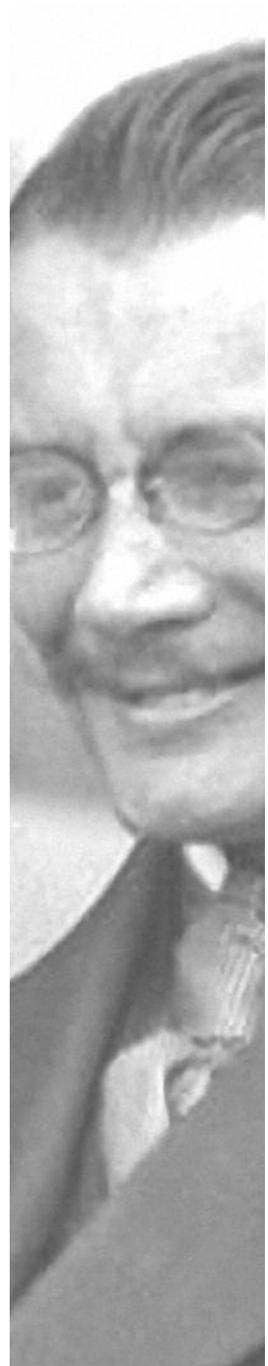
Nach der sog. Konstantinischen Wende im 4. Jahrhundert n. Chr. wurde das zuvor verfolgte Christentum zur rettenden Staatsreligion des untergehenden Römischen Reiches und ging damit für lange Zeit eine verhängnisvolle weltlich-sakrale Verbindung und Verschmelzung ein. Sie wurde, ausgestattet mit weltlicher Macht und Herrschaft, nun selbst zu einer abweichenden, christliche wie wissenschaftliche Auffassungen und andere Religionen verfolgenden wie bekämpfenden (Kreuzzüge) Überinstitution. Ihre schlimmsten Auswüchse hatte sie im Mittelalter als sog. „Heilige Inquisition“ und bei der Ausrottung ganzer Natur- und Kulturvölker im Zuge der Conquista des lateinamerikanischen Kontinents und der Missionierung im Schlepptau der weltweiten Kolonialisierung zu verzeichnen. Erst mit der teilweisen Befreiung und Emanzipation des gläubigen Kirchenvolkes von der päpstlich-römischen Allmacht und Unfehlbarkeit am Beginn der europäischen Revolution durch Luthers Reformation, die zur bis heute andauernden Kirchen- und Konfessionsspaltung im Christen-

tum führte, kamen neue Impulse auf, wurden neue Wege eröffnet, die einzelne Gruppen von Gläubigen in die Lage versetzte, sich aus totaler geistiger Bevormundung und klerikaler Lenkung zu lösen. Doch auch die etablierte Reformation wiederum wandte sich bald gegen ihren „linken Flügel“, verfolgte schließlich Andersgläubige als Ketzer und Abtrünnige, die sich in einzelne Strömungen auf- und abspalteten, darunter ab dem 16. Jahrhundert in Holland die Mennoniten und ab dem 17. Jahrhundert zuerst in England die Quäker. Wegen ihres strikten Pazifismus und ihrer rebellischen Staatsabgewandtheit werden sie zu den sog. „Historischen Friedenskirchen“ gezählt. Leider fehlt dem Band ein Beitrag, der solchen historischen Aspekten der Thematik wie z. B. dem sozialrevolutionär erweiterten Reformationsverständnis Thomas Müntzers, dem „Heiligen Experiment“ des Jesuitenstaates in Paraguay (18. Jahrhundert) oder den anarchistischen Einflüssen auf die von dem protestantischen Theologen Eberhard Arnold begründeten christengemeinschaftlichen „Bruderhöfe“ des frühen 20. Jahrhunderts genauer nachgehen würde.

Schließlich sei noch vermerkt, dass der tiefe Zweifel,

den die philosophische Aufklärung und Moderne in Gestalt des Humanismus und nichtchristlichen Existenzialismus gegen die Einzwängung des Menschen in ein dogmengestricktes und -verstricktes Religionskorsett gesetzt hat, jedem und jeder Suchenden nach wie vor überzeugende Argumente für agnostisch-kritische Religionsablehnung an die Hand gibt. Sehr deutlich geschieht dies z. B. in der „Philosophie des Absurden“ des in neuerer Rezeption in enge Verbindung mit dem Anarchismus gebrachten französischen Schriftsteller-Philosophen Albert Camus (1913–1960). In dessen schmalem Hauptwerk „Der Mythos von Sisyphos“ (1944) spricht aus dem Abschnitt über das sich fast wie besessen mit dem Christen-

tum auseinandersetzen-
de Werk Dostojewskis, jenem vielleicht gläubigsten aller literarischen Gottesleugner, die Nähe zu anarchistischem Denken. Als Fazit lässt sich gewiss mit einiger Berechtigung von einem christlich motivierten und geprägten Anarchismus sprechen, nicht aber davon, dass es jemals so etwas wie ein „anarchistisches Christentum“ geben könnte. Denn die Verwirklichung der Idee und Lehre der Anarchie im Christentum, wie sie in den Gleichnissen und der Bergpredigt Jesu bereits anklingt und im Handeln zentraler Romanfiguren Dostojewskis immer wieder aufscheint, wäre dessen Aufhebung als über Menschen Macht habende und ausübende Institution.



10-jähriges Jubiläum

Ich bedanke mich beim BRSD e.V.
für die langjährige und vertrauens-
volle Zusammenarbeit!

Editorial-Design

Kreativ-Schmiede
Thomas Biedermann

<http://www.kreativ-schmie.de>

Religiöser und ethischer Sozialismus – Hermann Cohen

Von Elmar Klink

Hermann Cohen – ein Lesebuch
Hrsg. von Dr. Bernd G. Ulbrich
und Albrecht Lindemann
im Auftrag der Ev. Landeskirche
Anhalts
200 Seiten, 19,95 Euro
Dessau-Roßlau 2012
ISBN 978-3-00-040170-1

Am 22.11.2012 hielt in der mitteldeutschen Kleinstadt Coswig Hartwig Wiedebach vom Hermann Cohen-Archiv an der Universität Zürich einen Vortrag mit dem bemerkenswerten Titel "Ich bestreite den Hass im Menschenherzen" – Hermann Cohens religiöser Sozialismus. Leider liegt ein nachlesbares Manuskript des anhand von Stichworten frei gehaltenen Vortrags nicht vor, was zu wünschen gewesen wäre. (Siehe dazu Pierfrancesco Fiorato/Peter A. Schmid (Hg.): "Ich bestreite den Hass im Menschenherzen": Zu Hermann Cohens Begriff des grundlosen Hasses. Schwabe-Verlag, Basel, Februar 2015, br., 180 S.). Zeitgleich stellte die Evangelische Kirche Anhalts ein Lesebuch vor zum Werk des am 4. Juli 1842 in Coswig/Anhalt geborenen, jüdisch-liberalen Philosophen Hermann Cohen, von dem

hier die Rede ist. Besonders zwei Abschnitte darin interessieren näher: Kap. III: Juden und Deutsche, Antisemitismus (S. 45-75) und IV: Ethik, Sozialismus (S. 77-104). Weitere Kapitel sind überschrieben mit: Ein Jude aus Coswig; Philosophie, Wissenschaft, Vernunft; Ästhetik, Literatur, Musik; Das Spätwerk; Die Persönlichkeit.

Bei nahezu identischer Lebensspanne weist bei Cohen bis zu seinem Tod 1918 vordergründig nichts auf eine vergleichbare Berührung seines Werks mit Anfängen und Grundlinien des religiösen Sozialismus bei Christoph F. Blumhardt (1842–1919) und folgend ab 1906 bei Hermann Kutter und Leonhard Ragaz in der Schweiz hin. Eine wohl bis heute gegenseitig anhaltende "Rezeptionslücke". Gleichwohl unternahm die sog. Marburger Schule, für die der Kant-Neuinterpret Cohen neben Paul Natorp, Friedrich Albert Lange, Karl Vorländer u. a. mit begründend steht, einen beachtlichen Versuch, basierend auf Kants idealistisch-kategorischer Vernunft-philosophie ein soziales und politisches Konzept zu entwerfen, das dem Verständnis eines freien, nicht dogmatischen Sozialismus durchaus nahe kam



und unter der Bezeichnung "ethischer Sozialismus" bekannt wurde..

Das Werk Cohens reicht von geschichts-, religions-, erkenntnis-, kulturphilosophischen bis hin zu kunstästhetischen Themen, umfasst überdies ein dreibändiges System der Philosophie. Seine Kommentare zum talmudischen Begriff des "grundlosen Hasses" faszinierten und irritierten gleichermaßen die damalige Leserschaft. Die Anlage des sorgfältig erarbeiteten und bibliophil in Hardcover gebundener Form edierten Lesebuches versucht der Breite des Werkes in einzelnen thematisch klar gegliederten Paragraphen-Kapiteln gebührend Rechnung zu tragen. Auf biografisch und sachlich erläuternde Einführungen der beiden Autoren zu den einzelnen Kapiteln folgen jeweils diesen entsprechende Auszüge aus Briefen, Texten und Werken Cohens. Auswahlbibliografie, Personenregister und Lebens-Zeugnisse ergänzen den Inhalt. Zu Wort kommen dabei bekannte und weniger bekannte Personen, die wie Natorp Cohen auch universitätsfachlich nahe standen. Oder die wie José Ortega y Gasset, Boris Pasternak, Kurt Eisner, Gershom Scholem in ihrem Leben beeindruckende und prägende Begegnungen als Studenten in Marburg

oder Zeitzeugen Cohens zu verbuchen hatten. Als "hässlich" schildert dabei der jüdische Mystiker und Gelehrte Scholem die äußerlich wahrgenommene Erscheinung des kleinwüchsigen Mannes mit dem breiten Schlapphut auf dem großen Kopf.

Worin entsprechen, unterscheiden oder ergänzen sich nun ethischer und religiöser Sozialismus, wenn man das so differenzieren will oder muss? Ein paar Stichworte: Gleich bzw. entsprechend ist bei beiden die ethisch vom Wert des einzelnen Menschen her sich begründende Bezugnahme auf Sozialismus. Der arbeitende Mensch wird von Cohen nicht als bloßes Mittel, sondern als Selbstzweck angesehen und kann "niemals bloß als Ware zu verrechnen sein ..." (S. 79). Gleich oder ähnlich zu Cohen ist auch die Berufung auf den jüdischen prophetischen Messianismus. Aus ihm wie aus den biblischen sozialen Zeugnissen der Parteinahme für die Armen, der Bergpredigt und den Gleichnissen Jesu speist sich auch wesentlich religiös-sozialistische Ethik. Der ethische Sozialismus verwirft neben Klassenkampf und Atheismus jeglichen philosophisch begründeten Materialismus und Geschichts-determinismus und näherte sich damit z. T. dem sozial-





demokratischen "Revisio-
nismus" (E. Bernstein) an.
Der religiöse Sozialismus (siehe
Leitsätze von 1996) hat sich
nie ausschließlich auf ein real
existierendes, verstaatlichtes
Sozialismusmodell bezogen und
ideologisch festgelegt. Gleichwohl
hält er z. B. marxistische Kapitalis-
muskritik nach wie vor für unver-
zichtbar. Der ethische Sozialismus
ist evolutionär, nicht revolutionär
angelegt. Er versteht sich in Ab-
grenzung zur Lehre von Karl Marx
und dessen Auffassung, sich vom
Staat durch sein notwendiges Ab-
sterben zu befreien, während bei
Kant die Rechtsstaats-Idee konsti-
tuierend für die Freiheit des
Individuums ist. Den meisten politi-
schen Implikationen des berühm-
ten Kant-Traktats "Zum ewigen
Frieden" (1795/96) wiederum kön-
nen religiöse SozialistInnen sicher
ohne Bedenken zustimmen. Skepsis
freilich bleibt im Grundsatz z. B.
angesagt bei sich darauf fälschlich-
erweise berufenden Konzepten eines
"Weltstaats", einer "Weltregierung"
oder waffenstärkenden "Weltpolizei".
Dem ethischen Sozialismus gelang
es im frühen 20. Jahrhundert
allenfalls in Nebenlinien einzelner
Vertreter, eine gewisse soziale
politische Bewegung zu initiieren.
So gründete der Göttinger neukan-
tianische Philosoph und Pädagoge, Le-

onard Nelson, Schöpfer der "sokra-
tischen Methode", einen Internationalen
Sozialistischen Kampfbund (ISK),
der nach seinem frühen Tod 1927
noch bis in die Zeit des Nationalso-
zialismus widerständig nachwirkte.

Das Lesebuch vermittelt zum Teil-
Aspekt Sozialismus im Zusammen-
hang der wiedergegebenen kurzen
Text-Passagen erste vertiefende
Leseproben zu Cohens meist kom-
plexem, begrifflichem Denken und
gibt Anregungen, Aufgenommenes
im Blick auf das Ganze seines
Werkes zu vertiefen. Ergänzend
dazu sei noch auf zwei weitere
interessante Quellen hingewiesen:
Den wissenschaftlichen Sammelband
"Ethischer Sozialismus" (Frankfurt/
M. 1994), hrsg. von Helmut Holzhey
und den exzellenten Vortrag von
Wolfgang Eichhorn "Geschichte
und Moralgesetz. Der Streit um den
'ethischen Sozialismus'", gehalten
1998 an der Leibniz-Sozietät Ber-
lin.

BUNDESNACHRICHTEN

Einladung zur Jahrestagung

9.-11. Sept. 2016 Schloss Hersberg 1, 88090 Immenstaad/Bodensee. In den ersten Augusttagen des Jahres 1926 schlossen sich die seit 1919 regional aktiven Gruppen und die 1924 gegründete Arbeitsgemeinschaft zum Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands zusammen. Daran wollen wir auf unserer Jahrestagung erinnern. „Gedenkt an Eure Lehrer, die euch das Wort Gottes gesagt haben, ihr Ende schaut an und folgt Ihrem Glauben nach!“ (Hebr. 13,7). Die Tagung steht unter dem Thema: „90 Jahre BRSD – 90 Jahre für Frieden und Gerechtigkeit“. Zu Gast sind wir bei den Pallotinern. Die Ordensgemeinschaft versteckte und rettete 1945 Angehörige aus Kreisen des Widerstandes vor der SS, <http://www.hersberg.de> – 10 Einzelzimmer und 13 Doppelzimmer sind vorhanden, (subventionierte) Teilnehmergebühr: EZ 140, DZ 120 € pro Person. Es gilt die Rei-

henfolge der Anmeldungen, dann wird Weiteres bekannt gegeben. Ein TOP bei der Mitgliederversammlung: Wahl des Vorstands.

Einladung zum Festival „Weite Wirkt“ Reformation und die Eine Welt, verantwortet von den Evangelischen Landeskirchen in Rheinland, Westfalen und Lippe, 6.-8. Mai 2016 Gerry-Weber-Stadion Halle, Westf. <http://www.weite-wirkt.de/> - Materialheft auch als pdf-Datei. Unser Stand ist im Themenbereich: Glaube befreit zu solidarischem Handeln weltweit.

Die Ökumenische Initiative Reich Gottes –jetzt! lädt ein zu Gottesdiensten am 17. Juni und 21. Oktober 2016, Jakobskirche Nürnberg, 15.-17. Juli 2016 zur theologischen Studientagung in Neudietendorf, 21.-23. Juli 2017 zur theologischen Studientagung in Eisenach, <http://www.reichgottes-jetzt.de/>

Abschied von Willy Spieler †

Gerade wollten wir ihn einladen, uns auf der Jahrestagung ein Referat zu halten, da kam wenige Tage später die Nachricht von seinem Tod.

2005/2006 erschienen Neue Wege/Schweiz und CuS/

Deutschland gemeinsam unter seiner Schriftleitung. Seine Beiträge haben unsere Hefte bereichert in den Jahren 1989–1991, 2005–2006, 2008, 2010, 2012, 2014–2015.

„Dein erfülltes Leben war geprägt von Deinem Engage-





ment für die Armen und Benachteiligten“, schreibt seine Familie unter Mt 20,25f. „Die

Hoffnung ist eine Spur, die Dir vorausgeht.“ (Anne Steinwart) Willy presente! RG

Abschied von Dr. Wieland Zademach †

Am 25.11. 2015 ist unser Freund Wieland Zademach verstorben. „Theologisch offen, neugierig, politisch wach und beherzt, im Umgang mit anderen Menschen ehrlich, schnörkellos und wertschätzend“, so hat ihn der Bürgermeister seiner Gemeinde Streitau-Marktschorgast charakterisiert. 1974-1983 wirkte er dort. 1989 bis 1996 führte er die Geschäfte der ACK Bayern.

Ein Andenken sind uns seine letzten Bücher: „Marxistischer Atheismus und die biblische Botschaft von der Rechtfertigung des Gottlosen. Ein Beitrag zum Dialog von Christen und Marxisten“, Vorwort Milan Machovec, Düsseldorf 1973; Hg.: „Reich Gottes für diese Welt – Theologie gegen den Strich. Erbe der Väter: Auftrag für heute – Hoffnung für morgen. Leonhard Ragaz, Hans Joachim Iwand, Martin Buber, Josef Lukl Hromádka, Helmut Gollwitzer, Pierre Teilhard de Chardin“, Waltrop 2001; Hg. mit Werner Licharz: „Treue zur Tradition als Aufbruch in die Moderne. Visionäre und mahnende Stimmen aus Judentum und Christentum. Schalom Ben Chorin, Schmuël Hugo Bergmann, Ernst Bloch, Emil Fackenheim, Friedrich-Wilhelm

Marquardt, Dorothee Sölle, Albert H. Friedländer, Robert Rafael Geis, Abraham Joshua Heschel, Jakob J. Petuchowski“, Waltrop 2005; Hg. mit Wolfgang Osterhage: „Kirche der Zukunft – Kirche in der globalen Welt“, Frankfurt 2008,

Und wer CuS seit 2005 aufschlägt, findet immer wieder seinen Namen als Autoren oder als Rezensenten. Seine Artikel: „Hoffnung als Reisplan des Wissens“. Ernst Bloch, CuS 4/2005, NW 11/2005 und CuS 2-3/2010; „Christ und Sozialist – Helmut Gollwitzer zum 100. Geburtstag“, CuS 4/2008; „Zum Gedenken an Josef L. Hromádka. Ein Leben zwischen Ost und West“, CuS 4/09; Ökonomie der Reformation – Philosophie der Revolution. Luther und Marx“, CuS 4/2011; „Erinnerung an Abraham Joshua Heschel“ CuS 4/2012; „Erinnerung an Robert Raphael Geis“, CuS 1/2013; „Erinnerung an Jakob Petuchowski“, CuS 2-3/2013

In die letzte Zeit fällt seine Lehrtätigkeit für Senioren an der Universität Frankfurt. Jetzt vermissen wir ihn sehr im Redaktionsbeirat CuS und denken dankbar an die Zeit mit ihm zurück. Wieland, Presente! R.G.

Bilder und Fotos

Ingelore @ Reinhard Gaede	1, 82–84
Heinrich Bedford-Strohm	5
Renate Schroeder	6, 8–12
Wikipedia	14, 37, 79–82
Karlheinz Lipp	19
Ulrich Peter	29
Koehler&Amelang Verlag, Leipzig	31
Klaus Maiwald	34–36
Dieter Hönerhoff	39
Jens-E. Jahn	43
Helga E. Hörz	53
Ulrich Adler	55
Fokke Bohlsen	60
Elmar Klink	64
Charles Köllner	68
Rafael Dreyer	70
Jürgen Schübelin	73
Patmos Verlag, Ostfildern	77
Verlag Graswurzelrevolution	
Ev. Landeskirche Anhalt	

Autorinnen und Autoren

Ulrich Adler

Matthias-Claudius-Str. 13
32584 Löhne

Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm

Katharina-von-Bora- Str.
11-13
80333 München

Fokke Bohlsen

Friedrich-Ebert-Str. 29a
48153 Münster

Rafael Dreyer

Königstr. 12
58840 Plettenberg

Prof. Dr. Hermann Häring

Wächterstr. 61
72074 Tübingen

Dieter Hönerhoff

Allensteiner Str. 4
33605 Bielefeld

Prof. Dr. Helga E. Hörz

Hirtschulzstr.13
12621 Berlin

Jens-Eberhard Jahn

Franckestr. 2,
04318 Leipzig

Elmar Klink

Thielenstr. 13/15
28215 Bremen

Karl Christoph Köllner

Meuschelstr. 12
90408 Nürnberg

Dr. Karlheinz Lipp

Friedrich-Wilhelm-Str. 42
12103 Berlin

Klaus Maiwald

Vosskamp 21
1675 Bückeberg

Dr. Ulrich Peter

Nicolaistr. 48a
12247 Berlin

Renate Schroeder

Friedrichstr. 38
32257 Bünde

Jürgen Schübelin

Hansegracht 11
47051 Duisburg

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, auch mit Bildern.** (Allerdings können wir dafür nicht haften.) Wir danken unseren Autor(inn)en für ihre ehrenamtliche Mitarbeit. Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für Leser(innen)briefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Artikel: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmefällen Zeit für das Eingeben von Manuskripten. Wir bitten, uns Texte und Bilder folgendermaßen zuzusenden:

- **Texte** in einem der PC-/Mac-üblichen Formate (RTF, TXT oder DOC) auf CD oder per E-Mail.
- **Bilder** bitte digital als JPG-, TIFF-, EPS- oder PDF-Format mit mindestens 300 dpi Auflösung. Keine Internetbilder (!), da sie nicht den Anforderungen des Offsetdrucks entsprechen. Im Notfall als scannfähiges Foto per Post.
Adresse: cus@brsd.de oder reinhard-gaede@gmx.de, bzw. Reinhard Gaede, Wiesestr. 65, 32052 Herford.

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

CuS. Christ und Sozialist. Christin und Sozialistin. Kreuz und Rose

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V./www.BRSD.de

Erscheint seit 1948 (vorher gab es bis zur Unterdrückung durch den Hitler-Faschismus: Das Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1924–1933, das Rote Blatt der Katholischen Sozialisten 1929–1930 und die Zeitschrift für Religion und Sozialismus 1929–1933).

Helmut Gollwitzer: Warum bin ich als Christ Sozialist? Warum wird ein Mensch Sozialist?

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist, oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionären Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundsphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, Ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, dass gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille. (Auszug aus: Warum bin ich als Christ Sozialist?, CuS 1/1980)

Abonnements:

Per Post:
BRSD, Michael Distelrath
Görlinger Zentrum 3, D-50829 Köln

Per Telephon:
02 21/9 99 02 30

Per E-Mail:
m.distelrath@netcologne.de

Bezugspreise (inkl. Versand):

Inland € 20,- pro Jahr · Ausland € 30,-, pro Jahr
Förderabonnement € 25,- oder mehr. Bitte überweisen Sie den Betrag jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V.

KD-Bank · IBAN DE15 3506 0190 2119 4570 10
BIC GENODED1DKD

Kündigungen werden zum Jahresende wirksam